Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Wolkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 43 **Mittwoch, den 20. Februar 1929** **4. Jahrgang**

Trotzki kommt nach Deutschland.

Er bittet den Reichstagspräsidenten um Befürwortung der Einreise-Erlaubnis.

Reichstagspräsident Löbe hat am Montag abend folgendes Telegramm aus der Türkei erhalten:

„Pera, den 18. Februar. Mich auf Ihre Erinnerungsansprache im Reichstag am 6. Februar berufend, ersuche ich das hiesige deutsche Konsulat um betreffende Bewilligung.

Leo Trotzki.“

Reichstagspräsident Löbe hat diese Bitte befürwortend an das Reichskabinett weitergeleitet.

Die in dem Telegramm erwähnte Erinnerungsansprache des Reichstagspräsidenten bezog sich auf die Wiederkehr des zehnten Jahrestages der Eröffnung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Darin antwortete der Präsident auf Zwischenrufe von den Kommunisten:

„Wir haben Ihnen und den anderen erst die Staatsbürgerlichen Rechte gegeben. Vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotzki in Deutschland ein freiheitliches Asyl zu gewähren.“

*

Von dem deutschen Konsulat in Pera ist bisher eine Bestätigung des von Trotzki eingereichten Einreisegesuches noch nicht in Berlin eingetroffen. Erst wenn eine derartige Bestätigung und der Wortlaut des Gesuches vorliegt, wird sich die Reichsregierung nochmals mit der Frage befassen. Bevor man nämlich nicht genau weiß, ob das Telegramm auch authentisch ist, kann sich die Reichsregierung mit der Angelegenheit nicht beschäftigen. Es kann sich, wie es bei Telegrammen möglich ist, um eine Mystifikation handeln.

Es hat aber den Anschein, daß die Sache stimmt und daß Trotzki sich tatsächlich um ein Freiheitsasyl in Deutschland bemüht. Dafür sprechen auch die gestrigen Verhandlungen im Rechtsausschusse des Reichstages. Es wurde gestern nämlich der Entwurf eines deutschen Auslieferungsgesetzes beraten, dessen § 9 die Frage des politischen Asyls betrifft. Genosse Dr. Marum-Baden wandte sich gegen die Beschränkung des Asylrechts und führte im Namen der sozialdemokratischen Partei aus, daß es selbst bei politischen Morden, wie denen an Rathenau und Erzberger, richtiger sei, den Grundsatz des politischen Asylrechts allgemein zu sichern. Der Antrag, den nämlich die Kommunisten gestellt hätten, genüge nicht, denn er erlaube z. B. daß Trotzki, wenn er nach Deutschland komme, nach Rußland ausgeliefert werde, weil nach jenem Antrage Trotzkis Kampf gegen die Sowjetregierung nicht als ein politisches Delikt anzusehen wäre. Allen politischen Flüchtlingen müsse das Asylrecht gewährt werden. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie auch den Antrag der Kommunisten ab.

Der Kommunist Alexander forderte ein Privileg für Sowjetrußland, nämlich die Ablehnung des Asylschutzes bei strafbaren Handlungen, die den Sturz der Sowjetherrschaft erstreben. Unter diese Ausnahme würde natürlich Trotzki fallen. Reichsjustizminister Dr. Koch erwiderte, einen solchen einseitigen Standpunkt könne der Gesetzgeber nicht einnehmen.

Aus dieser Taktik der deutschen Stalinisten kann man entnehmen, daß ihnen ein Asyl Trotzkis in Deutschland recht unangenehm wäre. In diesem Sinne soll sich auch der

russische Botschafter Krestinsky

schon beim deutschen Außenminister Stresemann bemüht haben. Wie uns heute morgen aus politisch gut orientierten Kreisen Berlins mitgeteilt wird, hat Herr Krestinsky dem deutschen Außenminister zu verstehen gegeben, daß es der russischen Regierung außerordentlich unangenehm wäre, wenn etwa die deutsche Regierung einem politischen Verbannten das Asylrecht gewährte, das ihm überall in der Welt in jedem Kulturstaat unter der Voraussetzung zusteht, daß er sich verpflichtet, sich nicht an den politischen Kämpfen dieses Staates zu beteiligen.

Die Zumutung ist umso seltsamer, als fast ausschließlich von Leuten ausgeht und von einem Manne übermittelt wird, die Jahre ihres Lebens von diesem Asylrecht Gebrauch machen mußten, als die zaristische Regierung sie zur Flucht zwang.

Kurz, der Vorgang ist ganz eindeutig. Herr Krestinsky hat Herrn Stresemann gebeten,

Trotzki keine Einreiserlaubnis nach Deutschland zu geben.

Wahrscheinlich hat er es so klar und unumwunden nicht gesagt, denn soviel haben selbst die Sowjetleute schon vom diplomatischen Verkehrston gelernt. Tatsache aber ist, so schreibt man uns, daß Herr Dr. Stresemann bereits bemüht ist, seine Ministerkollegen, darunter auch die sozialdemokratischen Minister, von der Notwendigkeit der Erfüllung dieses Wunsches der Sowjetunion zu überzeugen.

Die Ueberlegungen, die diese Bitte hervorruft, sind so klar, daß man über das Ergebnis der Verhandlungen und auch der Beratungen im Kabinett keinen Augenblick im Zweifel sein kann.

Zunächst gilt es zu bedenken, daß bis zu einem gewissen Grade das politische Ansehen der deutschen Republik auf dem Spiele steht. Die Gewährung des Asylrechts ist allereinfachste und elementarste Pflicht jeder Kulturnation, schon gegenüber einem politischen Verbrecher, geschweige denn gegenüber einem Manne, dessen ganzes politisches Verbrechen in seiner Gesinnungs- Charakterfestigkeit besteht und dessen überragende geistige Bedeutung der ganze Erdball kennt. In der ganzen politischen Weltwörde man mit Fingern auf uns weisen und uns mit Primo des Riveras Spanien und Mussolinis Italien in eine Reihe stellen, wenn wir einem Manne wie Trotzki das Asylrecht verweigerten. Umso mehr als es gar keinen plausiblen Grund gibt, den man der Oeffentlichkeit bekannt geben könnte, denn man kann ja schließlich der Welt nicht mitteilen, daß jeder Wunsch der Sowjetregierung, und sei er noch so absurd und unberechtigt, für die Regierung der deutschen Republik Befehl sei. Oder will etwa jemand öffentlich erklären, daß die Anwesenheit von Trotzki sofort die Existenz des deutschen Staates gefährde? Das hieße denn doch ein Bekenntnis der Schwäche ablegen, das durch nichts gerechtfertigt ist. Soweit vom Standpunkt des allgemeinen Reichsinteresses.

Wie aber sehen die Dinge vom sozialistischen Standpunkt aus? Wenn die Sowjetregierung den deutschen Außenminister um Verweigerung des Einreisevisums für Trotzki ersucht, so sicherlich nicht aus liebevoller Fürsorge für die deutsche Regierung und ihre sozialdemokratischen Minister, sondern aus allzu deutlicher und allzu großer Sorge um das Schicksal der deutschen kommunistischen Partei. Herr Krestinsky wird das zwar Herrn Stresemann mitgeteilt haben, aber auch des Außenministers innerpolitische Kenntnisse dürften so weit nach links reichen, daß er in der Lage ist, den wirklichen Grund dieser Bitte zu erkennen. Wer aber will einem sozialdemokratischen Minister zumuten, daß er seine einfachste Menschenpflicht gegenüber einem politischen Verbannten verletzt, nur um der deutschen kommunistischen Partei einen Gefallen zu tun, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung eben dieser sozialdemokratischen Minister sieht? Das hieße denn doch die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man plötzlich die sozialdemokratischen Minister zu Hütern der Einheit der kommunistischen Partei machen wollte. Nein, ihre Differenzen mit Herrn Trotzki müssen die Kommunisten schon unter sich ausmachen. Die Hilfe der sozialdemokratischen Minister dafür in Anspruch zu nehmen, ist ebenso absurd wie erfolglos. Wenn Trotzki die Absicht haben sollte, das deutsche Asylrecht in Anspruch zu nehmen, so wird ihm das niemand, am allermenigsten ein sozialdemokratischer Minister verweigern können, vorausgesetzt, daß er sich verpflichtet, sich jeder Einmischung in die politischen Verhältnisse der deutschen Republik zu enthalten.

Der „Vorwärts“

schreibt im gleichen Sinne heute morgen zu dem Einreisegesuch Trotzkis:

„Deutschland kann nach unserer Ueberzeugung Trotzki das Asylrecht nicht verweigern. Es kann ihm auch nicht das Recht verweigern, sich auf deutschem Boden literarisch zu betätigen. Der Betätigung eines Ausländers sind ohnehin durch das bestehende Ausweisungsrecht für dessen Anwendung von äußersten Fällen abgesehen, wir keineswegs eintreten wollen, Schranken gesetzt. Gegen einen Trotzki, der innerhalb der deutschen Grenzen oder über sie hinaus Aufstände anzetteln wollte, stehen der deutschen Republik Machtmittel genug zur Verfügung. Trotzki kennt sie.

Von den Bedenken gegen die Aufnahme Trotzkis ist keines stichhaltig. Um so mehr sind es die Bedenken gegen die Abweisung. Die Aufnahme Trotzkis wäre ein populärer Akt, der die Achtung vor der deutschen Republik im Inland und im Ausland steigern würde, die Abweisung wäre das Gegenteil davon. England, Belgien, die Schweiz, zeitweilig auch Frankreich, haben politischen Flüchtlingen weitgehendes Asylrecht gewährt und die Sympathien, die sie sich dadurch erwarben, waren für sie außenpolitischer Gewinn. Die Abweisung Trotzkis würde dem Glauben an den demokratischen Geist in der deutschen Republik einen empfindlichen Stoß versetzen. Man soll nicht Empfindungen, die in den freiheitlich gesinnten Kreisen des deutschen Volkes, vor allem in den Massen der sozialdemokratischen Partei, lebendig sind, gering achten. Wir erhoffen eine Entscheidung des Falles Trotzkis nach dem klugen Rat Löbes. Gesetzlichkeit ohne Furcht, Aufrechterhaltung guter Beziehungen ohne Liebedienerei von Rußland.“

Amtliche Bekanntgabe der Ausweisung Trotzkis.

Kowno, 19. Februar. (Telunion). Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Trotzki auf Grund eines auf einer besonderen Sitzung der GPU. gefaßten Beschlusses wegen seiner sowjetfeindlichen Tätigkeit aus der Sowjetunion ausgewiesen worden. Auf eigenen Wunsch ist gleichzeitig seine Familie mit ihm gereist.

Unwürdiges Spiel mit den Inflationsopfern.

Die Deutschnationalen versuchen im Reichstage mit den verratenen Kleinrentnern politische Geschäfte zu machen.

Die Montagssitzung des Reichstages begann mit einer

Trauerkundgebung

für den in München verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Saenger. Das Haus hörte den Nachruf des Präsidenten Löbe stehend an. Die sozialdemokratische Fraktion empfindet Saengers Hinscheiden als einen großen Verlust. Auch die anderen Reichstagsfraktionen ehren das Andenken des hochbegabten Parlamentariers und liebenswürdigen Menschen.

Kaum waren die Gedenkworte auf Saenger verklungen, als die Kommunisten sich bemühten eine Erklärung über das Aufrechterhalten der Ordnung auf den Zuhörertribünen loszuwerden. Präsident Löbe machte von seinem geschäftsordnungsmäßigen Rechte, den Reichstag vor der kommunistischen Erklärungssucht zu schützen, Gebrauch. Er stellte aber fest, es sei nachgewiesen, daß die

letzte Radaukundgebung auf der Tribüne

im Einverständnis mit der kommunistischen Fraktion organisiert worden sei. Darob Entrüstungslärm bei den Kommunisten mit Zurufen an Löbe wie: „Spitzelchef, Hausknecht Zörgiebels, kleiner Mussolini usw.“ Es ist kindlich, abzuleugnen, daß die Kommunisten die Störungsaktion organisiert haben. Ist doch in jener Sitzung eine Sektion kommunistischer Abgeordneter auf die Zuhörertribüne gestürmt, um den Anführer der Radaukolonne unter dem Schutz ihrer Abgeordneten-Immunität vor der Feststellung durch die Polizei zu schützen. Löbe kündigt an, daß er dem Aeltesten-Ausschuß Maßnahmen für die Ordnung auf den Tribünen vorschlagen werde. Das Plenum habe sich laut der Geschäftsordnung mit diesen Dingen nicht zu beschäftigen. Die Kommunisten grollten noch ein wenig, gaben sich aber geschlagen.

Es ging um die

Kleinrentnerfürsorge,

die in den Parlamenten seit nahezu einem Jahrzehnt immer wieder aufgerollt wird, ohne daß bisher nennenswerte Ergebnisse herausgekommen wären. Die jetzige Regierung hat in ihrer Programmerklärung vom 3. Juli 1928 u. a. versprochen, die segensreichen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zu fördern und die Kleinrentnerhilfe auf eine, von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage zu stellen. Der sozialpolitische Ausschuß hat sich monatelang mit Anträgen der Deutschnationalen und der Demokraten zugunsten der Kleinrentner beschäftigt. Das Ergebnis ist aber wiederum sehr mager gewesen.

Abg. Keil (S.) hat im späteren Verlauf der Sitzung den sozialdemokratischen Standpunkt dahin dargelegt, daß auch die Sozialdemokraten den bedürftigen Kleinrentnern helfen wollen, jedoch nicht nur einer bevorzugten Schicht, sondern den bedürftigen Kleinrentnern ganz allgemein. Das Ziel der im Ausschuß von bürgerlichen Parteien gestellten oder unterstützten Anträge war, nur diejenigen Kleinrentner zu erfassen, die mindestens 10000 Mark Vermögen und daraus eine Jahresrente von mindestens 500 Mark durch die Inflation verloren haben.

Die Verhandlungen im Ausschuß

haben folgende Entschließung zutage gefördert: „Die Reichsregierung zu ersuchen, eine reichsgesetzliche Regelung zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich des Personenkreises, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen und der Mitwirkung der beteiligten Organisationen zu treffen.“

Die Deutschnationalen

beeilten sich in der Montag-Sitzung eine weitere Entschließung einzubringen, in der die Reichsregierung ersucht wird, bis zum 15. März dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen, der denjenigen Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf Versorgung gegen das Reich zugesteht, die vor der Inflation eine zum Lebensunterhalt ausreichende Kapitals-, Leib- oder Stiftsrente bezogen, diese aber durch die Inflation ganz oder zum Teil verloren haben und heute, in Ermangelung entsprechender fester Einkünfte auf einen solchen Versorgungsanspruch zum Lebensunterhalt angewiesen sind.

Auch dieser Deutschnationale Antrag bezieht sich also nur auf eine Oberschicht der sogenannten Kleinrentner.

Die Kommunisten

stellten sich auf den Boden der Ausschußentscheidung, verlangten aber, daß in den nächsten Etat 100 Millionen Mark zugunsten der Kleinrentner eingesetzt werden.

Eine weitere Entschließung hat die

Deutsche Volkspartei

eingebracht. Sie verlangt von der Reichsregierung, das durch die Regierungserklärung vom 3. Juli 28 in Aussicht gestellte Rentnergesetz so zu gestalten, daß dem Rentner unter Heranziehung aus der Fürsorge ein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Rente gesichert wird.

Zu dieser Entschließung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Ergänzungsantrag gestellt: „... und gleichzeitig zur Durchführung dieses Gesetzes dem Reichstag die Erhebung einer

Sonderabgabe von den in der Inflation gerafften und neu gebildeten Vermögen — mit angemessenen freien Grenzen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0001

— in Vorschlag zu bringen." Die Sozialdemokratie begnügt sich also nicht mit platonischen Forderungen zugunsten der Kleinrentner, sondern will auch die Mittel schaffen, die für die Kleinrentnerfürsorge notwendig sind.

Frau Lehmann (Dntl.)

trug eine genau formulierte Erklärung ihrer Fraktion vor, allerdings in der Länge einer wohl ausgewachsenen Rede. Die Form der Erklärung war wohl gewählt worden, weil das Verhalten der Deutschnationalen in der Kleinrentnerfürsorge seit vielen Jahren so widerspruchsvoll und hinterhältig ist, daß niemand in freier Rede dazu sprechen kann. Die Erklärung wandte sich entschieden gegen eine Gleichstellung von Kleinrentnern und Sozialrentnern. Die Sozialrentner seien nicht enteignet worden. Von dem Hinschwinden der Vermögen aller Anstalten der Sozialversicherung scheint man in der deutschnationalen Fraktion noch nie etwas gehört zu haben.

Reichsarbeitsminister Wissell

sagte baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes im Sinne der Ausschußentschließung zu. Er bat aber, den deutschnationalen Antrag, der die Reichsregierung auf den 15. März verpflichten wolle, abzulehnen. Mindestens ein Teil der Deutschnationalen wisse doch, daß es zweifelhaft sei, ob eine solche Gesetzesvorlage innerhalb weniger Wochen durch den Reichsrat zu bringen sei. Dieser müsse aber doch erst zustimmen, ehe die Vorlage an den Reichstag kommen könne.

Abg. Esser (Zentrum) gab einen geschichtlichen Rückblick auf die Kleinrentnerdebatte und Kleinrentneranträge. Es war ein Leidensweg, den er schilderte. Geschickt verstand Herr Esser in der Form rein sachlicher Aufzählung nachzuweisen, wie die Deutschnationalen Betrug an den Kleinrentnern verübt haben.

Noch gründlicher und sehr temperamentvoll besorgte diese wohlverdiente Abreibung der Deutschnationalen der

Abg. Keil (Soz.).

Satz für Satz hielt er den Deutschnationalen vor, wie sie außerhalb der Regierung stets größere Forderungen für die Kleinrentner gestellt und dann

in der Regierung nichts für die Verwirklichung ihrer Anträge getan

haben. Wiederholt seien erst auf sozialdemokratischen Anstoß die Deutschnationalen an die Beratung ihrer eigenen Anträge herangezwungen worden. Demgegenüber konnte Keil darauf verweisen, daß die Sozialdemokratie niemals einen eigentlichen Kleinrentneranträg gestellt habe. Sie wollte keine trügerischen Hoffnungen erwecken. Als starkes Argument verwies Keil darauf, daß die Enteignung der Kleinrentner erst durch die Auflösungsgesetze und die Anleiheablösungen der Deutschnationalen Regierungstätigkeit effektiv geworden sei.

Nur wenige Deutschnationale mandten der Kleinrentnerdebatte ihr Interesse zu. Diese wenigen im Saale anwesenden Deutschnationalen gerieten durch die Rede Keils in berechtigte Aufregung. Ihr schuldbeladenes Wissen rührte sich. Keil schloß mit der Aufforderung an die bürgerlichen Parteien, den Antrag der Sozialdemokratie auf Besteuerung der Inflationsgewinne zu übernehmen, dann werde man den Kleinrentnern helfen können. Wir müssen leider glauben, daß diese Aufforderung bei den bürgerlichen Parteien, oder doch bei deren Mehrheit wirkungslos verhallen werde.

Die Pariser Konferenz.

Die ersten Schwierigkeiten.

Paris, 18. Februar. (Eig. Drahtber.) In den Verhandlungen der Reparationskonferenz sind am Montag die ersten Schwierigkeiten zutage getreten. Nach der erschöpften Generaldebatte war Ende der vergangenen Woche beschlossen worden, in der Montagssitzung das eigentliche Reparationsproblem in Angriff zu nehmen. Ein konkretes Programm war dafür nicht festgelegt worden. Immerhin scheint die von einem Teil der französischen Presse ausgesprochene Erwartung, daß die deutschen Sachverständigen durch positive Vorschläge eine Basis für die weitere Diskussion liefern würden, auch von einem Teil der fremden Delegationen geteilt worden zu sein. Diese Annahme fußte jedoch auf falschen Voraussetzungen. So entstand am Montag morgen in der Konferenz ein gewisses Vakuum, das schließlich damit ausgefüllt wurde, daß man einige der bereits in der Vorwoche behandelten Fragen nochmals vornahm. Die deutsche Delegation erhielt auf diese Weise Gelegenheit, ihre Ausführungen zum Thema der deutschen Zahlungsfähigkeit zu ergänzen.

Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß man auf diesem Wege nicht sehr viel weiter kommen würde, und da keine der Delegationen von sich aus die Initiative ergreifen wollte, um der sich im Kreise drehenden Auseinandersetzung eine andere Richtung und Gestalt zu geben, beschloß man die Nachmittagssitzung ausfallen zu lassen. Den einzelnen Delegationen sollte dadurch Gelegenheit gegeben werden, sich in inoffiziellen Besprechungen über das Arbeitsprogramm für die nächsten Sitzungen zu einigen. Insbesondere ist Dr. Schacht gebeten worden, sich darüber mit einem der alliierten Hauptdelegierten ins Benehmen zu setzen. Was dabei herauskommen wird, steht dahin. Es handelt sich dabei weit weniger um die Fragen der äußeren Prozedur (Einsetzung von Unterkommissionen, Reihenfolge der zu behandelnden Probleme usw.) als darum, daß man nunmehr versuchen will, die eine oder andere Delegation zu bestimmen, aus der bisherigen Reserve herauszugehen und durch Bekanntgabe ihres Standpunktes den weiteren Verhandlungen eine greifbare Grundlage zu geben. Einstweilen aber scheint bei keiner der Delegationen besondere Geneigtheit zu bestehen, sich durch Aufdeckung des weiteren Vorgehens in eine taktisch ungünstige Lage lenken zu lassen.

Ein Unterkomitee.

Paris, 19. Februar. (EF.) Die gestrige Besprechung zwischen Dr. Schacht und Josia Stamp sowie die spätere Unterredung der beiden mit den Delegierten der anderen Länder hat zu dem Beschluß geführt, zur Vermeidung unnützer Polemiken auf der Sachverständigenkonferenz ein Unterkomitee zum Studium spezieller Fragen zu bilden. Dieser Beschluß wird in der heutigen Vormittagssitzung näher erwogen. Wie einige Blätter melden, soll ein Reparationskomitee gebildet werden, das sich mit der Frage der Zahl und Höhe der deutschen Annuitäten zu befassen hätte, ebenso ein Kommerzialisierungskomitee, das die Möglichkeit einer teilweisen Kommerzialisierung der deutschen Schuld prüfen soll. Der größte Teil der Presse zeigte sich dem Verlauf der Konferenz gegenüber ungeduldig und sieht die Schuld dafür in der angeblich auf deutscher Seite bestehenden Scheu, präzise Angebote zu machen.

Weitere Ausbreitung der Revolution in Mexiko.

Newyork, 18. Febr. (Telunion). Im Nordwesten Mexikos dehnt sich die Revolution sehr schnell aus. Der Gouverneur von Sonora, Fausto Topete, verlangt in einem Ultimatum an den Präsidenten Gil, daß Calles und andere bekannte Politiker zwangsweise außer Landes geschafft würden. Der Militärkommandant von Sonora, der über 11 000 Mann an Truppen verfügt, hat die Südbahn eingenommen. Der Kriegsminister übernahm persönlich das Oberkommando über die Regierungstruppen im Nordwesten.

Wahlen im Sowjetparadies.

Die Sowjetwahlen sind im Gange. Sie werden sich noch einige Wochen hinziehen, jedoch läßt sich ihr Endresultat heute annähernd überblicken. Gegenüber der Wahl von 1927 hat sich im wesentlichen nichts in der Zusammensetzung der Sowjets geändert. In den städtischen Sowjets ist etwa die Hälfte aller Gewählten Parteikommunisten, die andere Hälfte ist parteilos; in den Dörfern sind etwa 14 Prozent Parteikommunisten, der Rest ist parteilos. Die Wahlbeteiligung hat gegenüber der letzten Wahl zugenommen, jedoch ist sie immer noch sehr gering, sie beträgt etwa 66 Prozent in den Städten, nicht ganz 60 Prozent in den Dörfern. Ein überaus erheblicher Teil der Wahlberechtigten hat es also vorgezogen, seine Stimme nicht abzugeben.

Diese Wahlen sind etwas ganz anderes als Wahlen in einem demokratischen Land. Sie sind eine Kulisse.

Es gibt nur eine Partei, aber keine Gegenpartei.

Wer es vor der Wahl wagen würde, die Partei und das Regime anzugreifen, wäre unweigerlich der GPU. verfallen. Es ist deshalb nur in einer Richtung möglich, das Ergebnis der Wahl auszuwerten: die führenden Bolschewiki hatten gehofft, den Anteil der gewählten Parteikommunisten auf dem Lande zu steigern. Das ist ihnen nicht gelungen, das Verhältnis ist dasselbe geblieben wie bei der letzten Wahl.

Diese Wahlen sind eine Illusion für die Wähler.

Sie erwecken den Anschein, als ob es seine Richtigkeit mit der Diktatur des Proletariats habe. In Wahrheit aber verschleiern sie nur die Tatsache, daß in Rußland die Diktatur gegen das Proletariat von den Führern der herrschenden Partei ausgeübt wird. Das Regime beruht nicht auf der Willenskundgebung der Wähler, sondern das Ergebnis der Wahl folgt aus dem Regime. Die Sowjetregierung macht sich ihre Wahlen so wie etwa auf dem Balkan unter dem Terror Wahlen gemacht werden.

Die Wahl ist öffentlich.

Das bedeutet, daß niemand wagen darf, seine Stimme gegen das herrschende Regime zu erheben. Die öffentliche Stimmabgabe und ihre Bedeutung sind vor kurzem erst von Trotzki gekennzeichnet worden, der die Losung der geheimen Abstimmung zunächst in Partei und Gewerkschaft aufgestellt hat. Seine Kritik an der öffentlichen Stimmabgabe war sehr deutlich:

„Man muß in der Losung der geheimen Abstimmung die Stimmung der Arbeiter, den Druck zu beseitigen, sehen. Warum hast du nicht dagegen gestimmt? Wenn geheime Abstimmung wäre, dann wäre es eine andere Sache. Der Apparatmensch steht auf der Tribüne und schaut den Abstimmenden auf die Hände. Oder die Frau zieht den Aermel: „Stimm lieber nicht!"" Trotzki stellt fest, daß die offene Abstimmung eingeführt worden sei, damit die Feinde

nicht gegen die proletarische Diktatur

stimmen könnten — jetzt aber stehe der Arbeiter unter dem Druck des Apparates. Nichts kennzeichnet das wahre Wesen dieser Sowjetwahlen besser als diese Aeußerungen von Trotzki.

Hinzu kommt ein anderes: die Sowjets entsprechen längst nicht mehr den in der Sowjetverfassung und dem bolschewistischen Parteiprogramm aufgestellten Ideal, das in den Sowjets das Mittel zum allmählichen Hineinziehen der ganzen werktätigen Bevölkerung Kopf für Kopf in die Arbeit der Leitung des Sowjetstaates sah. Nicht die Sowjets verwalteten, sondern der bürokratische Apparat. Die Vereinigung von Legislative und Exekutive, die Vernichtung des Bürokratismus nach den Richtlinien der Pariser Kommune ist nicht gelungen. Der Apparat regiert und verwaltet — die Sowjets dürfen schwätzen, aber nur in den Grenzen dessen,

was die herrschende Richtung in der kommunistischen Partei erlaubt.

Das Beamtenheer in Sowjetrußland wächst zahlenmäßig. Es hat sich längst über die Geleiteten erhoben. Verflechtungen mit der neu aufkommenden Nepbourgeoisie, mit dem Kulakentum, haben sich eingestellt. Diese Bürokratie hat sehr rasch die Gepflogenheiten der allmächtigen Bürokratie aus den Zeiten des Zarismus angenommen.

Sie übt die wahre Diktatur aus — die Sowjets stellen nur die Kulisse.

Die Sowjetwahlen sind ein Ueberrest aus jener Zeit, in der die Bolschewiki daran gingen, ihre Herrschaft nach vorgezeichneten Richtlinien in Rußland aufzurichten. Die Wirklichkeit hat die ideale Richtlinie längst verbogen. Was herausgekommen ist, ist nicht das Regime der proletarischen Demokratie, das sich allmählich mit der Beseitigung der kapitalistischen Elemente der allgemeinen Demokratie annähert, sondern ein Regime, das ein widerwärtiges Zerrbild der ursprünglichen Forderungen im Programm der Bolschewisten ist.

Die Erwerbslosigkeit.

Eine Viertelmillion in Berlin.

In der Reichshauptstadt stieg in der Woche vom 4.—9. Februar die Zahl der Erwerbslosen auf 247 433. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 133 670.

Ueber 100 000 in Wien.

Wien, 18. Februar. (Eig. Drahtber.) In der ersten Februarhälfte ist die Arbeitslosigkeit in Wien weiter gestiegen. Wenn sich auch die Betriebseinstellungen infolge der Kältekatastrophe in der neuen Skisaison noch nicht auswirken, so ist der Stand der unterstützten Arbeitslosen doch so stark angewachsen, daß am 15. Februar 90757 Arbeitslose zu unterstützen waren; das sind 1940 mehr als vor einem Jahre. Außer den 90 000 unterstützten Arbeitslosen gibt es noch über 10 000 Arbeitslose, die zur Vermittlung vorgemerkt, aber nicht mehr unterstützt werden, sodaß in Wien mehr als 100 000 Arbeitslose vorhanden sind.

Das Krisengeschrei.

Der Reichstag ist wieder zusammen. Die Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung können von neuem beginnen. Es wird sich herausstellen, daß die Dinge, wenn es ernst wird, in der Praxis ganz anders aussehen als in jener Ferienwoche, in der allein die Stimme der Unverantwortlichen das Wort hatte. Wir sind es nachgerade gewöhnt, daß bei jeder Verhandlung um die Bildung oder Umbildung einer Regierung das Wort von der Staatskrise auftaucht. Es ist infolgedessen schon ziemlich abgebraucht und zu einer Art von politischem Kinderschreck geworden. Wenn all das viele Gerede von der Staatskrise, das wir in der Geschichte der Deutschen Republik schon erlebt haben, ernsthaft gewesen wäre, dann wäre die Deutsche Republik längst tot!

Stresemann als Vermittler.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann legte in der volksparteilichen Fraktion des Preußischen Landtags am Montag in ausführlichen Darlegungen seine Auffassung über die gegenwärtige innerpolitische Lage dar. Am Dienstag wird der Reichsaußenminister mit dem Führer der Zentrumspartei, dem Präsidenten Dr. Kaas, die innerpolitische Lage besprechen.

Förderung des Wohnungsbaues.

Der Entwurf eines Baukreditgesetzes

für das Jahr 1929 ist dem Reichsrat zugegangen. Durch das Gesetz wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1932 die Bürgschaft für Darlehen an die Deutsche Bau- und Bodenkreditbank A.-G. in Berlin in Höhe von 250 Millionen Mark zu übernehmen. Die Bau- und Bodenbank übernimmt die Verpflichtung, diese Darlehen als Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbau weiter zu leiten. Es können aber nur solche Bauvorhaben berücksichtigt werden, deren Finanzierung voll gesichert ist. Die Bank hat darüber dem Reichsarbeitsminister halbjährlich zu berichten. Das Ministerium muß diese Berichte dem Reichstag vorlegen.

Schon während des Jahres 1928 konnte die Bausaison nur mit Hilfe eines Baukreditgesetzes ausgenutzt werden. Ihm ist es zu verdanken, daß trotz großer Finanzschwierigkeiten im vergangenen Jahre ebenso viele Häuser gebaut werden konnten wie im Jahre 1927. Das neue Gesetz wird dadurch gerechtfertigt, daß sich die Lage am Hypotheken-Kreditmarkt nicht gebessert hat. Es wird auch im Jahre 1929 nur möglich sein, die Bautätigkeit, soweit sie von der öffentlichen Hand gefördert wird, bei Beginn der Bauzeit in vollem Umfange aufzunehmen, wenn Zwischenkredite rechtzeitig zur Verfügung stehen. Das soll mit dem Baukreditgesetz erreicht werden. Um eine gleichmäßige Verteilung der Baukredite über das ganze Jahr zu ermöglichen und um der Bauwirtschaft eine gewisse Sicherheit für das nächste Jahr zu verschaffen, soll das Baukreditgesetz 1929 auf drei Jahre ausgedehnt werden.

Die Thüringer Regierung genehmigte am Montag das von dem früheren Oberstaatsanwalt Dr. Frieders an sie gerichtete Gesuch um Entlassung aus dem Staatsdienst. Frieders hat auf alle Ansprüche verzichtet.

Die Republik ist vogelfrei.

Suhl, 18. Febr. (Eig. Bericht). Ein Urteil des Schöffengerichts Suhl reiht sich den vielen Unbegreiflichkeiten der deutschen politischen Rechtsprechung würdig an. Der Leipziger Student Werner Studentkowski hatte sich wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Studentkowski hatte in einer nationalsozialistischen Versammlung die anwesenden Polizeibeamten als „Polizeispitzel" und als „Achtgroschenjungs" und die deutsche Republik als „Judenrepublik", die einem Zuchthaus ähnele, beschimpft. Der Angeklagte fühlte sich unter den Fittichen der deutschen Justiz so sehr geborgen, daß er behauptete, nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts sei der Ausdruck „Judenrepublik" nicht strafbar.

Während der Staatsanwalt auf einen Monat Gefängnis und hundert Mark Geldstrafe plädierte, kam das Gericht zu einem Freispruch angeblich aus „Mangel an Beweisen"!!

Gegensätze in Wien.

Der neue Aufmarsch am kommenden Sonntag.

Wien, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Eine Ankündigung der Heimschutzbewegung, am kommenden Sonntag eine Demonstration zu inszenieren und auf einem Umweg an dem Haus der Sozialdemokratischen Parteizentrale und der Arbeiter-Zeitung vorbeizumarschieren, hat der Schutzbund mit der Ankündigung einer Demonstration zu gleicher Zeit und in umgekehrter Richtung beantwortet. Diese Ankündigung hat ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Polizeidirektion ist bereits bemüht, die Parteien von ihren Plänen abzuhalten und beabsichtigt, am Mittwoch mit den einzelnen Organisationen zu verhandeln. Der Schutzbund ist entschlossen, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechterhalten zu helfen; er lehnt jedoch Verhandlung mit der Heimwehr ab. Der Schutzbund hätte überhaupt die seit langem angekündigte Heimwehrkundgebung ignoriert, wenn ihn nicht die offenbar mit dieser Kundgebung im Zusammenhang stehende Durchsuchung des sozialdemokratischen Parteihauses veranlaßt haben würde, den Aufmarsch zu unternehmen. Dieser Aufmarsch ist als Protestkundgebung gegen die Heimwehr und gegen die Regierung gedacht. Man erwartet, daß an dem Aufmarsch 20 000 Schutzbündler teilnehmen werden.

Die Vertrauensmänner der Wiener Sozialdemokratie sind für Donnerstag zu einer Konferenz über die politische und wirtschaftliche Lage und über die am kommenden Sonntag geplante Demonstration zusammenberufen worden.

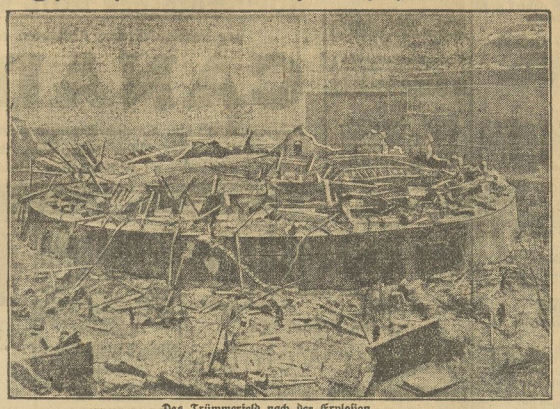
Der Sachverständigenausschuß des Reichskohlenrats hält am 20. Februar, vormittags 10 Uhr seine diesjährige Vollversammlung im Ingenieurhaus-Berlin ab. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht des Geschäftsführers Dipl.-Ing. zur Nedden über die Brennstofftagung der Weltkraftkonferenz in London und technische Fragen über den Abbau mit Selbstversatz.

Rußland lehnt ein Ostlocarno nach wie vor ab. Wie aus Moskau gemeldet wird, erklärte die Sowjetregierung, daß sie trotz der Unterzeichnung des Litwinow-Paktes nach wie vor ein Ostlocarno ablehne. Der polnische Wunsch, ein solches zu schaffen, werde russischerseits auf Widerstand stoßen. Nach der Unterzeichnung des Litwinow-Protokolls sei der Gedanke eines Ostlocarnos nicht am Platze.

Primo de Rivera sucht seine Popularität durch einige monströse Ziffern zu beweisen. Er teilt der Oeffentlichkeit mit, daß er auf die Unterdrückung des letzten Putschversuches hin 11 000 Glückwunschtelegramme von Körperschaften und Vereinen, 4500 von Privatpersonen und 1000 aus dem Ausland, insgesamt 49 kg schwer, erhalten habe. Trotz dieses Papierregens muß der Diktator offiziell in einer Regierungserklärung zugeben, daß die Unruhe in der Bevölkerung weiter andauert.

Bei **Grippe, Influenza**
u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Togal-Tabletten hervorragend bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitserscheinungen sofort. Lt. not Bestätigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Gutachten allein aus Aerztekreisen eingegang., darunter 9 namhaften Professoren u. aus ersten Kliniken u. Krankenanst. Überrasch. Erfolge! Fragen Sie Ihren Arzt! Togal ist in allen Apotheken erhältlich. Preis M. 1.40
12,5 Lith., 6,40 Chinin, 2,3 Acid. acet. usw. auf 100 amyl.

Die Explosionskatastrophe in Berlin.



Das Trümmerfeld nach der Explosion,

die im Norden Berlins einen der größten Gasbehälter der Stadt völlig vernichtete. Im Hintergrund des Bildes ist ein der Katastrophe entgangener Gasometer von gleichen Ausmaßen wie der zerstörte sichtbar.

Proletarierschicksal.

Vor einem Wiener Strafgericht hatte sich der schwer tuberkulose Kutscher Joseph Huber wegen Kindesmißhandlung, Betruges und Beamtenbeleidigung zu verantworten. Der Angeklagte war seit drei Jahren abwechselnd bettlägerig oder arbeitslos. Er bezog für seine zehnköpfige Familie an Gemeinde- und Arbeitslosenunterstützung rund zwei Mark pro Tag. Der Schwerkranke verdiente sich etwas nebenbei, indem er den Marktleuten den Schmutz von den Hülsen wegkehrte, die Verkaufsstände reinigte und andere kleine Hilfsarbeiten verrichtete. Dafür bekam er geringe Mengen von Lebensmitteln, die er gewissenhaft nach Hause brachte und mit den neun hungrigen Mäulern teilte. Da erschien eines Tages ein Kontrollbeamter in der Wohnung und teilte Huber mit, daß er wegen seiner Nebenbeschäftigung eine Unterstützung in Zukunft nicht mehr beziehen werde. Der Beamte sagte das in einem derart „gemütlichen" Tone, daß Huber von Wut gepackt wurde. Er soll bei dieser Gelegenheit sein jüngstes Kind am Halse gepackt und geschrien haben: „Ihr bringt mich noch zur Verzweiflung, ich erwürge meine Kinder." Dann versuchte er auf den Beamten loszugehen. Dieser flüchtete und erstattete Anzeige. Das Gericht erkannte auf 24 Stunden Arrest. Der Verurteilte verließ kopfschüttelnd mit den Worten den Saal: „Schrecklich, weil ich arbeite, soll ich eingesperrt werden."

Der gesprungene Glockenklöppel. In Glarus in der Schweiz zersprang infolge der furchtbaren Kälte beim Läuten der Klöppel der größten Glocke der Stadtkirche im Gewicht von 220 Kilo und sauste in die Tiefe. Das Balkenwerk des Turmes wurde stark beschädigt. Ein junger Mann, der sich zur Kontrolle auf den Glockenboden begeben hatte und den Vorfall beobachtete, kam mit dem Schrecken davon.

Die Tochter erschossen. In Ajaccio (Corsica) kam es in einer Familie zwischen einem Brautpaar zu einem heftigen Wortwechsel. Die Braut entfernte sich von der gemeinsamen Tafel und weigerte sich, wieder Platz zu nehmen. Als alle Beruhigungs- und Ueberredungsversuche mißglückten, ergriff der Vater des jungen Mädchens einen Revolver, um die Tochter einzuschüchtern. Unmittelbar darauf löste sich ein Schuß und die Braut sank tödlich getroffen zu Boden. Der Vater, der seine Tat bedauert und in Ueberreizung gehandelt haben will, stellte sich selbst der Polizei.

Opfer der Arbeit. In Amsterdam wurde ein 32 Jahre alter Bauunternehmer beim Abbruch eines alten Hauses durch den Einsturz eines Betonschutzdaches auf der Stelle getötet. Ein Hilfsarbeiter erlitt Quetschungen. — In einem Dock der Rotterdamer Trockendockgesellschaft explodierte eine eingefrorene Sauerstoffflasche. Ein mit dem Auftauen der Flasche beschäftigter Arbeiter wurde auf der Stelle getötet; er hinterläßt mehrere Kinder. Ein anderer Arbeiter wurde schwer, mehrere in der Nähe befindliche Arbeiter wurden leicht verletzt.

Eine schwere Erdbebenkatastrophe wird aus Uchubamba im Departement Innin (Peru) gemeldet. Der Rio des Jauja ist infolge von Felsrutschen und heftigen Regengüssen über die Ufer getreten und hat das Flußtal auf eine Länge von 100 Kilometern überschwemmt. 50 Personen werden vermißt; man nimmt an, daß sie ertrunken sind. Durch das Erdbeben wurden Bodenspalten aufgerissen, in denen ganze Gebäude verschwunden sind.

Eisenbahnunglück. Auf dem Hauptbahnhof in Bielefeld fuhr am Montag eine in voller Fahrt befindliche Rangierlokomotive infolge Ueberfahrens eines Haltesignals auf einen am Bahnsteig haltenden Personenzug auf. Die drei letzten Wagen des Personenzuges wurden eingedrückt. Die Zahl der Verletzten wird mit zehn angegeben. — In der Station Maffersdorf-Fabrik (Lausitz) streifte ein in Richtung Reichenberg-Gablonz fahrender Motorzug drei Wagen eines in der Station stehenden leeren Personenzuges. Dabei wurden sieben Insassen des Motorzuges verletzt, davon drei schwer.

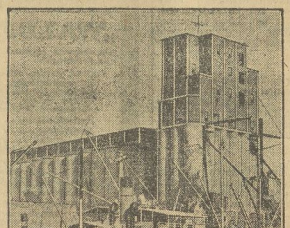
Vom Maskenball in den Tod. In Georgswalde bei Ebersbach wurde eine 30jährige Frau erfroren aufgefunden. Sie war auf dem Heimwege von einem Maskenball in leichter Ballkleidung vom reichlichen Alkoholgenuß ermüdet in den Schnee gesunken. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Neun Stunden der bitteren Kälte ausgesetzt war der Pächter des früheren Tonwerkes „Lusatia" in Klein-Sauberwitz bei Bautzen. Er hatte an einer Versammlung der Jagdgenossenschaft teilgenommen und sich auf dem Heimweg einen Knöchel gebrochen. Der Verletzte schleppte sich auf dem Bauche kriechend bis kurz vor seine Wohnung, wo er am anderen Morgen erstarrt aufgefunden wurde. Ihm mußte das verletzte Bein amputiert werden.

Freitod im Eisenbahnzug. In Berlin erschoß sich in der Nacht zum Montag in einem Abteil zweiter Klasse des D-Zuges Stettin—Berlin ein etwa 22 Jahre alter Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten.

Einsturz einer Mauer. In Monterrey (Mexiko) wurden durch den Einsturz einer Kasernenmauer 20 Soldaten verschüttet. Davon blieben 7 auf der Stelle tot, die übrigen sind schwer verletzt.

Zum Riesenbrand in Buenos Aires.



Im Hafengebiet von Buenos Aires

hat eine gewaltige Feuersbrunst ungeheure Werte vernichtet. Viele Lagerhäuser wurden völlig eingeäschert. Es fielen weiterhin mehr als 600 Automobile dem Brand zum Opfer.

Unterschlagungen im Amte. Der beim Wohlfahrtsamt des Bezirksamtes Berlin-Schöneberg angestellte Magistratsassistent Marke hat seit längerer Zeit amtliche Gelder unterschlagen und sie einem bekannten Mädchen überwiesen. Bei einer plötzlichen Revision wurde ein Fehlbetrag von rund 2000 Mark festgestellt. — Bei der Girokasse in Groß-Dubrau, Bezirk Bautzen, sind bei einer Nachprüfung 11 000 Mark Fehlbeträge entdeckt worden. Der schuldige Kassenbeamte, der vor etwa einem Vierteljahr angestellt wurde, ist verschwunden. Er hat einige Kassenbücher mitgehen heißen. Gerüchte über Unregelmäßigkeiten bei der Girokasse waren schon vor längerer Zeit aufgetaucht. Der Fehlbetrag stellt für die kleine Gemeinde eine recht fühlbare Summe dar.

Raubmord. In dem Dorfe Eschenbach bei Luzern wurde ein Tagameterchauffeur von einem Bauern in der Autotaxe erschossen aufgefunden; ihm waren 500 Franken geraubt worden. Ein der Tat verdächtiger, bereits vorbestrafter Mann entzog sich seiner Verhaftung in einem Hotel in Luzern durch einen Schuß in den Kopf. Die Ermittlungen ergaben, daß der ermordete Chauffeur mit einem Fremden eine längere Fahrt unternommen hatte.

Mord in Leipzig. Die 21 Jahre alte Spinnereiarbeiterin Frieda Nitzsche ist am Montag nachmittag in ihrer Wohnung in der Eisenacherstraße erdrosselt aufgefunden worden. Als Täter kommt der Liebhaber der Ermordeten, der Gießereiarbeiter Willi Hübner in Betracht.

Der Fabrikant als Wechselfälscher. In Brackwede im Hannoverschen wurde der Fabrikant Hugo Hoppe verhaftet. Er hat Wechsel einer Firma, bei der er früher als Prokurist tätig war, gefälscht und bei Bielefelder Banken zu Geld gemacht. Die Verfehlungen belaufen sich auf 70 000 Mark.

Schulferien wegen Grippe. In Düsseldorf mußten zahlreiche Schulen wegen der herrschenden Grippe-Epidemie geschlossen werden. Wie die sozialdemokratische „Freie Presse" hierzu feststellt, handelt es sich ausnahmslos um Volksschulen in Arbeiterbezirken. Die Eltern sind teils durch Arbeitslosigkeit, teils infolge der letzten Aussperrungen in der Metallindustrie nicht in der Lage, ihre Wohnungen genügend zu heizen und die Kinder mit warmer Kleidung auszustatten.

Auf der Spur der Bankräuber? Die Berliner Kriminalpolizei hat drei Brüder Saß unter dem Verdacht festgenommen, daß sie vielleicht an dem Einbruch in die Filiale der Diskonto-Gesellschaft beteiligt gewesen seien. Sie haben sich dadurch verdächtigt gemacht, daß sie schon seit geraumer Zeit auf großem Fuße leben, ohne ehrliche Einnahmequellen nachweisen zu können. Es sind bei ihnen auch verschiedene Schmuckachen gefunden worden, deren Herkunft sie nicht glaubwürdig erklären konnten. Bei der Vernehmung haben sie sich bisher darauf beschränkt, ihre Teilnahme am Bankeinbruch zu leugnen und unglaubwürdige Angaben zu machen.

Schmuggler erschossen. In der Gegend von Aachen wurde ein Schmuggler lebensgefährlich verletzt und ein anderer tödlich verwundet. Zollbeamte hatten einen Kraftwagen, der schon in den letzten Tagen erhebliche Mengen Kaffee und Zigaretten über die Grenze geschafft hatte, gestellt. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf die beiden Opfer zu verzeichnen waren.

Erschreckende Zahlen.

Wenn im Jahre 1927 in Deutschland 24 000 Menschen durch Unfall den Tod fanden, also 64 täglich, so darf man bei vollster Würdigung des grausamen und schmerzlichen Schicksals der Betroffenen auch die rein materielle, die volkswirtschaftliche Seite dieser Frage vom Standpunkt der Allgemeinheit nicht außer Acht lassen. Handelt es sich doch in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle um Menschen im besten Alter, in der Vollkraft ihrer Arbeitsfähigkeit. Die Arbeitskraft des Deutschen Volkes ist jedoch das wertvollste zinstragende Nationalvermögen, das uns als Volksganzem nach dem Versailler Diktat noch geblieben ist. Jene 24 000 Toten sind sündhaft verschwendetes Kapital, zumal ein erheblicher Teil dieser tödlichen Unfälle sicher vermeidbar gewesen wäre.

Die durch diese Todeszahlen verloren gegangenen Werte mögen schwer schätzbar, vielleicht unberechenbar sein. Aber für einen Teil liegen statistische Grundlagen vor, soweit sie durch die Berufsgenossenschaften versichert waren. Man glaubt im Allgemeinen, daß die meisten Unfälle in der Fabrik, Bergbau- etc. Betrieben vorkommen. Das ist ein gewaltiger Irrtum. Von den 24 000 Unfalltoten des Jahres 1927 waren nur etwa 8000 in den berufsgenossenschaftlichen Betrieben tätig. Von diesen weiß man, daß sie 13 000 Angehörige hinterließen. Wieviel Schmerz und Jammer leuchtet aus solchen Zahlen! Wieviel zerstörtes Familienglück, vernichtete Existenzen und Zukunftshoffnungen! Trotz aller Renten und sozialen Fürsorge, die nie vollen Ersatz für Leben und Gesundheit geben kann. Ueber eine Million Deutsche beziehen jährlich infolge überstandener Unfälle Renten. 26 000 beträgt der jährliche Zugang entschädigungspflichtiger Unfälle! Für den Einzelnen eine Nothilfe, die man ihm gern und wenn möglich in größerem Ausmaß gönnt. Für die Allgemeinheit vergeudetes Volksvermögen, der produktiven Arbeit entzogen. — Etwa 1 000 000 Unfälle werden jährlich in den Fabrik-Betrieben gemeldet. Legen wir die obigen Verhältniszahlen als Maßstab an, so errechnen sich 3 000 000 Unfälle insgesamt. Mag auch ein erheblicher Teil derselben keine schweren Schädigungen und Gesundheitsstörungen im Gefolge haben, doch ist mit jedem ein Verlust an Arbeitskraft und Zeit, meist auch Materialschaden verknüpft. Auf über 2 Milliarden jährlich werden die Entschädigungen für Unfallfolgen an Leben und Gesundheit geschätzt, auf mehr als 3 Milliarden diejenigen für Sach- und Materialschäden. Den einzelnen Geschädigten decken Versicherungen verschiedenster Art vor gar zu schwerem Verlust, aber volkswirtschaftlich gesehen ist es doch allemal ein Minus, ein Verschwinden von Werten, die noch produktiv ausgenützt werden können. Mag irgend eine Haftpflicht dem Einzelnen seine Verluste ganz oder teilweise ersetzen, das zertrümmerte Auto, der geplatzte Dampfkessel, das verbrannte Haus und Inventar ist doch dem Ganzen, dem Bestand an Werten unwiederbringlich entzogen. Kapital, das sonst als Rücklage, Sparguthaben und werbend angelegtes Vermögen dienen könnte und das bei der gewaltigen Zahl entschädigungspflichtiger Unfälle in phantastisch anmutende Riesenzahlen sich summiert; ist vergeudet und verschwendet.

So hat also die Gesamtheit des Volkes aus rein volkswirtschaftlichen Ueberlegungen ein brennendes Interesse an der Senkung der Unfallziffern, mithin auch an der bevorstehenden Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo). Bedenkt man, daß die Zahlen der Verkehrsunfälle sich im gleichen Zeitraum verfünffachten, während die Zahl der Kraftfahrzeuge sich verdoppelte, überlegt man weiter, daß von Sachverständigen eine Verzehnfachung unserer Verkehrsziffer vorausgesagt wird, so sieht man, daß wir katastrophalen Gefahren entgegengehen, wenn nicht das Ziel der RUWo erreicht wird: Erziehung zum unfallsicheren Verhalten insbesondere auch zur Verkehrsgemandtheit.

Bücher und Schriften.

Seid gegrüßt, zwei Sprechchorspiele für Jugendweihen. „Seid gegrüßt" und „Kommt" von Hermann Claudius. Preis 0,50 M. Berlin 1929. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Der Eintritt ins Leben ist ein sehr bedeutungsvoller und entscheidender Schritt auf dem Weg jedes Menschenkindes. Eltern und Schulentlassene wollen den Tag des Eintritts ins Leben in festlich erhobener Stimmung weihen. In den Jugendweihen sollen Rückschau und Ausblick, soll Wegweisung in symbolischer Handlung gestaltet werden. In den beiden Sprechchorspielen von Claudius ist dies alles in starken Wortrhythmen geformt. Im ersten Spiel wirken Einzel- und Chorsprecher, Orgel- und Harmoniummusik und Schlaginstrumente zusammen. Das zweite Spiel hat Sprechchöre der Väter, der Mütter, der Jugend und des Volkes. Einleitung und Umrahmung durch Musik mobt den stimmungsvollen Unterton. Beide Spiele zeigen eindringlich die Bedeutung der Schulentlassung. Sie zeigen das verlassende Vergangene und das wunschreiche Neue, aber auch Ernst und Not des Arbeiterlebens, die nur in Gemeinschaft entschlossener, handelnder Menschen gemildert und überwunden werden können. „Den Baum des Volkes kann nur Jugend retten. Nur aus dem jungen Grün an seinen Zweigen kann neu sich formend Leben aufwärts steigen."

„Ins Leben hinein", ein Jugendweihe-Sprechchorspiel von Max Barthel mit Jugendweihrede von Max Westphal. Preis 0,90 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. Der Arbeiterjugend-Verlag erweitert durch dieses Werk erfolgreich die „Reihe seiner Sprechchöre". Es ist durch seinen Inhalt besonders für Jugendweihe, aber auch für andere Feiern geeignet.

Die französische Revolution 1789—1799 von Friedrich M. Kircheisen. Mit 29 Bildbeigaben und Handschriftenproben, einem Plan von Paris und einer Zeittafel. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2.

Die Feder eines erfahrenen Sachkenners belehrt uns über die Ereignisse der ersten zehn Jahre der großen französischen Revolution, jener Epoche, die für die Menschheitsgeschichte von unerhörter Bedeutung ist und heute mehr denn je dem allgemeinen Interesse unterliegt. Ueber die Fülle glänzender Einzelschilderungen hinaus ist die Reihe der großen Begegenheiten u. der dringenden Führerpersönlichkeiten, bis zum Konsulat Napoleons, zu einem lebendig geschauten Gesamtbild gestaltet. Unter den zahlreichen Illustrationen befinden sich viele markante Porträts nach zeitgenössischen Originalstichen.

„Im Kampf um Kultur und Recht für die thüringischen Landes-Bühnen" betitelt sich eine theaterpolitische Sonderausgabe der Zeitschrift „Musik und Theater" (Verlag Rothgießer u. Diesing A.-G., Berlin N. 24), welche in ausführlicher Weise die komplizierte Theatersituation Thüringens wiedergibt. Jede einzelne existenzbedrohte Bühne wie Altenburg, Meiningen, Gotha, Sondershausen zeigt in Wort und Bild, was sie für das kulturelle Wesen der Städte und Länder bedeuten. So schreibt Geheimrat Max Grube über das berühmte Meininger Theater oder Dr. Rippold über die glanzvolle Vergangenheit der Ekhof-Bühne in Gotha. Sehr interessant ist auch die Schilderung über das Lohorchester von Prof. Gerbach. Diese Sonderausgabe wird für die Erhaltung dieser Thüringer Bühnen ein wertvolles Hilfsmittel sein und jedem Theaterinteressenten einen Einblick in einen wichtigen Teil der deutschen Theaterkultur gewähren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0003

Nachruf!

Wieder hat der Tod in unseren Reihen eine Lücke gerissen. Unser Kollege,

der **Oberstadtsekretär i. R.**

Herr
Karl Mißling

ist nicht mehr. Nach kaum 5jährigem Ruhestand ist er aus diesem Leben abgerufen. Er war uns stets ein aufrichtiger, lieber Kollege. Sein Andenken wird unter uns ein bleibendes sein.

Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens.
Ortsgruppe Halberstadt.

Für die liebevolle Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren **innigsten Dank.**

Besonderen Dank Herrn Hofprediger David für die trostreichen Worte, ebenso danken wir dem Inhaber, sowie seinen Mitarbeitern der Firma Ed. Bosse und seinen Berufskollegen für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte

Halberstadt, den 19. Februar 1929.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Else Hartmann geb. Kotte u. Kinder.

Am Sonntag nachmittag 3 Uhr entschlief nach kurzem schweren Krankenlager, meine liebe Frau, meine herzensgute Mutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau
Emma Heitmann
geb. Rählert

im eben vollendeten 63. Lebensjahre

Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen aller trauernden Hinterbliebenen
Heinrich Wilhelm Heitmann
Anna Birkenfeld geb. **Heitmann**

Quedlinburg, den 18. Februar 1929
Hohestraße 3.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Zentralfriedhofes statt.

Am Sonnabend, den 16. ds. Mts. starb nach längerem Kranksein, die

Witefrau
Marie Jordan
geb. Wachtel

Langenstein, den 19. Februar 1929.

Der Gemeindevorstand.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle aus, statt

---

Jagdverpachtung.

Die Waldjagd im städt. Eigenjagddekirk Osterholz bei Langenstein, mit Ausnahme des Salberschen Buttes, soll für die Zeit vom 1. März 1929 bis zum Schluß der niederen Jagd im Jahre **1938, öffentlich meistbietend verpachtet werden.** Die Verpachtungsbedingungen liegen von jetzt an bis zum Verpachtungstermin im Zimmer 16 des Rathauses von 8 bis 13 Uhr zur Einsicht öffentlich aus.

Der Verpachtungstermin findet am

Montag, den 25. Februar d. Js., 11 Uhr,

in Wehrstedt's Restaurant, hier, Fischmarkt 3 statt. Pachtliebhaber werden dazu eingeladen.

Halberstadt. den 18. Februar 1929.

Der Magistrat.

Nachdem in vielen Häusern durch Einfrieren der Wasserleitungen die Wasserzufuhr unterbrochen ist wird zur Wasserversorgung der Betroffenen vom Mittwoch, den 20. d. Mts. ab, bis auf weiteres täglich an folgenden Stellen aus Feuerhähnen stundenweise Wasser kostenlos abgegeben:

I.

von 8— 9 Uhr: Harmoniestraße, Ecke Harzstraße
„ 10—11 „ Balenstraße, Ecke Grauebof
„ 12—13 „ Westendorf Ecke Grudenberg
„ 14—15 „ Huystraße, Ecke Burchardtstraße
„ 16—17 „ Johannesbrunnen
„ 18—19 „ Woort

II.

von 8— 9 Uhr: Damaschkeweg, Ecke Wegeleben'str.
„ 10—11 „ Liebethalstraße, Ecke Lagardestr.
„ 12—13 „ Magdeburgerstraße Ecke Gerichtsstr.
„ 14—15 „ Kübligerstraße, Ecke Neuweg
„ 16—17 „ Sedanstraße, zwischen Roon- und Bismarckstraße
„ 18—19 „ Spiegelsbergenweg, Ecke Uhlandstr.

Die Anwohner werden gebeten, sich pünktlich an den festgesetzten Tageszeiten mit Eimern an den Entnahmestellen einzufinden und zur schnellen Abwicklung der Wasserausgabe den Bedarf nach Möglichkeit zu beschränken.

Halberstadt, den 19. Februar 1929.

Städtisches Wasserwerk.

Polizeiverordnung
über die Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265), der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) sowie der Art. II, III, V-VIII der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. 2. 1924 (RGBl. S. 44) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Magdeburg folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Wer eine öffentliche Tanzbelustigung abhalten will, gleichgültig, ob sie in einem Gasthofe, in einem anderen öffentlichen Lokal oder im Freien einschl der im Zusammen einer Ortschaft belegenen freien Plätze stattfinden soll, bedarf der schriftlichen Genehmigung der für den Ort der Tanzbelustigung zuständigen Ortspolizeibehörde. Die Genehmigung ist mindestens 24 Stunden vor Beginn der Tanzbelustigung nachzusuchen.

§ 2.

Die von der Ortspolizeibehörde zu erteilenden Erlaubnisscheine müssen Namen und Wohnort des oder der Veranstalter der Tanzbelustigung, die genaue Bezeichnung des Ortes, des Lokals und der Dauer der Tanzbelustigung enthalten und von der Ortspolizeibehörde unterschrieben und unterstempelt sein.

§ 3.

Gastwirte dürfen in ihren Lokalen oder in einzelnen Teilen derselben öffentliche Tanzlustbarkeiten, falls diese von der Ortspolizeibehörde nicht schriftlich genehmigt worden sind, nicht dulden.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 R.-M., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 5.

Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

An diesem Tage tritt zugleich die Regierungsverordnung vom 18. Dezember 1835, betreffend die Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten (Reg.-Amtsbl. S. 382), außer Kraft.

§ 6.

Die über die Entrichtung von Abgaben für die Veranstaltung von Bezirken erlassenen Ortssatzungen werden durch diese Polizeiverordnung nicht berührt.

Magdeburg, den 5. Januar 1929.

Der Regierungs-Präsident.

Veröffentlicht:

Die Polizeiverwaltung.

Oeffentliche Mahnung.
Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen.

Die fälligen Feuer- usw. Versicherungsbeiträge für 1929 sind, soweit sie nicht gestundet sind, **bis zum 2. März d. Js. an die Stadthauptkasse,** Rathaus, Zimmer Nr. 1, zu entrichten

Vom 4. März d. Js. ab erfolgt zwangsweise Einziehung.

Quedlinburg, den 18. Februar 1929.

Der Magistrat.

Nach § 25 der Polizeiverordnung betr. Feld und Forstschutz vom 20. März 1925, ist die Vernichtung der Raupen an den in den Gärten, auf Feldern, auf Wegen und Straßen stehenden Bäumen von den Eigentümern, Pächtern oder Nutznießern alljährlich in der Zeit von **Februar bis Mitte März vorzunehmen.**

Quedlinburg, den 11. Februar 1929.

Die Polizei-Verwaltung.

Empfehle täglich
Schellfisch, Goldbarsch, Filet, Hecht, Scholle, gr. Heringe u. Bücklinge
L. Hartmann,
Katharinenstraße Nr. 1

Ia Gänsepökelfleisch
empfiehlt.
Emil Langrock,
Gröperstraße 48/49.

Möbelpolitur
Ratsapotheke.

Inserieren bringt Gewinn !!

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
in Halberstadt: Erich Schroeder, Breiteweg 29
in Oschersleben: Willy Junge, Halberstädterstr. 4

Der Rathauskeller

Inh. **Kurt Neumann.**
Fernruf 2960. *Fernruf 2960.*

Jeden Monat ein

billiger Weintag

Erster billiger Weintag am 20. Februar 1929
Ein Glas ff. Wein 30 Pfg.
¼-Liter-Schoppen 60 Pfg.
Jeder kann Wein trinken!
Dazu: ***Musik nach heiterem Programm.***

„WALDFLORA“
Die bekannten giftfreien Blüten- und Kräuterpulver: *Kein Tee!*

Gicht, Reißen, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offenen Beinen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung	*Nr. 0*
Zuckerkrankheit	*Nr. 1*
Blasenleiden	*Nr. 3*
Nierenleiden	*Nr. 4*
Lungenleiden, Asthma	*Nr. 5*
Gallensteinen	*Nr. 6*
Magen- und Darmleiden	*Nr. 8*
Nerven- und Herzstörungen	*Nr. 9*
Stuhl-Störungen	*Nr. 10*

Ärztlich empfohlen. Alle wirksamen Stoffe, die durch Kochen und Aufbrühen verloren gehen, bleiben erhalten. Daher unübertroffene Wirkungen! Kur für vier Wochen nur 3.— RM.

Illustrierte 48 Seiten Broschüre in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern kostenlos!

Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)

Wir retten Ihre Haare!

Darum senden Sie uns **sofort** etwas ausgekämmtes Haar **zur kostenlosen, mikroskopischen** Untersuchung ein, damit wir die Ursache des Haarausfalls feststellen können. Wir sagen Ihnen dann unverbindlich, was Sie dagegen tun können. Rückporto erbeten.

Diagnostisch-therapeutisches Haarinstitut,
Berlin-Britz.

Sternwarte

Jeden Mittwoch und Sonntag

Künstler-Konzert

Leitung: Herr Kapellmeister W. Tost.
Anfang 3½ Uhr Eintritt frei.

Verein für Einheitskurzschrift
Halberstadt

Während der Kälteferien müssen unsere

Uebungsabende ausfallen.

Der Vorstand.

Saatbohnen
Hinrichsrieien,
sowie alle Sorten Buschbohnen und Stangenbohnen, kauft zu erhöhten Preisen. Sofortige Kasse bei Abnahme.

Richard Philippsborn
Quedlinburg
Lange Gasse 26, 1 Tr.
Telefon 414.

Gegen kalte Füße
Einlege-Sohlen
Frost linderungs mittel.
Löwen - Drogerie
Walter Rathenaustr. 60

Makulatur

abzugeben

Halberstädter Tageblatt
Domplatz 48.

---

8 Stunden

angestrengtester Arbeit im Büro ermüden Körper und Geist. Alle Erkältungen haben einen bequemen Weg. Schützen Sie sich! Bleiben Sie auf der Straße nie ohne dieses alte Volksmittel. Bei Husten, Heiserkeit, Katarrh hilft Ihnen dieses vorzügliche Mittel sofort.
Beutel 40 Pfg. Dose 80 Pfg.
Deshalb nehmen Sie nur

Kaiser's
Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen

Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar

Stadt-Theater.

Dienstag, 19. Februar 1929, 20 bis 22½ Uhr:
„Philotas“
Trauerspiel von G. E. Lessing, darauf
Der Diener zweier Herren
Lustspiel von Carlo Goldoni (0.50 bis 3.80)
Mittwoch, d. 20. Februar 1929, 20—22½ Uhr:
Gastspiel der Berliner Kammeroper
„Don Pasquale“
Komische Oper von Donizetti (1.— bis 7.80 Mk.)

Naturheilverein **Halberstadt**

Am **Donnerstag, den 21. Februar 1929, abends 8 Uhr,** im Saale des Restaurants **„Vaterland“**

Oeffentlicher Vortrag
„Unterleibs- u. Seelenleiden der Frauen“

Rednerin: **Frau von Golfieri, Dresden.**

Auch Herren haben zum Vortrag Zutritt.
Mitglieder frei! Gäste 50 Pfg.

Diese Veranstaltung entspricht dem Wunsche vieler Damen und der Besuch derselben ist durchaus zu empfehlen.

Der Vorstand.

WARTBURG

Jeden Mittwoch und Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Künstler-Konzert

Persönl. Leitung Herr Kapellmeister **Göricke**
Eintritt frei! Eintritt frei

Aus Wernigerode

Bekanntmachung.

Von den Jagdpächtern soll in der hiesigen Feldmark Gift zur Vertilgung **von Raubzeug** gelegt werden.

Wernigerode, den 16. Februar 1929.

Die Polizeiverwaltung.

Oeffentliche Mahnung.

Die im Monat **Februar** fällig gewesenen **Grundvermögens- und Hausinsteuern,** ferner **Müllabfuhrgebühren und Hundesteuern,** sowie **Steuer-Reste** aus Vormonaten sind innerhalb 3 Tagen an die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 5, zu zahlen.

Nach diesem Termin werden die Rückstände zwangsweise eingezogen.

Wernigerode, den 16 Februar 1929.

Der Magistrat (Stadthauptkasse).

Die für den **Neubau von 2 Achtfamilien-Wohnhäusern** am Beckenriedenweg erforderlich werdenden **Tischlerarbeiten** sollen vergeben werden.

Angebote sind unter Benutzung der von der städt. Bauverwaltung vorbereiteten Vordrucke bis **Donnerstag, 28. Februar 1929, vorm. 10 Uhr** verschlossen, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen im Verwaltungsgebäude **Klint 10,** Zimmer Nr. 10, abzugeben.

Wernigerode, den 16 Februar 1929.

Der Magistrat (Bauverwaltung).

Infolge Erkrankung
ist es mir nicht möglich, meinen Kunden Milch frei Haus zu liefern. Ich bitte daher dieselben, die Milch aus meiner Wohnung
Waldhofstr. 11
zu holen.
Frau Oberbeck

Wohnungs-tausch!

Biete an: Stube, 2 Kammern und Zubehör **und suche dasselbige.**

Angebote unter A. H. an die Geschäftsst. dieser Zeitung, Burgstraße 9.

Magdeburg O. 22.
Mittwoch Zusammenkunft
W. M.

Hotel „Monopol“
G. m. b. H.

Großes Konzert

ausgeführt von dem Tonkünstler-Orchester E. Ostermeyer (20 Mann), **am Mittwoch, den 20. Februar 1929, abends 8 Uhr, im großen Saal zu Ehren der Berghau-Industrie-Kursisten**

Mitwirkende: Rhythmische Musterübungen, Freie Sportvereinigung; Gesangsvorträge, Arbeiter-Gesangverein „Liederbund“; Reigenfahren der Bundesmeister, Radfahrerverein „Harzfreunde“.

Anschließend **Tanzkränzchen**
Eintritt frei! Eintritt frei!
Es ladet herzlichst ein **Die Verwaltung.**

Drucksachen liefert schnell **Harzer Volksstimme**

Freunde des Bücherkreises
erhalten jede Auskunft in der hiesigen Zahlstelle
W. Steigerwald
Burgstraße 9.

Alle Neuerscheinungen des Büchermarktes können bezogen werden durch
W. Steigerwald
Burgstraße 9.

Zur Deckung des Bedarfs an
Rauchwaren
empfiehlt sich
W. Steigerwald.
Burgstraße 9.

Schloß-Lichtspiele Wernigerode

Ein **ganz hervorragendes** großartiges Doppelprogramm
Dienstag bis Donnerstag
Täglich 6 und ½9 Uhr

Lilian Gish und Norman Kerry
als Hauptdarsteller in dem bezaubernden Großfilm

Annie Laurie

Ein Heldenlied vom Hochland
Nach dem bekannten Lied
Mein Herz ist im Hochland . . .

II.

Bebe Daniels
die Königin der Lustspiel-Darstellerinnen in

Abenteuer in Paris

Ein Film von heiteren Erlebnissen in Paris.

III.

Schutz der Schwachen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 43 — Mittwoch, den 20. Februar 1929 — 4. Jahrgang

Die Arbeitsmarktlage in Mitteldeutschland.

Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage.

Erfurt, 18. Februar.

Ueber die Lage am mitteldeutschen Arbeitsmarkt berichtet das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland:

Die Lage am mitteldeutschen Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist in der letzten Woche neuerdings um 2.3 v. H. gestiegen, während sie in der gleichen Zeit des Vorjahres bei allgemein niedrigem Stande bereits wieder einen Rückgang um rund 2 v. H. aufwies. Der Gegensatz der Entwicklung ist in erster Linie auf die völlige Verschiedenheit der Witterungsverhältnisse zwischen jetzt und dem Vorjahr zurückzuführen. Während in der Berichtswoche die Lufttemperatur in Mitteldeutschland durchschnittlich unter minus 20 Grad Celsius betrug, bewegte sie sich in der zweiten Februarwoche des Vorjahres zwischen plus 2 und plus 5 Grad Celsius.

Infolge der gerade in der letzten Woche eingetretenen Verschärfung des Frostwetters mußten auch wieder die Außenarbeiten, die in der Vorwoche aufgenommen worden waren, eingestellt werden. Dies führte neuerdings im Baugewerbe zu einem Zugang von arbeitsuchenden Fach- und Hilfsarbeitern sowie von Arbeitern der Bau-Nebenberufe. Ebenso fand ein weiterer Rückstrom von Arbeitskräften zu den Arbeitsämtern aus der Steinbruch- und Basaltindustrie und aus den Tagebau- und Baggereibetrieben des Braunkohlenbergbaues statt.

Die arbeithemmende Wirkung des Frostes beeinflußte darüber hinaus auch Industriebetriebe ohne Außenarbeiten, soweit sie nämlich mit Wasserkraft oder mit eigener Dampfkraft arbeiten. Bei letzteren machte sich vielfach ein Mangel an Rohbraunkohle fühlbar, so daß diese Betriebe zu Arbeitszeitverkürzungen schreiten mußten, was sich wiederum ungünstig auf die Beschäftigungsverhältnisse der diesen vor- oder nachgeordneten Industriegruppen auswirkte.

Durchweg gut, zum Teil sogar sehr gut beschäftigt und für weitere Arbeitskräfte noch aufnahmefähig waren dagegen in der Berichtswoche nach wie vor die Industrien, die entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung über den lokalen und provinziellen Markt hinausgreifen. So war vor allem der Kali- und Braunkohlenbergbau, die chemische Industrie und ein Teil der Nahrungs- und Genußmittelindustrie — eine Ausnahme bildet lediglich die Spielwarenindustrie —, in der am Ende der Berichtswoche 4 029 oder rund 20 v. H. der dieser Berufsgruppe zugehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen als Arbeitsuchende gezählt wurden. Für die übrigen Berufsgruppen gestaltete sich der Arbeitsmarkt uneinheitlich.

In der Landwirtschaft trat infolge des Frostwetters fast völliger Stillstand der Arbeiten ein, nur in einzelnen Bezirken wurden in geringer Zahl jugendliche Arbeitskräfte, Melker und Mädchen zum Dreschen eingestellt. Auch in der Forstwirtschaft, wo nur noch in wenigen Gegenden mit dem Holzeinschlag fortgefahren wurde, fanden überwiegend Entlassungen statt.

In der Industrie der Steine und Erden hat sich die Lage weiter verschärft, da durch Vereisung der Schiffahrtswege der Abtransport von Kalk, Zement und Ziegeln große Schwierigkeiten bereitete.

Die durch die Ungunst der Witterungsverhältnisse hervorgerufene Stockung der Lehmzufuhr führte bei den Ziegeleien verschiedentlich zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen. Ebenso gab die Pflasterteinindustrie Arbeitskräfte ab. Kurzarbeit wurde im verstärkten Maße bei einer Reihe von Betrieben der Porzellan- und Glasindustrie eingelegt mit Ausnahme bei Betrieben der Herstellung von Ampullen und Christbaumschmuck, welche noch über einen guten Auftragsbestand, zum Teil auch in größerem Umfange aus dem Auslande, verfügen.

Völlig uneinheitlich ist der Beschäftigungsgrad in der Industrie der Metalle, Maschinen, Apparate und Werkzeuge. Die Großindustrie zeigte sich im allgemeinen für neue Arbeitskräfte nur wenig aufnahmefähig. Einstellungen in der Werkzeug- und Papier-Maschinen-Industrie, oder Industrie der Dampfkessel und Blechwaren, standen Entlassungen in der Industrie der landwirtschaftlichen Maschinen gegenüber. Die Schiffbaubetriebe gaben infolge Auftragsmangels Arbeitskräfte ab. Gut beschäftigt blieb dagegen die Motoren-, Apparate- und Uhrenindustrie, in die auch in der Berichtswoche wieder eine Reihe von Facharbeitern vermittelt werden konnte.

Die Beschäftigung im Spinnstoffgewerbe wies größere örtliche Verschiedenheiten auf. Die noch bestehende Aussperrung der Weber beeinflußte in einzelnen Bezirken die Arbeitsmarktlage entscheidend. In der Kammgarnspinnerei war Bedarf sowohl nach männlichen wie weiblichen Kräften vorhanden, die ohne Schwierigkeiten gestellt werden konnten. Bereits verkürzt arbeitende Betriebe der Deckenfabrikation entließen weibliche Arbeitskräfte, weitere Entlassungen dürften in den nächsten Wochen folgen.

In der Papierindustrie blieb die Arbeitsmarktlage weiter uneinheitlich. Die papiererzeugende Industrie nahm Falzerinnen und Hilfsarbeiterinnen auf, während in der papierverarbeitenden Industrie, so vor allem in der Ilmenauer Maskenindustrie, infolge Saisonschlusses zu Entlassungen geschritten wurde. Das gleiche gilt von der Kartonnageindustrie, bei der sich zum Teil der Auftragsrückgang aus der Zigarettenindustrie stark fühlbar machte.

Im Vervielfältigungsgewerbe bestand nach wie vor Ueberangebot an Druckern, Buchbindern und Stenographen.

Für Arbeitsuchende aus der Leder- und Gummiindustrie bestand keine Nachfrage, ebenso nicht aus der Holz- und Schnitzstoffindustrie. Die Piano- und Möbelindustrie schritt wegen Auftragsmangels zur Einführung von Kurzarbeit und teilweise zu Entlassungen. Der Arbeitsmarkt in der Schmöllner Knopfindustrie ist weiter gedrückt. Am Ende der Berichtswoche waren hier rund 640 arbeitsuchende Knopfarbeiter und Arbeiterinnen vorhanden.

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zeigten sich nur die Schokoladen- und Süßwarenfabriken im Hinblick auf das kommende Ostergeschäft aufnahmefähig, zum Teil auch die Fleischkonservenindustrie, während der Arbeitsmarkt für Tabakarbeiter sich weiterhin verschlechterte.

Im Bekleidungsgewerbe trat bei der Maßschneiderei, der Schürzen- und Hemdenindustrie bei einem zunehmenden besseren Auftragseingang der Betriebe eine leichte Entlastung des Arbeitsmarktes ein. Dagegen ist in der Schuhindustrie noch keine nennenswerte Besserung zu verzeichnen und herrscht hier Kurzarbeit immer noch vor.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe beschränkte sich die Vermittlungstätigkeit auf die Stellung von Aushilfskräften, desgleichen in der Gesundheitspflege und im Reinigungsgewerbe.

Auf dem Markt für ungelernte Arbeiter konnten fast nur in größeren Städten Vermittlungen getätigt werden und hier meist nur für kurzfristige Beschäftigung.

Parteitag — Parteitreffen.

Das große Programm vom 10. März und von der Parteitagswoche in Magdeburg hat den Zorn der kommunistischen Presse erregt. Das ist verständlich. Diese Veröffentlichung ließ erkennen, daß der Magdeburger Parteitag nicht nur ein Kongreß wird mit den üblichen Ergänzungen, sondern ein politisches Ereignis, an dem Zehntausende unmittelbar beteiligt sind. Ein großes Treffen der Sozialdemokraten, der Frauen, Jugend und Sportler aus dem Bezirk Magdeburg, aus ganz Mitteldeutschland wird der Parteitag 1929.

Der Mitteldeutsche Jugendtag, der am Sonnabend den 9. März, beginnt, wird sozialistische Jugend aus der Provinz Sachsen, aus Braunschweig, aus der Provinz Brandenburg, aus Anhalt, Thüringen und dem Freistaat Sachsen nach Magdeburg führen. Die Jugendlichen aus den Großstädten werden in Sonderzügen kommen.

Am Sonntag, den 10. März, wird Magdeburg beherrscht sein vom sozialdemokratischen Parteitag. Die Vormittagsveranstaltungen in den fünf größten Sälen der Stadt sind getrosten worden, um den Gästen von auswärts Gelegenheit zu geben, mit alten und neuen Freunden einige Stunden guter und anregender Geselligkeit zu pflegen.

Die Morgenfeier im Stadttheater bildet den ernsten Abschluß des Jugendtages. Es wird von neuem darauf aufmerksam gemacht, daß der Zutritt zu allen Veranstaltungen des Vormittags den Inhabern von Plaketten unentgeltlich gestattet wird.

Die Kundgebung am Nachmittag, an der Frauen, Männer, Jugend und Kinder teilnehmen, finden einen feierlichen Abschluß auf dem Ehrenhof. Um 5 Uhr nachmittags wird in der Stadthalle der Parteitag eröffnet.

Die vereinigten Arbeiter-Sängerchöre werden mit dem Philharmonischen Orchester ein Requiem nach dem Text von Toller zum Vortrag bringen. Ein Werk von großem musikalischen und dichterischen Wert und stärkster Wirkung. Kampflieder, Vortrag des Orchesters, ein Prolog und Orgelspiel sind weiter im Programm vorgesehen.

Nach der Begrüßungsrede findet die Feier ihren Abschluß durch den Einzug der Jugend mit Fahnen und Wimpeln und das feierliche Gelübde der Jugend. Die Jungen der Partei treten auf, bieten den Alten die Hand, wollen mit roten Fahnen in die Zukunft ziehen. . . . .

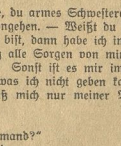
Es ist selbstverständlich, daß auch sich im Laufe der Woche in großen Veranstaltungen der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zeigt. Am Dienstag, den 12. März, in einer großen Frauenkundgebung, die im „Hofjäger" stattfindet, am Mittwoch in einem Fackelzug des Reichsbanners.

Witz und Humor waren immer die Begleiter der kämpfenden Arbeiterschaft, wie sie überhaupt stets bei geistig regsamen Menschen zu finden sind. Die werden auch hier nicht fehlen. Am Mittwoch, den 13. März, wird in der Stadthalle ein heiterer Abend sein.

Am Donnerstag finden drei öffentliche Versammlungen statt. Sie sollen insbesonder ausländischen Genossen die Gelegenheit geben, zu ihren deutschen Genossen zu sprechen.

Nun gilt es, in Stadt und Land zu werben für den Parteitag. Es soll wirklich ein Treffen werden für die Sozialdemokratie Mitteldeutschlands, für Männer, Frauen, Jugend! Und ein Zeichen der Stärke und der Größe unserer Partei! —

Grippegefahr
Wasbrut
beugt vor



„An der Wasserkante."

Von Kurt von der Eider.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Seit Wochen war er nicht im „Grünen Weg" eingekehrt. Jetzt lockte es ihn, Tesse wieder zu sehen, mit ihr zu fechten in Worten und Blicken und tiefer in das Geheimnis ihres Wesens einzudringen.

So kam er eines Tages zu ihr. Sie empfing ihn mit freundlichem Kopfnicken, als wäre er ihr täglicher Gast. Wie ehemals saß er ihr gegenüber und trank seine Milch, und sie saß am Fenster und hielt irgend eine weiße Handarbeit in ihren Händen. Zuweilen hob sie die Augen, und er wartete auf den Augenblick, da sie ihn ansah. Kühl und doch verheißungsvoll leuchtete es in ihren Augen. Blickte er aber tiefer, dann ging es ihm wie auf der Höhe des Meeres; er fand keinen Grund.

Lockte es Hartwich einmal gar zu sehr, dann konnte er sicher sein, daß ihre Worte ihn wieder abstießen. Trotzdem verstanden sie sich gut, und sie hatten eine eigene Art und Weise, miteinander zu reden, aus der kein anderer klug werden konnte. So sagten sie sich oft in Gegenwart eines Fremden, ja sogar wenn ihr Vater dabei war, allerlei Liebes und Böses, was nur sie selbst verstehen konnten.

Es war an einem frischen, hellen Herbstmorgen, als er durch den Koog fuhr und Tesse in der Tür stehen sah. Da konnte er nicht vorbei. „Halt an!" rief er Hinnerk zu.

Er sprang mit einem Satze vom Wagen und trat ins Haus. Wie frisch und blank war alles. Die Diele, die Stube, Tesse selbst. Er liebte Sauberkeit, Frische und Klarheit, obgleich er dieses alles daheim nicht fand. Jetzt ließ er sich auf seinen Platz nieder, als wollte er den ganzen Tag hier sitzen.

„Sprich etwas, Mädchen, erzähle."

„Erzähle du." Sie erwiderte das Du, als ob es sich nicht anders gehöre.

„Wovon soll ich sprechen, von den Kranken, die drüben auf mich warten?"

„Nein, nicht davon. Ich kenne das zur Genüge. Erzähle etwas von deinem Leben, von deiner Frau oder von dem feinen Fräulein mit dem du damals hier warst."

„Das kann ich nicht." Es kam gepreßt zwischen den zusammengebissenen Zähnen heraus. Seine Augen blickten in Gedanken verloren durch das Fenster auf die weite, schmale Küste, die sich im Sonnenschein scharf am Horizont abgrenzte.

„Armer Mann."

Wild blickte er auf. „Woher weißt du, daß Wieben Peters unglücklich ist?"

„Er ist nicht unglücklich, er ist nur blind."

„So lehre mich sehen."

Sie sah ihn nachdenklich an. „Du müßtest ein anderes Weib an deiner Seite haben, ein starkes, gesundes, mit dem du ringen könntest; das stärkt den Mut."

Plötzlich ergriff ihn die Luft, ein kräftiges Weib in seinen Armen zu halten. Tesse hatte recht. Er sprang auf und umfaßte sie nicht gerade zimperlich. Sie wehrte sich und mußte doch seinen starken Arm fühlen, und im Ringen wallte das Blut ihm rascher und heißer durch die Adern.

„Laß mich, Wieben Peters, du bist von Sinnen."

„Bin ich es, so hast du mich dazu gebracht."

Sie entzog sich ihm geschmeidig, öffnete das Fenster und rief: „Hinnerk, der Herr will fahren."

„Jawoll." Hinnerk hatte die Stränge an und kletterte auf den Wagen. Da blieb Hartwich Stahl nichts anderes übrig, als zu gehen. Er tat es, und sie stand in der Tür, hielt der Sonne wegen den Arm über die Stirn und sah ihm mit kühlen, sinnenden Augen nach.

Sie hatten eine Stunde weit nach einem entfernten Bauernhofe zu fahren, wo der Doktor einen Kranken hatte. In ihm lohte noch die Erregung nach. Die taufrische Kühle draußen tat ihm wohl und beruhigte seine Sinne.

Er atmete tief. „Welch ein schöner, heller Morgen."

Hinnerk drehte sich ein wenig nach seinem Herrn um. „Die hellen Morgen und die glatten Deerns taugen man nicht viel", entgegnete er trocken. „Da folgt am Tage immer ein Regenschauer."

Hartwich fuhr auf und starrte seinen Alten sprachlos an. Was soll das heißen? Was nahm er sich heraus? Aber Hinnerk sah sich gar nicht nach dem Wirtshaus um, das längst hinter ihnen lag; er schaute vielmehr mit Kennermiene ins Wetter. „Da oben hängt schon wieder 'n ganzes Schipp voll sute Appeln."

„Du magst recht haben!" sagte der Doktor lachend. Aber in das Lachen stimmte seine Seele nicht ein. Da war eine Stimme, die sagte: „Tesse Martens ist auch eine von den glatten Dirnen, hinter deren weißen Stirn sich dunkle Gedanken verbergen."

14. Kapitel.

Im Herbst kam Liete auf Besuch. Sie brachte einen frischen Luftstrom ins Haus. Da war mit einem Male der Haushalt wieder geordnet. Das Kind schrie nicht mehr so oft. Kaschas Kleider waren sauber und heil. Hartwich kam öfter nach Hause. Er begann sich wieder daheim wohlzufühlen.

Lietes Besuch war zugleich ein Abschied. Sie hatte zum 1. Oktober eine Stellung als Stütze in einem größeren Hausstande angenommen.

„Ein junges Mädchen muß mal von Hause fort und etwas anderes kennen lernen", sagte sie.

Kascha fand es nicht so recht verständlich.

„Du hast es doch eigentlich nicht nötig, dich bei fremden Leuten herumzuplagen. Graut dir denn nicht?"

Liete schüttelte den Kopf. „Nein, ich freue mich auf all das Neue. Je mehr Arbeit, desto besser."

„Aber, daß Mama dich fortläßt! Ihre einzige Stütze —".

O, was denkst du! Mama ist doch im Grunde noch eine junge Frau: dazu paßt eine so große Stieftochter nicht mehr."

„Du glaubst doch nicht etwa, daß Mama daran denkt, sich wieder zu verheiraten?"

„Warum nicht?"

„So also sieht die Treue aus, die sie uns von Kindheit an eingeprägt hat. Papa ist erst ein halbes Jahr tot. Ist sie denn besser als eine Frau, die untreu wird, sobald der Mann den Rücken dreht?"

„In ihren eigenen Augen sicher. Mama wird jedenfalls den Schein wahren und das Trauerjahr abwarten. Sodann heiratet sie einen Mann, der der Familie angenehm ist. So bleibt sie sich im Grunde selber treu."

„Und deshalb mußt du in die Fremde, du armes Schwesterchen? Ich könnte nicht so stark und mutig davongehen. — Weißt du was, Liete, komm zu uns. Sieh, wenn du da bist, dann habe ich immer ein Gefühl, als wären mit einem Schlag alle Sorgen von mir genommen — als wäre alles in Ordnung. Sonst ist es mir immer, als ob jeder etwas von mir verlangte, was ich nicht geben kann."

Liete schüttelte den Kopf. „Nein, laß mich nur meiner Wege ziehen. Es ist das beste für mich."

„Du müßtest heiraten, Liete."

„Ich heiraten. Weißt du vielleicht jemand?"

„Vielleicht", murmelte Kascha errötend.

„Doch nicht etwa Herrn Leonhardt? Nein, der ist nichts für mich. Ich kann es nicht leiden, wenn ein Mann soviel auf Krawatten, Spazierstöcke und dergleichen gibt. Ein Mann muß einfach sein."

„Wie Hartwich, nicht wahr?"

„Ja, der ist das Ideal eines Mannes."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0005

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 19. Februar.

Gedenktage.

19. Februar.

1837 †Revolutionärer Dramatiker Georg Büchner. — 1887 †Niederländischer Dichter Multatuli. — 1916 †Physiker und Philosoph Ernst Mach. — 1916 Kamerun wird englischer Besitz. — 1919 Attentat auf Clemenceau. — 1919 Schwere Unruhen in Elberfeld. — 1927 Generalstreik in Schanghai. — 1927 †Dänischer Literaturforscher G. Brandes.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In einer am 14. 2. 1929 in Erfurt abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland wurde über Maßnahmen zur Bekämpfung der in diesem Winter besonders drückenden Arbeitslosigkeit verhandelt. Im Bezirk Mitteldeutschland waren am 31. Januar 201 737 Unterstützungsempfänger vorhanden gegenüber 131 516 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Arbeitsämter erfaßten am 29. Januar insgesamt 253 951 Arbeitsuchende (156 800 Ende Januar 1928). Angesichts dieser ungünstigen Verhältnisse ist das Landesarbeitsamt in Verhandlungen mit den Regierungen eingetreten, um deren Unterstützung für die baldige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zu bekommen. Vom Verwaltungsausschuß wurde gewünscht, daß den Arbeitsämtern in weiterem Umfange Mittel für persönliche und sachliche Ausgaben zur Bewältigung der Mehrarbeit in diesem Winter zur Verfügung gestellt werden, insbesondere auch für einen entsprechenden Ausbau der Neben- und Meldestellen der Arbeitsämter.

In der Frage der Durchführung der Sonderfürsorge für den Fall berufsüblicher Arbeitslosigkeit wünschte der Verwaltungsausschuß den Erlaß von Richtlinien für die Bedürftigkeitsprüfung sowie eine beschleunigte Bearbeitung der Einsprüche in den Spruchinstanzen. Wichtigere Entscheidungen traf der Verwaltungsausschuß über die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an durch Ausstand oder Aussperrung betroffene Arbeitslose sowie über einige vorliegende Anträge auf Förderung von Maßnahmen der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge.

Die Reifeprüfung am Gymnasium.

Am Gymnasium fand vom Donnerstag bis Sonnabend unter dem Vorsitz von Oberschulrat Koch und in zeitweiliger Anwesenheit des 1. Bürgermeisters Dr. Gepel, als Patronatsvertreter, die Reifeprüfung von 30 Oberprimanern statt. Zwei durch Krankheit am Erscheinen verhinderte werden in diesen Tagen nachgeprüft werden. Vom Gymnasium bestanden sämtliche 13 Schüler — hierzu werden die beiden Kranken bald kommen — nämlich: Hans Amort aus Göttingen, Joachim-Hans Bergmann aus Wernigerode, Walter Claus aus Wernigerode, Heinrich Fiebig aus Wernigerode, Gerhard Georgi aus Nöschenrode, Hellmut Kramer aus Stettin, Konrad Reichhelm aus Wernigerode, Joachim Rosenbeck aus Nöschenrode, Heinrich Roloff aus Wernigerode, Erich Roth aus Wernigerode, Barward von Schenck aus Nöschenrode, Wilhelm Schröder aus Wernigerode, Hellmut Ziervogel aus Halle. Hiervon erhielten das Prädikat Gut bestanden: Erich Roth und Barward von Schenck, das Prädikat Mit Auszeichnung bestanden: Konrad Reichhelm und Heinrich Roloff. Von den 17 Schülern des Realgymnasiums erreichten 16 ihr Ziel nämlich: Werner Beyer aus Wernigerode, Wilhelm Borchert aus Drübeck, Kurt Bormann aus Wernigerode, Erich Brenning aus Wernigerode, Günther Freytag aus Wernigerode, Heinz Bürger aus Wernigerode, Hans Hoffmann aus Wernigerode, Herbert Kröger aus Wernigerode, Otto Leschin aus Ilsenburg, Franz von Lüsdorff aus Wernigerode, Ilse Lutze aus Ilsenburg, Franz von Mentz aus Wernigerode, Gerhard Pfau aus Wernigerode, Horst Swensson aus Berlin, Harald Wittekind aus München, Walter Zech aus Wernigerode. Das Prädikat Gut bestanden erhielten: Werner Beyer, Wilhelm Borchert, Hans Hoffmann, das Prädikat Mit Auszeichnung bestanden: Ilse Lutze.

Am Schluß hielt der Oberschulrat an die Reiflinge — die 29 unter den 25 000 Gesamtdeutschlands — eine sehr eindringliche Rede über Lebensberuf und Lebenspflichten. Nach der Entlassung der Schüler nahm er noch Gelegenheit, die guten Leistungen der Anstalt anzuerkennen, die auch mit auf die sehr glückliche Verkoppelung der beiden Anstalten Gymnasium und Realgymnasium zurückzuführen seien. Schon im Verlaufe der Prüfung hatte er Gelegenheit genommen, sich einen Jungen über „Bildung" aussprechen zu lassen und herauszuholen, wie wichtig ein Bildungsgang sei, der nicht Vermittlung eines Fachwissens als Bildungszweck ansehe, sondern den ganzen Menschen ergreife.

Die Abiturienten hatten unterdessen, getragen von ihren Freunden, im Schmuck der ihnen von ihren Bekannten gestifteten Lorbeerkränze den Markt erreicht, wo sich am Marktbrunnen das bekannte Treiben entwickelte. Abends fand in der Storchmühle der sehr gut besuchte Abiturientenball statt, in dessen Verlauf Barward v. Schenck das Lehrerkollegium und die übrigen Gäste in freundlichen Worten begrüßte, auf die Studienrat Dr. Ritscher, der Klassenleiter der O1a, anwartete, indem er sein das Recht der Jugend auf das Neue und die Ehrfurcht vor dem Alten gegeneinander abwog und mit einem Hoch auf das Vaterland schloß. Die geistreich sein wollende Damenrede eines Abiturienten war dagegen ein voller Mißerfolg, über den die fröhliche Stimmung des Abends jedoch schnell hinwegging.

Die eingefrorenen Wasserleitungen.

Es gibt fast kein Grundstück in Wernigerode, in dem die strenge Kälte nicht bedeutenden Schaden verursacht hat. In vielen Häusern in dem Badezimmer, Klosett und Küche sind die Wasserleitungen geplatzt. Große Ueberschwemmungen sind dadurch hervorgerufen; oft hat das Wasser 10—20 cm Höhe im Zimmer gestanden, ist durch die Decke in die darunter befindlichen Zimmer gedrungen, und so großen Schaden angerichtet, der für den Hauswirt und Mieter außerordentlich hoch ist.

Wer sich vor Schaden bewahren will, sperre die eingefrorenen Leitungen im Keller ab, hole den Fachmann hinzu und lasse durch diesen die Leitungen wieder in Betrieb setzen. Der Schaden ist nicht beseitigt, wenn die Wasserleitung wieder läuft, sondern die Ableitungen von Bad, Küche und Klosett sind auch eingefroren. Diese müssen erst wieder frei sein, ehe man das Wasser wieder anstellt und ablaufen lassen kann, denn durch das Nichtabfließen der Abwässer ist schon sehr viel Schaden entstanden.

Katastrophal hat es sich in den Häu'ern ausgewirkt, welche keine Innentoilette haben, da sind die Ableitungen eingefroren, da müssen auch diese erst aufgetaut und repariert werden.

Bei Wetterumschlag ist folgendes zu beachten: Die eingefrorenen Leitungen abgestellt lassen. Den Fachmann holen, welcher die Leitungen prüft, die Schäden beseitigt, die Leitung dann wieder Stück für Stück in Betrieb setzt. Werde nicht ungeduldig, wenn der Klempner und Installateur nicht sofort kommt, wenn er gerufen wird. Jedes Ding währt seine Zeit, um ordentlich gemacht zu werden, er kann nicht überall zugleich sein. Wer den Rat befolgt, den er hiermit erhält, spart sich viel Aerger und Geld.

— **Großes Konzert.** Zu Ehren der hier zur Zeit weilenden Mitglieder des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes, welche hier im Gewerkschaftshaus einen Bildungskursus mitmachen, veranstaltet die Monopolverwaltung am Mittwoch, 20 Uhr, im gutdurchheizten großen Saal des Monopol ein mit 20 Mann des Tonkünstler-Orchesters Ostermeyer bestrittenes Konzert. Hierbei haben ihre Mitwirkung zugesagt die „Freie Sportvereinigung 1895" der Arbeiter-Gesangverein „Liederbund" und die Bundesmeister des Arbeiter-Radfahrervereins „Harzfreund". Anschließend soll ein Tanzkränzchen den Abend harmonisch abschließen. Von der Wernigeröder organisierten Arbeiterschaft erwarten wir recht zahlreiche Beteiligung mit ihren Familienangehörigen, da der Eintritt frei ist.

— **Der Opernabend des Theaterbundes** findet erst am Freitag, den 23. Februar statt, da im Kurhaus erst der Heizungskessel instand gesetzt werden muß.

— **Arbeiter-Gesang-Verein Liederbund.** Zum Uebungsabend am Mittwoch müssen alle aktiven Sänger im Speisesaal des Monopol erscheinen.

— **Zur Vertilgung des Raubzeuges** wird in der städtischen Feldmark von den Jagdpächtern Gift gelegt, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

— **Oeffentliche Mahnung.** Die im Monat Februar fällig gewesenen Steuern, sowie die aus den Vormonaten fälligen Steuerreste sind nunmehr innerhalb drei Tagen im Zimmer 5 des Rathauses, zur Vermeidung der zwangsweisen Eintreibung zu bezahlen.

— **Vermißtenanzeige erledigt.** Die auch von uns vor einigen Tagen als vermißt gemeldete unverehelichte Elise Brückner hat sich bei ihren Angehörigen in Dessau inzwischen eingefunden.

— **Polizeiliches.** Festgenommen wurde das Hausmädchen A. H., welches ihren Mitstolleginnen in einem Hotel in Schierke Beträge von 6 und 10 Mark gestohlen hatte. Die diebische Elster wurde auf einem Tanzsaal in Elend beobachtet, daß sie den Unterrock einer anderen Kollegin, die sie ebenfalls bestohlen hatte, trug. Die Bestohlene veranlaßte, daß die Diebin daselbst das gestohlene Gut sofort ausziehen mußte. Außerdem besteht der Verdacht, daß das nette Früchtchen in einem hiesigen Hotel einen Geldbetrag und eine von einem Hotelgast vergessene goldene Herrenuhr sich aneignete. — Ferner wurde in Haft genommen der Gelegenheitsarbeiter W. Brems, der im hiesigen Armenhaus zwei Mitbewohner bestohlen hat. Er hatte vor noch nicht langer Zeit für einen verstorbenen Angehörigen weiter Rente auf Grund eines von ihm gefälschten Rentenantrages bezogen. Die bei dieser Verurteilung erz elte Bewährungsfrist ist mit der Begehung seiner neuen Straftat hinfällig. — Zur Anzeige gebracht wurde ein weiterer Arbeiter, der einen Diebstahl begangen haben soll. — Eine geistesgestörte Person wurde durch die Polizei ihren Angehörigen wieder zugeführt. Ferner wurde eine geschlechtskranke weibliche Person wegen Ueberfüllung im Kreiskrankenhaus nicht aufgenommen.

— **Schloß-Lichtspiele.** Der diesmalige Spielplan vom Dienstag bis Donnerstag bringt 2 Filme von ausgezeichneter Qualität. Der eine Film „Annie Laurie" noch dem bekannten Liede „Mein Herz ist im Hochland", spielt im schottischen Hochland und behandelt im balladesken Stil die Geschichte einer durch Generationen dauernden Fehde zweier Clans, wobei natürlich Romeo und Julia nicht fehlen, hier Jan Mac Donald und Annie Laurie gebeißen. Der andere Film ist ein neuer Bebe Daniels Film. Er betitelt sich „Abenteuer in Paris" und gibt der Künstlerin Gelegenheit, ihr Temperament und ihre strahlende Begabung leuchten zu lassen. Einen interessanten Kulturfilm „Schutz der Schwachen" und die „Deulig-Wochenschau" zeigt das Beiprogramm. Die Vorstellungen beginnen um 6 und 1/9 Uhr.

* **Streupflicht der Gemeinde bei Glätte.** Die Gemeinden sind verpflichtet, die Ortsstraßen in verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Hierzu gehört auch, daß bei Schneefall oder Glatteis die Gehwege sowie belebte Straßenübergänge bestreut werden. In welchem Maße gestreut und wie oft die Streuung wiederholt werden muß, hängt ganz von den Erfordernissen des Verkehrs ab. In Ausnahmefällen besteht auch die Pflicht, den Fahrdamm zu bestreuen. So z. B. wenn er von Fußgängern stark in Anspruch genommen werden muß.

* **Gestohlene Invalidenmarken.** Am 24. Januar 1929 sind durch Einbruch in die Wertzeichenstelle des Postamts Berlin W 8 10 000 Stück Invalidenversicherungsmarken zu 120 Pf., 70 000 Stück Invalidenversicherungsmarken zu 150 Pf. und 80 000 Stück Invalidenversicherungsmarken zu 200 Pf. gestohlen worden. Der Verbleib dieser Marken ist bisher nicht festgestellt. Auf die Ergreifung der Täter wurde eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Vor Ankauf der gestohlenen Marken wird gewarnt. Werden Beitragsmarken für die Invalidenversicherung durch Privatpersonen zum Kauf angeboten, so ist äußerste Vorsicht am Platz. Im Zweifelsfall empfiehlt sofortige Mitteilung an die Polizei.

Kreis Wernigerode.

Darlingerode, 18. Februar. Schrebergartenverein. In der Versammlung der Schrebergärtner an Sonntag fand eine Vorbesprechung statt über den Ankauf des am Ziegenberg liegenden Schrebergarten-Geländes. Der Vorstand teilte den Gartenfreunden mit, es wäre die Möglichkeit vorhanden, daß durch Kauf der Schrebergartenverein Eigentümer werden könnte. Verhandlungen hat der Vorstand mit der „Fürstlichen Verwaltung" schon geführt. Eine rege und oft lebhafte Aussprache wurde geführt. Der Vorstand erhielt den Auftrag, weitere Verhandlungen zu führen. In einer demnächst stattfindenden Generalversammlung wird die Verhandlungskommission Bericht abstatten; es wird auf alle Fälle ein endgültiger Beschluß gefaßt werden, ob die Mehrheit dem Vorschlag des Vorstandes beitritt.

Aus Halberstadt.

Elternfeier der Kinderfreunde.

Zum Freitag abend hatten die hiesigen Kinderfreunde ihre Anhänger zu einer Eltern- und Kinderfeier im Gewerkschaftshaus eingeladen. Die Feier war von Eltern und Kindern stark besucht. Das geschickt aufgestellte Programm befriedigte die Ansprüche der Eltern und Kinder vollauf. Es wäre verkehrt, irgendeinen der kleinen Künstler zu loben, gaben doch alle ihr Bestes. Man konnte mit Freuden wahrnehmen, daß die Kinder die verschiedenen Darbietungen nicht aus Egoismus brachten, es war vielmehr die Freude an der Gemeinschaft. Jeder versuchte, so viel wie nur irgend möglich, durch Einsetzen seiner ganzen Kraft, diese Gemeinschaft zu fördern. Wir können nicht umhin, in diesem Punkte der Erziehungsfragen den Kinderfreunden unser volles Lob auszusprechen. Wir müssen dem Gruppenleiter, der die Begrüßungsansprache hielt, vollkommen beipflichten, daß solcher Gemeinschaftsgeist nur in proletarischen Kindergruppen Einzug halten kann.

Wissen doch die Kinder, daß ein zum Vortrag gekommenes Gedicht „Wir sind der junge Staat", wirklich ein ihre Not schilderndes Gedicht ist. Sie erfaßten diese Rezitation daher auch mit allen ihren Gedanken und Gefühlen. Man kann sich nicht vorstellen, daß Kinder irgendwelche Worte eines Pfarrers von der Kanzel feierlicher aufnehmen können wie diese Worte. Es gibt einen Spruch der Kinderfreunde, welcher heißt: „Wir sind Arbeiterkinder und sind stolz darauf". Ja, ihr Kinder, seid stolz darauf, daß ihr als Söhne und Töchter einer stark und trotzig sich aufrichtenden Arbeiterklasse auf die Welt gekommen seid, denn ihr seid die Träger der kommenden Generation. —

---

* **Die Stadtbücherei** hat in der Woche vom 9.—15. Februar 1772 Bände an 667 Leser, täglich im Durchschnitt 354 Bände an 133 Leser verliehen. Der Lesesaal wurde in derselben Zeit von 450 Personen, 423 Männern und 27 Frauen, durchschnittlich täglich von 64 Personen, 60 Männern und 4 Frauen, besucht.

P. A. Sonntagskarten nach Blankenburg. Auf Anregung des städt. Verkehrs- und Wirtschaftsamts hat sich die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn bereit erklärt, vom 1. März ab Sonntagskarten von Halberstadt Hptbhf. und Halberstadt-Spiegelsberge nach Blankenburg bzw. Derenburg mit wahlweiser Gültigkeit auszugeben. Man kann also mit dieser Karte nach Blankenburg hin- und von Derenburg zurückfahren oder umgekehrt. Der Besuch des Osterholzes wird dadurch wesentlich erleichtert.

* **Wie lange bleiben die Volksschulen geschlossen?** In der Sorge zur Vorbereitung der Reichs-Unfallverhütungs-Woche wurde von dem Vertreter der Volksschulen in Halberstadt und der näheren Umgebung erklärt, daß infolge der Kälteferien die Aufklärungsarbeit nicht zu der in Aussicht genommenen Zeit beginnen könne, weil damit gerechnet werden müsse, daß die meisten der jetzt geschlossenen ländlichen Volksschulen vor drei Wochen nicht wieder geöffnet werden würden. Mehr als zwei Drittel der Schulen der näheren Umgebung seien geschlossen. Die Kohlenvorräte müßten erneuert werden, da eine Reihe von Schulen Kohlen an die Bevölkerung abgegeben hätten Die Kälteferien für die Halberstädter Schulen laufen am 23. Februar ab. Sollte es sich herausstellen, daß Temperatur und Kohlenvorräte in einem günstigen Verhältnis zueinander stehen, dann steht der Wiederaufnahme des Schulbetriebes nichts entgegen.

* **Oeffentliche Wasserentnahme.** Nachdem in vielen Häusern durch Einfrieren der Wasserleitungen die Wasserzufuhr unterbrochen ist, wird zur Wasserversorgung der Betroffenen vom **Mittwoch, den 20. Februar ab,** bis auf weiteres täglich an folgenden Stellen aus Feuerhähnen stundenweise Wasser kostenlos abgegeben: I. von 8—9 Uhr: Harmonieстraße, Ecke Harzstraße, von 10—11 Uhr: Bakenstraße, Ecke Grauehof, von 12—13 Uhr: Westendorf, Ecke Grudenberg, von 14—15 Uhr: Hufstraße, Ecke Burchardtstr., von 16—17 Uhr: Johannesbrunnen, von 18—19 Uhr Wort. — II. von 8—9 Uhr: Damaschkeweg, Ecke Wegeleberstraße, von 10—11 Uhr: Lieberkühnstraße, Ecke Lazarettstraße, von 12—13 Uhr: Magdeburgerstraße, Ecke Gerichtsstraße, von 14—15 Uhr: Kühlingerstr., Ecke Neuewag, von 16—17 Uhr: Sedanstraße, zwischen Roon- und Bismarckstraße, von 18—19 Uhr: Spiegelsbergeweg, Ecke Uhlandstraße. Die Anwohner werden gebeten, sich pünktlich zu den festgesetzten Tageszeiten mit Eimern an den Entnahmestellen einzufinden und zur schnellen Abwicklung der Wasserabgabe den Bedarf nach Möglichkeit zu beschränken.

* **Rolf Sylvero im Volksbildungsverein.** Im Volksbildungsverein gab gestern abend der hier in Halberstadt gut bekannte Experimental-Psychologe Rolf Sylvero wieder eine Gastrolle und wartete mit neuen Leistungen auf dem Gebiete der Telepathie, Suggestion und des Spiritismus auf. Es war daher auch nicht zu verwundern, daß der Elysiumsaal bis auf den letzten Platz besetzt war. Die Experimente lösten oft große Heiterkeit aus. Es war aber auch gar zu komisch, wenn dort oben auf der Bühne ein junger Mensch sich von Sylvero einreden ließ, er jähe auf einem Rade und sich dann auf einen Stuhl schwingt, um lustig drauflos zu strampeln. Noch ulkiger war eine fröhliche Zecherrunde, die Sylvero mit Wasser bewirtete, während die von ihm Beeinflußten das Wasser als Sekt tranken und mit Wohlbehagen ihr Glas leerten, um hinterher sich mit ihren Affen herumzubalgen. Jedenfalls ist das ein billiges Vergnügen. Man spart viel Geld. Schade, daß sich nicht jeder am Wasser einen Rausch antrinken kann, sondern man dazu Rolf Sylvero braucht. Auch das Tischrücken wurde von Sylvero vorgeführt und erregte große Verwunderung und bei eintgen wohl auch gelindes Gruseln. Diese und noch viele andere Aufgaben wurden von Sylvero glatt und schnell gelöst. Der fremde Einfluß auf den eigenen Willen, der hier die Besucher zwang, allerhand ulkige Handlungen vorzunehmen, kann natürlich auch für ernste Zwecke gebraucht werden. Es gibt heute schon Anstalten, die bei Nervenleiden usw. mit Hilfe der Suggestion große Erfolge aufweisen können.

* **10. Stiftungsfest des Halberstädter Schrebergarten-Vereins „Nord" E. V.** Am 16. Februar d. Js. konnte der Halberstädter Schrebergarten-Verein „Nord" E. V. auf sein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand im großen Stadtparksaale eine Feier statt. Der Verein hatte sein Möglichstes getan, um seinen Gästen und Mitgliedern einige genußreiche Stunden zu bereiten. Die Teilnehmer wurden hierin auch nicht enttäuscht. In seiner Begrüßungsansprache gab der Vorsitzende, Gartenfreund Wilhelm Jahrend, einen Rückblick auf die verflossenen 10 Jahre. Er schilderte das Werden u. Wachsen des Vereins von Anbeginn, durch die Inflationszeit hindurch bis zum heutigen Tage. Viele Mühe und Sorge habe es gekostet, den Verein auf seine heutige Höhe zu bringen, der heute mit in vorderster Reihe der Schrebergarten-Bewegung stehe. Ein hervorragendes Verdienst hieran habe der Kassierer, Gartenfreund Eduard Schelze, der heute mit dem Verein sein 10jähriges Kassierer-Jubiläum feiere. Es wurde ihm zu Ehren ein kleines Angebinde überreicht. Der Verein wurde besonders geehrt durch Ueberreichung einer Ehrenurkunde des Bezirksverbandes Halberstadt. Im Namen des Regierungsbezirksverbandes überbrachte Gartenfreund Bethge-Quedlinburg die herzlichsten Glückwünsche für eine weitere glückliche Fortentwicklung. Als Zeichen des guten Arbeitens und Einvernehmens zwischen Mitgliedern und Vorstand konnte noch erwähnt werden, daß der Vorsitzende und der Schriftführer ebenfalls länger als 8 Jahre im Amte tätig sind. — Das Theaterorchester gab sich größtmöglichst Mühe, das Konzertprogramm gut zum Vortrag zu bringen, was ihm auch hervorragend gelang. Der Gesangverein „Typographia" hatte sich unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Gropp, in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt und brachte vier Gesangsvorträge sowie die Posse mit Gesang „Der rote Faden", welche noch durch von Herrn Gropp komponierte Einlagen ausgeschmückt wurde, ganz vorzüglich zu Gehör. Durch das Theaterstück wurde die Stimmung merklich gehoben. Es folgten Lachsalven über Lachsalven. Bei äußerst gemütlicher Stimmung nahm das Fest einen befriedigenden Verlauf und wird noch lange in guter Erinnerung bei Gästen und Mitgliedern bleiben.

* **Eine Wärmflasche explodiert.** Im Seibenbeutel hatte eine alte Frau eine Wärmflasche in den Ofen gelegt und den Verschluß nicht gelöst. Als die Wärmflasche heiß geworden war, explodierte sie. Die 72 Jahre alte Frau wurde am Arm und im Gesicht schwer verbrüht, sodaß sie mit dem Krankenauto dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

* **Stubenbrand.** In der Wernigeröderstraße waren infolge des starken Heizens unter einem Kachelofen die Dielen in Brand geraten. Um das Feuer löschen zu können, mußte der Ofen abgerissen werden.

* **Bewußtlos aufgefunden** wurde am Breitentor ein Handelsmann. Er wurde sofort dem Krankenhause zugeführt. Es ist anzunehmen, daß es sich nur um eine vorübergehende Entkräftung handelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0006

Aus Osterwieck.

om. Anläßlich des Reichsparteitages der SPD. entsendet der hiesige sozialdemokratische Wahlverein am 9. März eine Fahnenabordnung nach Magdeburg. Parteigenossen und Gewerkschaftler, die mit ihren Angehörigen an der Fahrt teilnehmen wollen, können sich beim Genossen Karl Baar, Wallstraße 3, in die ausgelegte Liste einzeichnen. Parteitag-Plaketten (50 Pfennig das Stück) sind ebendort, sowie bei den Unterkassierern Wagner und Frau Babucke zu haben.

om. Der Frühjahrsmarkt findet am Dienstag, den 26. und Mittwoch, den 27. Februar statt. Der Auftrieb des Viehes darf nicht vor 9 Uhr beginnen und muß um 10,30 Uhr beendet sein. Jede weitere Auskunft erteilt der Marktmeister Polizei-Hauptwachtmeister Reckmann.

om. Sibirische Kälte und Erdbestattung. Wie uns schon in der verflossenen Woche Genosse Schmidt in seiner Eigenschaft als Friedhofsaufseher mitteilte, ist es nicht mehr möglich, die benötigten Gräber auszuheben, weil dem Totengräber nicht nur das Werkzeug in dem zementharten Erdreich zerbricht, sondern auch die Hände erfrieren. Man ist auch hier dazu gezwungen, die frischen Grabstätten durch Sprengung zu erzielen. Mit dieser Arbeit ist der Straßenmeister Wernicke beauftragt worden. Jedenfalls dürfte auch diese Art des Gräbermachens sei Bestehen des Friedhofes (1. 8. 52) noch nicht dagewesen sein.

om. Hebamme i. R. Sophie Giebel †. Eine Wehe- und Kindermutter vom alten Schlage war „Mutter Giebel", die am 16. 2. im 76. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Aufopfernde Liebe und treue Pflichterfüllung waren die Leitsterne ihres schweren Berufes. Andererseits war sie nicht beim „alten Schlage" im gegenteiligen Sinne stehen geblieben, denn wo Großmütter und alte Tanten in der Wochenstube manches besser wissen wollten, sprach unsere Frau Giebel kategorisch: „Die Wissenschaft lehrt usw." Dazu aber besaß sie auch einen unverwüstlichen Humor, der ihre kapiere Berufspflicht bei arm und reich würzte. Nur in einem war Mutter G. etwas „rückständig": Sie fand die heutigen Hebammengebühren für „viel zu hoch". Denn — wie bescheiden hätte sie sein müssen und bei mancher armen Wöchnerin mußte sie einen Strich durch die Rechnung machen.

Kreis Halberstadt.

Zilly, 18. Februar. Zur Schulentlassung kommen hier Ostern folgende Knaben und Mädchen: Gerda Engelmann, Hanna Müller, Meta Reimann, Elfriede Wagener, Margarete Hederich, Louise Bertram, Maria Osdoma, Anna Pitzer, Else Müller, Elli Karge, Heinrich Blumbohm, Fritz Niebel, Arno Mehler, Ernst Hillmann, Wilhelm Rißka.

Aus Thale.

t. Frauenversammlung der SPD. Am Mittwoch, den 20. Febr. um 20 Uhr, findet beim Genossen Schinkel eine Frauenversammlung statt. Wegen wichtiger Besprechungen ist das Erscheinen sämtlicher Genossinnen notwendig.

Aus Quedlinburg.

q. Eine „Gesellschaft Harzer Bergtheater e. V." gegründet. Am Sonnabend vollzog sich im „Quedlinburger Hof" in Quedlinburg die Gründung des Vereins „Gesellschaft Harzer Bergtheater e. V.". Landrat Runge, als Einberufer, sprach kurz den Zweck der Gründung aus. In den 25 Jahren des Bestehens des Harzer Bergtheaters haben verschiedene Vereine zur Förderung desselben bestanden, sind jedoch meist durch den Krieg wieder eingeschlafen. Als nach dem Kriege die Wiedereröffnung des Harzer Bergtheaters stattfand, hatte ein Kuratorium beim Oberpräsidium in Magdeburg die Unterstützung und Förderung übernommen, die es bisher noch inne hat. Von ihm selbst ist erst der Gedanke der Gründung eines Vereins getommen. Es gilt, den hohen Kulturwert des Harzer Bergtheaters und den Ruf und Anklang, den es weit über die Grenzen des Kreises und der Provinz genießt, nicht nur zu erhalten, sondern noch zu fördern. Direktor Erich Pabst sprach dann von dem Erfolg der Arbeit im Bergtheater und schilderte einzelne Episoden. Besonders sind es Jugendliche gewesen, die nach den Aufführungen zu ihm gekommen sind und sich über die einzelnen Stücke und Dichter mit ihm ausgesprochen hätten. Besonderen Wert legt er auf die Erfassung junger Kräfte. Sie sind meist die Besten. Die Erfolge beweisen die Richtigkeit dieser Handlungsweise. Dabei erwähnte er die Namen einiger Künstler, die heute große Erfolge an Wiener und Berliner Bühnen verzeichnen können. Seine Ausführungen schloß er mit der Stimme einer Zeitung, die die Arbeit des Bergtheaters als einen Kampf gegen Verflachung und Seelenlosigkeit bezeichnet. Die Mithilfe aller wird diesen Kampf ergänzen. Bürgermeister Schröder-Gernrode überbrachte namens des Harzer Verkehrsverbandes Grüße und Wünsche und erklärte die Mitgliedschaft desselben mit zunächst 200 Mark. Die Stadt Gernrode werde voraussichtlich demnächst folgen. Es sprachen die Vertreter verschiedener Städte, Korporationen usw. die Wünsche zum Gelingen aus und erklärten zum Teil die Mitgliedschaft. Es wurden alsdann die Satzungen beraten. Die Mitgliedschaft können Einzelpersonen und Vereine usw. erwerben. Als Beitrag wurde für Einzelmitglieder ein Jahressatz von 1 ℳ und für korporative Mitglieder (Vereine usw.) mindestens 10 ℳ jährlich beschlossen. Gegenleistung erhalten die Mitglieder 25 Prozent Ermäßigung für sämtliche Platzarten. Ein Verwaltungsrat, aus 12 Personen bestehend, wurde gewählt. Dieser hat dann wieder den Vorstand zu wählen.

q. Volkschor. Allen Sangesbrüdern und -schwestern wird hierdurch zur Pflicht gemacht, sich an der Einäscherungsfeierlichkeit unseres Ehrenmitgliedes, Gen. Hermann Greß zu beteiligen. Die Feier findet Dienstag, 16 Uhr, in der Kapelle des Zentralfriedhofes statt.

q. Winterfreuden. Der starke Schneefall der letzten Tage machte es erforderlich, Schneepflüge einzusetzen.

q. Neue Autobuslinie. Zu der bereits bestehenden Linie Klopstockweg—Markt—Halberstädter Straße wird sich in kurzer Zeit eine weitere Linie gesellen. Diese soll von der Westerhäuser Straße über den Markt zum Krankenhaus führen. Es wird auch eine 40 Min. Linie sein. Die Wagen beider Linien sollen sich jedesmal auf dem Markt treffen.

q. Die Ortsgruppe des Verbandes für Feuerbestattung hält am morgigen Mittwoch, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus ihre Mitgliederversammlung ab.

q. Bekämpfung der Raupen. Nach der im amtlichen Teil auszugsweise abgedruckten Polizeiverordnung wird jeder Eigentümer, Pächter oder Nutznießer von Bäumen verpflichtet, die Raupen während der Zeit von Februar bis Mitte März zu vernichten.

q. Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen. Auf die in der heutigen Ausgabe enthaltene Bekanntmachung des Magistrats, betr. Zahlung der Feuer- usw. Versicherungsbeiträge für das Jahr 1929 wird besonders hingewiesen.

q. Die SPD-Vorstandssitzung, die heute stattfinden sollte, muß aus bestimmten Gründen auf morgen, Mittwoch, 20 Uhr, verschoben werden.

Kreis Quedlinburg.

Ilsenstedt, 17. Februar. Der Männer-Gesang-Verein „Teutonia" hielt im Gasthaus „Zum goldenen Posthorn" einen gemütlichen Abend ab, zu dem man sich trotz der Kälte und dieser Krankheitsfälle zahlreich eingefunden hatte. Die ausgezeichnete Musik wurde von Mitgliedern der Reichswehr, 2. Batl. 12. Quedlinburg gestellt, welche die Veranstaltung durch einige gute Konzertstücke einleiteten. Bald darauf brehte sich jung und alt im frohem Kreise, ein buntbewegtes Bild; denn es kamen recht hübsche Kappen zur Verteilung. Leider war der Bock eingefroren, aber man nahm auch mit einem Glas hellen Bieres vorlieb. Herr Rektor Haase, der Leiter des Vereins, trug mit vorzüglicher Stimme ein Baßlied vor, das starken Beifall fand. Die vier Chorlieder des Männerchores gaben Zeugnis von dem Können des Vereins.

Ditfurt, 19. Februar. Kartoffeln erfroren. In unserem Orte sind bereits Hunderte von Zentnern Kartoffeln erfroren. Die Früchte lagerten hauptsächlich in Kellern und Schuppen. Wieviel Schaden in den Mieten angerichtet ist, bleibt noch abzuwarten. Auch dem Vieh wird die anhaltende Kälte zum Verhängnis; es hat sehr zu leiden.

Nachterstedt, 18. Februar. Aus der Partei. Eine Mitgliederversammlung der Partei fand hier am letzten Sonntag statt. Noch einmal wurde die Teilnahme am Reichsparteitag besprochen. Es haben sich sechs Genossinnen und 12 Genossen in die Teilnehmerlisten eingezeichnet. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Parteimitglieder haben eine stärkere Beteiligung leider unmöglich gemacht. Die Versammlung beschloß, jedem Teilnehmer eine Mark zum Fahrgeld aus der Ortskasse zu bewilligen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß am nächsten Sonnabend, den 23. Februar, um 20 Uhr, im Schwarzen Adler, der erste Vortrag von der Reichszentrale für Heimatdienst stattfindet. Dr. Graul-Halle spricht über das Thema: „Der arbeitende Mensch und sein Verhältnis zu Staat und Wirtschaft!" Danach behandelt Genosse Guthier die letzten wichtigeren Kreistagsbeschlüsse und stellte fest, daß durch unsere geringe Mehrheit im Kreistag gute Arbeit geleistet werden konnte.

Nachterstedt, 18. Februar. Flotter Kohlenabsatz. Vom frühen Morgen bis in den Abend hinein sieht man hier täglich auf der Grube Concordia Massenandrang von Fuhrwerken und Lastautos aus der nahen und weiten Umgebung, um die soviel begehrten schwarzen Diamanten in jeder Form abzufahren. Eine seltene Erscheinung ist dabei die Verkehrspolizei. Unser Oberlandjäger hat die größte Mühe, um nur eine schmale Fahrrinne auf der Kreisschaussee frei zu halten. Die letztjährigen besonders großen Brikettstapel, die teilweise sogar unter freiem Himmel mit Planen bedeckt lagerten, halten trotz des guten Geschäftsganges noch eine ganze Weile vor. Daneben ist der gesamte Betrieb auf Höchstleistung eingestellt. In der letzten Woche wurden von der Belegschaft statt sechs normalen Arbeitsschichten sieben und acht verfahren. Selbst der letzte Sonntag war für die hiesigen Grubenarbeiter ein normaler Arbeitstag. Die Grubenarbeiter bewiesen auch jetzt wieder, wie schon so oft, daß sie das Interesse der Allgemeinheit über das persönliche stellen, wenn Not am Mann ist, trotzdem sie aus dem guten Geschäftsgang für sich selbst nichts profitieren. Einige arbeitslose jüngere Kräfte haben zwar wieder bei der Brikettverladung vorübergehend Arbeit erhalten. Aber sie sind nur auf Zeit eingestellt und sollen keinen Anspruch auf Urlaub und Deputatkohlen haben. Aber diese Arbeiter werden im gegebenen Falle auch ihr tarifliches Recht beim Arbeitsgericht finden.

Wedderstedt, 18. Februar. Die Generalversammlung des Arb.-Kultur-Kartells tagte am 16. dieses Monats im „Schwarzen Adler". Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Statuten wurden dahingewend geändert, daß bei der Einberufung der Generalversammlung des Kartells die Worte „15. Januar" in „15. Februar" umgewandelt wurden. Die Aenderung war notwendig, weil die meisten Vereine im Laufe des Monats Januar ihre Generalversammlungen abhalten. Die Abteilung der Arbeiter-Samariter-Kolonne wurde in das Kartell aufgenommen. Es wurde dann noch angeregt, einen Vortrag für die Jugend abzuhalten. Der Kreisjugendpfleger soll dazu gebeten werden. Der 16. März dieses Jahres wird der „Freien Volksbühne Thale" für eine Theateraufführung zur Verfügung gestellt. Der für den 20. Februar vorgesehene Vortrag über „Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" fällt aus und wird um vier Wochen verschoben. Am 24. Febr., 16 Uhr, findet ein Lichtbildervortrag im Gemeindesaal, Breitestraße 38, statt. Als Thema behandelt der Kreiskommunalarzt „Allgemeine Unfallverhütung". Am 4. März findet ein weiterer Lichtbildervortrag durch die Abteilung der Arbeiter-Samariter im „Schwarzen Adler" statt.

Wedderstedt, 18. Februar. Die Säuglingsfürsorgestunde findet am Donnerstag, den 21. Februar, 13,45 Uhr, im Gemeindebüro statt. Der für abends vorgesehene Lichtbildervortrag fällt aus.

Mitteldeutsche Rundschau.

Die Ausbreitung des mitteldeutschen Rundfunks.

Zum ersten Mal ist es im Gesamtgebiet des mitteldeutschen Rundfunks gelungen, diejenigen Kräfte, die aktiv und passiv an der Ausbreitung der tönenden Welle aufs stärkste interessiert sind, zu engster gemeinsamer Mit- und Zusammenarbeit zu einigen. Im Mirag-haus zu Leipzig fand am 14. d. Mts. für den mitteldeutschen Sendebezirk eine Versammlung statt, in der diese neue Plattform geschaffen wurde. Sendegesellschaft und Reichspost auf der einen Seite, die Hörerkreise, vertreten durch die bürgerlichen Funkvereine und den Arbeiterradiobund und der Funkhandel auf der anderen, beschlossen einstimmig die Bildung einer großen Arbeitsgemeinschaft für die Weiterentwicklung des Rundfunks in Mitteldeutschland. Vertreter aller vier Gruppen werden in dieser bei der Mirag gebildeten Arbeitsgemeinschaft, die durch örtliche Kommissionen mit dem ganzen weitverzweigten Sendegebiet in engster Verbindung steht, zusammenarbeiten mit dem Ziel, ganz Mitteldeutschland immer enger und konsequenter dem Rundfunkgedanken zu erschließen. Die organisatorische Hauptaufgabe dieser Zentralstelle wird es sein, ihre Aufbauarbeit zunächst nach der Seite eines störungsfreien Sende- u. Empfangsbetriebes zusammenzufassen, örtliche Unzuträglichkeiten abzustellen und dadurch den Boden für die Ausbreitung des Rundfunks zu ebnen. Auf dieser Grundlage ist dann die Propagierung des Rundfunkgedankens in der gesamten Bevölkerung, vor allem in den noch unerschlossenen, aus Unkenntnis oder Interesselosigkeit abseitsstehenden Gegenden eines der wichtigsten Ziele. Dies soll erreicht werden durch eine bis ins letzte durchorganisierte Aufklärungstätigkeit mit Einsatz aller technischen Mittel der Werbung und durch Einzelarbeit. Versammlungen mit Lichtbildbemonstrationen und Aussprache und durch klar und übersichtlich aufgebaute Ausstellungen. Der Auftakt dieser gemeinschaftlichen Aufklärungstätigkeit wird eine gelegentlich des 3jährigen Bestehens der Mirag geplante umfassende Funkausstellung in Leipzig sein, die im April d. Js. stattfinden soll.

Blankenburg, 19. Februar. Der Frost zerreißt die Bäume. Die Folgen der strengen, anhaltenden Kälte kann man u. a. auch am Dummelplatz beobachten. Zwei dort vor dem Gefängnis stehende Bäume sind zentimeterbreit gerissen.

Bad Harzburg, 19. Februar. Unglücksfälle beim Skilauf. Am Rehberg bei St. Andreasberg stieß auf scharfer Abfahrt ein junges Mädchen aus Bad Lauterberg gegen eine Tanne und blieb bewußtlos liegen. Sie wurde mit mehreren Rippen- und Schlüsselbeinbrüchen, einer Verletzung der Wirbelsäule und einer Schädeltontusion ins Lauterberger Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist ernst, sie wird aber voraussichtlich mit dem Leben davonkommen. Eine ander Skiläuferin verunglückte bei Braunlage beim Abfahrt vom Brocken auf der Ulmer Linie und erlitt einen Beinbruch. Ihre Begleiter brachten die Verunglückte zur Bärenbrücke, wo glücklicherweise gerade ein Pferdeschlitten hielt, mit dem sie nach Braunlage übergeführt wurde.

Hakenstedt, 19. Februar. Tragischer Unglücksfall. Einem tragischen Unglücksfall ist der 15jährige Sohn des Gutsbesitzers Sommermeier hierselbst zum Opfer gefallen. Der junge Mann wollte Krähen schießen. Auf bisher ungeklärte Weise entlud sich jedoch das Gewehr beim Aufnehmen und die Feuerladung drang dem Unglücklichen in den Kopf. Der Verletzte wurde sofort dem Krankenhaus Helmstedt zugeführt, doch war ärztliche Hilfe vergebens. Er erlag noch am selben Tage seinen schweren Verletzungen.

Pr.-Börnecke, 19. Febr. Ein Unfall ereignete sich auf der Chaussee Pr.-Börnecke—Schneidlingen. Ein Oberprimaner war in Begleitung eines Reichswehroffiziers im Dogkart nach Staßfurt gefahren. Auf der Rückfahrt fuhr der leichte Wagen gegen einen Baum, daß ein Rad brach und die Insassen herausgeschleudert wurden. Während der Offizier und der Kutscher nur leichte Verletzungen erlitten, erhielt der Schüler, der den Wagen lenkte, eine so starke Kopf- und Fußverletzung, daß er besinnungslos nach Hause tranportiert werden mußte.

Staßfurt, 18. Februar. Opfer eines Gasrohrbruches. Am Sonnabend morgen wurde eine 63jährige Witwe im Schlafzimmer gasvergiftet tot aufgefunden. Die im gleichen Bett schlafende Tochter konnte dem Leben zurückgegeben werden. Die Ursache ist auf einen Gasrohrbruch zurückzuführen. Wie die Bewohner des Hauses mitteilen, haben sie schon am Donnerstag und Freitag an Uebelkeit, Ohnmachtsanfällen und Erbrechen gelitten. Es ist daher unverständlich, warum das Gaswerk nicht rechtzeitig benachrichtigt worden ist.

Magdeburg, 18. Februar. Auch der dritte Bahnhofsräuber gefaßt. Am Freitag nachmittag wurde in Mainz von der dortigen Kriminalpolizei der dritte der Magdeburger Bahnhofsräuber, der Reklamezeichner Hermann Wieck, erkannt und festgenommen. Wie wir weiter hören, hat er auch bereits ein Geständnis abgelegt. Damit dürfte der Raubüberfall auf die Buchhandlung der Magdeburger Bahnhofsbuchhandlung seine restlose Aufklärung gefunden haben. Nach Erledigung der Auslieferungsverhandlungen (Mainz liegt bekanntlich im besetzten Gebiet) wird Wieck mit dem nächsten Sammeltransport nach Magdeburg überführt werden.

Magdeburg, 19. Februar. Zugunfall auf dem Magdeburger Hauptbahnhof. Am 18. Februar, um 1 Uhr mittags, fuhr auf dem Hauptbahnhof Magdeburg eine leerfahrende Lokomotive auf den am Bahnsteig 1 zur Abfahrt nach Oebisfelde bereitstehenden Personenzug 238 auf. Die Lokomotive sollte sich hinter dem Personenzug ausstellen. Wegen des ausströmenden Dampfes will der Lokomotivführer angeblich den Schluß des Personenzuges nicht rechtzeitig genau erkannt haben; trotz Gegendampfgebens im letzten Augenblick stieß er leicht auf. Die letzten drei Wagen des Personenzuges stießen aneinander und erlitten unbedeutende Beschädigungen. 8—10 in den Wagen befindliche Personen trugen Hautabschürfungen und Beulen davon. Soweit dies erforderlich war, wurde Hilfe von der Hilfsstelle des Roten Kreuzes auf dem Bahnhof geleistet. Der Zugteil wurde gegen einen anderen ausgewechselt. Mit 20 Minuten Verspätung konnte der Personenzug abfahren. Die von dem Unfall in Mitleidenschaft gezogenen Reisenden konnten die Fahrt sämtlich in diesem Zuge fortsetzen.

Calbe a. d. S., 19. Februar. Ein Ferngaswerk für Calbe? Auf dem Wartenberg wurde ein Braunkohlenvorkommen festgestellt, dessen Stärke auf etwa 200 Jahre Ausbeutungsmöglichkeit geschätzt ist. Die Braunkohle ist jedoch durch ihren hohen Fettgehalt für Hausbrand nicht geeignet, da sie zu viel Ruß und Rauch entwickelt. Durch das Kohlenvorkommen ist man bei daran interessierten Stellen auf den Gedanken gekommen, auf dem Wartenberg eine Ferngasanlage zu bauen, für die die Städte Schönebeck, Bad Salzelmen, Calbe, Barby, Staßfurt und die im Kreise Calbe liegenden Dörfer als Absatzgebiete in Frage kommen. Wegen der finanziellen Kosten dürfte jedoch an eine Ausführung der geplanten Anlage in absehbarer Zeit nicht zu denken sein. Man will auch die Verbesserungen auf dem Gebiete der Geruchlosmachung und Schwerverbrennbarkeit des Schwelgases noch abwarten. Es verlautet, daß der Plan von der Thüringer Gasgesellschaft ausgeht, die das in Frage kommende Gebiet zum großen Teil beliefert.

Dessau, 19. Februar. Der älteste Jurist Deutschlands gestorben. Hier verstarb der frühere anhaltische Landgerichtspräsident Rudolph. Rudolph stand im 99. Lebensjahre und war der älteste Jurist Deutschlands. Er wurde am 6. November 1830 geboren. Am Dessauer Gericht war er von 1878 bis 1903 tätig. Er erfreute sich bis zuletzt voller körperlicher und geistiger Frische.

Bad Blankenburg, 19. Febr. Eine eisige Geschichte. Eine ältere Dame, die hier eine Wohnung im Parterre innehat, verreiste vor vier Wochen. Um während ihrer Abwesenheit die Wasserleitung in Schuß zu halten, drehte sie den Hahn ein wenig auf, natürlich ohne die Kälte zu ahnen. Der gute Wille wurde übel belohnt. Mittwoch früh bemerkten die Hausbewohner, daß die Leitung kein Wasser hergab. Da das Wasser im Keller floß und die oberen Räume stets geheizt wurden, konnte die Leitung nur in der ungeheizten Parterrewohnung eingefroren sein. Und richtig. Wer beschreibt das Erstaunen der Beteiligten, als sie — da sich die Tür zur unteren Wohnung nicht öffnen ließ — durch ein eingeschlagenes Fenster in die Küche sahen! Der ganze Fußboden war von einer hohen Eisschicht bedeckt, aus der nur einzelne Möbelstücke, die natürlich festgefroren waren, herausſahen — und über dem Rand des zugefrorenen Ausgusses hing das Eis in großen, klumpigen Gebilden herab. Der unangenehme Vorfall ist auf langsames Zufrieren der Ausgußöffnung zurückzuführen.

Eschwege, 19. Februar. Der Gastod. Infolge der starken Kälte und der dadurch hervorgerufenen Kohlenknappheit war das Ehepaar Deilenroth länger als sonst im Bett liegen geblieben. Als der Bruder der Ehefrau gegen 11 Uhr von einem Geschäftsweg zurückkehrte, fand er die beiden Verwandten tot in ihren Betten auf. Die Untersuchung ergab, daß die im Nebenraum vorbeiführende Gasleitung, wahrscheinlich infolge der Kälte, undicht geworden war und daß das ausströmende Gas den Tod der Schlafenden herbeigeführt hat.

Wolfen, 19. Februar. Unter die Räder des Zuges geriet ein in der Filmfabrik der J. G. Farbenindustrie beschäftigtes junges Mädchen, das auf einen bereits fahrenden Zug aufsprang. Es erlitt sehr schwere Verletzungen und wurde in das Wolfener Wohlfahrtsheim gebracht.

Bezirksparteitag 1929.

An die Unterbezirks- und Ortsvereinsvorstände!

Am Sonntag, den 3. März 1929, vormittags 9 Uhr, findet in Magdeburg in der „Freundschaft", Prälatenstraße 32, der ordentliche Bezirksparteitag mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbericht.
2. Sozialdemokratie und Wehrmacht. Referent: Genosse Karl Höltermann.
3. Wahlen.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Unterbezirke, den Mitgliedern des Bezirksvorstandes und des Bezirksausschusses.

Außerdem nehmen auf Kosten der Bezirkskasse mit beratender Stimme an den Verhandlungen des Bezirkstages teil: die besoldeten Sekretäre des Bezirksverbandes, die Abgeordneten des Reichstages und der beiden Landtage. Auf Kosten der Parteizeitungen nehmen mit beratender Stimme an den Verhandlungen teil die Vorsitzenden der Pressekommissionen und die Vertreter der Redaktionen und der Geschäftsleitungen der Parteizeitungen. Die Delegierten zum Bezirksparteitag haben sich durch schriftliches Mandat und Mitgliedsbuch, sonstige Teilnehmer durch das Mitgliedsbuch auszuweisen. Das Mandat wird den Delegierten vom Bezirkssekretariat zugehen.

Der Bezirksvorstand: J. A.: August Fabian.

An unsere Mitgliedschaften in den Unterbezirken Halberstadt und Wernigerode.

Nur noch drei Wochen trennen uns von dem Tage, an dem wir in Magdeburg zur Eröffnung des Parteitages demonstrieren. Schon seit Wochen hat der Bezirksvorstand durch Aufrufe zu einer regen Beteiligung aus allen Ortsvereinen aufgefordert, Festplaketten sind allen Vorständen zur Vertreibung übermittelt, sodaß wir wohl annehmen können, daß die vorbereitenden Arbeiten überall erledigt sind. Vor 4 Wochen sind alle Ortsvereinsleitungen durch Rundschreiben aufgefordert, dem Gen. Schütte bis zum 24. Februar zu melden, wie hoch die Zahl derjenigen ist, die am 10. März mit nach Magdeburg fahren. Wenn die Teilnehmerzahl hoch genug ist, werden wir ab Halberstadt einen Sonderzug benutzen. Das Fahrgeld beträgt für die Hin- und Rückfahrt 3 M.

Wir bitten nun alle diejenigen, die sich noch nicht gemeldet haben, dies umgehend nachzuholen. Die Ortsleitungen werden ersucht, die Meldungen, wenn irgend möglich, bis zum 24. Februar zu machen. Wir müssen uns an diesen Termin halten, weil wir, wenn die Meldungen später eingehen, für eine glatte Abwicklung der zu unternehmenden Schritte nicht garantieren können.

Besonderen Wert legen wir u. a. darauf, daß auch Gewerkschaftler und Arbeitersportler mit ihren Fahnen mit uns gemeinsam nach Magdeburg fahren. Auf jeden Fall müssen auch unsere Unterbezirke stark aufmarschieren; deshalb die kurze Zeit noch ausgenutzt und mit aller Kraft an die Arbeit. Die Parole zum 10. März heißt:

Auf nach Magdeburg.

Mit Parteigruß!

Rudolf Köchig, Halberstadt. Wilhelm Heitmüller, Röschenrode. Fritz Schütte.

Der erste „geheizte" Verkehrsschutzmann in Berlin.

Berliner Verkehrsschutzmann auf einer Heizplatte.

Der Schupo am handbetätigten Lichtsignalapparat behält ruhigere Nerven, wenn er auf einer warmen Grundlage steht.

Briefe an das Tageblatt.

Bürgerverein und Wohnungsbauprogramm.

In der letzthin abgehaltenen Versammlung des Bürgervereins hat der Vorsitzende des hiesigen Hausbesitzervereins in seinem Bericht über das Bauprogramm 1929 behauptet, die Wohnungsnot könne durch den Bau von Einfamilienhäusern nicht abgeholfen werden: es müßten Mehrfamilienhäuser gebaut werden. Für eine solche Behauptung ist aber der Beweis nicht erbracht worden. Soll der Bau von Mehrfamilienhäusern tatsächlich zu dem gewünschten Ziele führen, so müßten dabei zum mindestens drei Bedingungen erfüllt werden: 1. die Baukosten müßten geringer, 2. die Wohnlasten für die Mieter müßten niedriger und 3. die Bauzeit müßte kürzer sein beim Bau von Mehrfamilienhäusern gegenüber dem der Einfamilienhäuser. Als Norm für eine Familie von mindestens vier Köpfen muß die Dreizimmerwohnung mit Küche von etwa 60 qm angenommen werden. Derartige Wohnungen sind in den letzten 5 Jahren in Halberstadt eine ganze Anzahl sowohl in Einfamilienhäusern wie in Mehrfamilienhäusern mit etwa gleicher innerer Ausstattung gebaut worden. Die Bauherren der Einfamilienhäuser (meist Genossenschaften) haben fast durchweg im Erbbaurecht gebaut, die Abrechnungen über die Baukosten müssen also dem Magistrat vorliegen. Die Mehrfamilienhäuser sind meist von der Stadt selbst gebaut, die Kosten müßten ebenfalls bei der Stadt bekannt sein. Nichts liegt nun näher, als wie die Baukosten zu vergleichen. Es wird sich herausstellen, daß sie für die Wohnungen gleicher Größe in beiden Hausarten gleich, in manchen Fällen bei den Einfamilienhäusern sogar niedriger sind. (Die Inflationsbauten müssen dabei außer Betracht bleiben.)

Was nun die Mieten für gleich große Wohnungen angeht, so ist uns zur Genüge bekannt, daß sie in den Einfamilienhäusern der Genossenschaften nicht höher sind, als in den städtischen Mehrfamilienhäusern und sogar ganz bedeutend niedriger als in den von Privaten ebenfalls in Mehrfamilienhäusern erbauten gleich großen Wohnungen.

Die Bauzeiten sind auf alle Fälle kürzer für Einfamilienhäuser; so hat die Heimstättenbaugenossenschaft im Jahre 1926 eine Gruppe von 22 Häusern in 6 Monaten und 1928 eine solche sogar in knapp 5 Monaten bezugsfertig gestellt. Diese Tatsachen festzustellen, dürfte dem Berichterstatter in seiner Eigenschaft als Führer des Hausbesitzervereins und als Stadtverordnetenmitglied des Bauausschusses sehr leicht sein. Solange er nicht das Gegenteil nachweist, können seine Behauptungen hinsichtlich des Mehr- und Einfamilienhauses eben nur als unbewiesene Behauptungen gewertet werden. Das Tempo der Wohnungsherstellung ist von ganz anderen Voraussetzungen abhängig, als von der Hausform, wie der Berichterstatter annimmt. Diese Voraussetzungen sind: Geldflüssigkeit, Zinshöhe, rechtzeitige Bereitstellung billigen Baulandes und Höhe der Aufschließungskosten.

Der gleiche Berichterstatter hat auch gemeint, wenn die Wohnungsnot erst verschwunden sei, würden die Siedlungswohnungen und die städtischen Wohnungen zuerst leer stehen. Das wird abzuwarten sein; mehr als fraglich erscheint es aber, daß zu diesem Zeitpunkt, der doch wohl mit der Aufhebung der Mietenzwangswirtschaft zusammenfallen dürfte, die Mieter in den bezeichneten Wohnungen sich besonders beeilen werden, die auf 200 Prozent oder noch mehr gesteigerten Friedensmieten in den Vorkriegs-Mehrfamilienhäusern zu zahlen und sich um diese Wohnungen zu reißen, wenn sie inzwischen eine andere Wohnform zu wahrscheinlich dann niedrigeren Preisen kennen gelernt haben. Man könnte sich jedenfalls sehr gut vorstellen, daß der umgekehrte Fall eintritt, als der, den der Berichterstatter glaubt voraussagen zu müssen.

Befremdlich war in jener Bürgervereinsversammlung jedenfalls das, daß diese Ausführungen ohne Widerspruch aufgenommen wurden, obwohl nach meiner Kenntnis eine ganze Anzahl Teilnehmer vorhanden waren, die auf Grund ihrer genaueren und besseren Sachkunde doch wohl anderer Meinung gewesen sein müssen, als der einseitig vortragende Vertreter der Hausbesitzer. Das könnte in der Gesamtbürgerschaft aber sehr leicht zu der Annahme: „Bürgerverein = Hausbesitzerverein" führen, wobei es dahingestellt bleiben mag, ob denn die Interessen der Gesamtbürgerschaft genau identisch sind mit denen der Hausbesitzer.

W. Trautewein.

Briefkasten.

Quedlinburg. Brief traf am Montag erst um 14 Uhr hier ein.

Soz. Arbeiter-Jugend

Halberstadt. Arbeitsgemeinschaft. Am kommenden Donnerstag wird uns der Wanderfreund und Kunstmaler W. Pramme im Heim von seiner vorjährigen Südfreise erzählen. Näheres siehe Notiz der Naturfreunde. Keiner darf fehlen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Halberstadt. Am Donnerstag, 19 Uhr, findet beim Kameraden O. Bollmann eine Vorstandssitzung statt. Um 20 Uhr, anschließend Bezirksführersitzung, ebendaselbst. Es wird erwartet, daß die betreffenden Kameraden pünktlich zur Stelle sind.

Halberstadt. Die Zeitungsträger werden gebeten, in der nächsten Woche die Adressen ihrer Leser beim Kameraden Karl Neuhaus abzugeben.

Halberstadt. Jungbanner. Infolge Kohlenmangels können die Turnhallen nicht geheizt werden. Es muß deshalb bis auf weiteres der Sportabend ausfallen.

Halberstadt. Am 23. Februar hat die erste Abteilung (1. 2. u. 3. Bezirk) ihren Bildungsabend bei O. Bollmann. Frauen und Kameraden aus den anderen Abteilungen sind herzlich willkommen.

Halberstadt. Diejenigen Kameraden, welche noch nicht im Besitz ihres neuen Mitgliedsbuches und der neuen Satzungen sind, wollen sich bei ihrem Bezirksführer oder ihren früheren Kassierer unter Vorlegung ihrer alten Karte melden.

Wernigerode. Achtung Spielleute. Dienstag abend müssen sämtliche Spielleute unbedingt um 20 Uhr im Monopl erscheinen, da eine dringende Aussprache erfolgen muß, von der sich niemand drücken sollte. Deshalb Spielleute alle zur Stelle!

Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Mittwoch, 20. Februar.

Berlin. 20 Abendunterhaltung. 21 Konzert für Violine und Orchester. 21.30 Musik der Gegenwart. Bis 0.30 Tanzmusik.

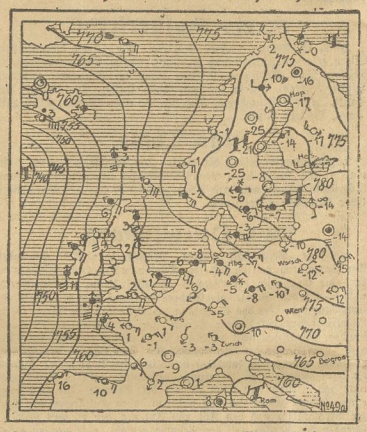
Königswusterhausen. (Zeesen). 20 Ost- und Westpreußen-Abend (Theater, Musik, Gesang usw.). 21 Unterhaltungsmusik aus Hotel Esplanade. Bis 0.30 Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 20 Volkstümliches Orchesterkonzert, 21 Neue österreichische Kammermusik, 22.30—24 Unterhaltungsmusik.

Hamburg. 20 Jugoslawischer Abend, 21 Kleines Sinfoniekonzert, 22.30 Kostümfest im Atelier.

Langenberg. (Köln). 21 „Arm wie eine Kirchenmaus".

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◑ heiter, ◕ halbbedeckt, ● wolkig, ◉ bedeckt, • Regen, * Schnee, ≡ Dunst, ≋ Nebel, K Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ⊙ Stille, ○ sehr leicht, ○ leicht, ○ schwach, ○ mäßig, ○ frisch, ○ stark, ○ steif, ○ stürmisch, ○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte, Hamburg.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch abend:

In dem größten Teile Deutschlands steht das Thermometer am Montag abend auf 5—7 Grad Kälte; nur in Ostpreußen u. Polen von woher eine etwas kältere Luftmasse herankommt, werden bei klarem Himmel bis 14 Grad Kälte gemessen. Zwischen Oder und der holländischen Küste ist der Himmel meist bedeckt, und in einem schmalen Streifen vom Fichtelgebirge bis nach Südschweden fällt Schnee. Ueber Südirland und in anstoßenden Teilen des Ozeans strömt sehr warme Luft nach Norden. Hier geben drei Dampfer eine Lufttemperatur von 12 Grad an, während gleichzeitig der Südwind Sturmesstärke angenommen hat. Diese warme Luftmasse schreitet nicht nach Osten weiter, sondern strömt nach Island hinauf.

Aussichten: Abnehmende Bewölkung, vielfach Morgennebel, anfangs noch einzelne Schneefälle, nachts wieder etwas kälter als bisher.

Gelesene Nummern

des „Halberstädter Tageblatts" nicht fortwerfen, werbt damit im Betrieb, bei Freunden u. Bekannten

21. Februar 1919 — 21. Februar 1929

Zu Kurt Eisners Todestag empfehlen wir:

„Der Revolutionär Kurt Eisner"

Aus persönlichen Erlebnissen von Felix Fechenbach kart. 1.20 Mark

Wachsen und Werden

Aphorismen, Gedichte, Tagebuchblätter, Dramatische Bruchstücke, Prosa usw. von Kurt Eisner †

kart. 1.00 Mark Ganzleinen 2.00 Mark

Volksbuchhandlg. Halberstädter Tageblatt

Domplatz 48 Domplatz 48

Jüngere, tüchtige

Verkäuferin

für sofort gesucht.

Offerten mit Bild, Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften unter S. 345 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junges Mädchen

für Küche und Haus zum 1. März gesucht.

Krökel,

Molkenmühle bei Halberstadt.

Saatbohnen

Dinrichs Riesen, weißgrundige, Futterrübensamen, Zwiebelsamen, gegen sofortige Kasse kauft

Albert Loeser

Quedlinburg, Samenhandlg. Tel. 612

SINGER NÄHMASCHINEN

Reparaturen

an SINGER NÄHMASCHINEN werden sachgemäß u. schnell ausgeführt

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

Halberstadt, Holzmarkt 11

Photo-Spezialhandlung

Carl Baumann, gepr. Photograph

erteilt laufend Photo-Unterricht. Jeden Sonntag ausgen. 3. 3. 29, vormittags 10 Uhr: Treffen der Teilnehmer am „Spiegelsbergen-Restaurant". Praktische Anleitungen im Fertigstellen der Aufnahmen in den Geschäftsräumen.

Breiteweg Nr. 62 (Thüringer Hof)

Fernruf Nr. 2959.

Biochemie! Naturheilverfahren!

Homöopathische Behandlung

Agathe Dedek

Walter Rathenaustr. 43 Walter Rathenaustr. 43

Sprechstunde: **Donnerstag von 9—12 Uhr u. 1—4 Uhr, Dienstag, Freitag, Sonnabend von 10—12 Uhr.**

Auf Wunsch Hausbesuche

Bürsten und Besen aller Art

Scheuerbürsten	von 0.20 Mk. an
Schrubber	von 0.40 Mk. an
Roßhaarbesen	von 2.00 Mk. an
Kokosbesen	von 0.75 Mk. an
Handfeger	von 1.00 Mk. an
Wichsbürsten	von 0.40 Mk. an

sowie sämtliche anderen Artikel zu entsprechend niedrigen Preisen empfiehlt

Paul Woldmann, Hoheweg 11

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 43 — Mittwoch, den 20. Februar 1929 — 4. Jahrgang

Der Rhein vollkommen vereist.

Der vereiste Rhein an der Pfalz bei Caub.

Der Rhein ist von Koblenz aufwärts bis auf wenige Stellen in seiner ganzen Länge zugefroren. Hunderttausende von Menschen strömen herbei, dieses seit 34 Jahren nicht mehr erlebte Schauspiel zu bestaunen. Der Schaden, den die Schiffahrt erleidet, ist beträchtlich. Viele Schiffe sind in den Häfen eingefroren. Fortwährend finden Eissprengungen statt, um die Fahrzeuge vor dem Erdrücken zu bewahren. Viele Brücken, die über die Nebenflüsse des Rheines führen, sind durch die Kälte und durch die Eismassen geborsten. Je länger die Kälte andauert, umsomehr wächst sie sich besonders für die Arbeiter, Kleinbauern und Angestellten zu einer Katastrophe aus. Immer mehr Betriebe werden lahm gelegt und vermehren die Arbeitslosigkeit außerordentlich. Kohlen sind, besonders auf den Dörfern, kaum noch zu beschaffen. Die Stillegung der Schiffahrt verteuert den Transport und damit die Preise sehr. Selbst die beschäftigten Arbeiter und Angestellten haben kaum noch die Mittel, die notwendigen Kohelen zu beschaffen und müssen in den Zimmern frieren. Krankheit und Todesfälle, denen dadurch Vorschub geleistet wird, mehren sich in erschreckender Weise.

Im Bettchen erfroren.

In Weitersburg bei Ballendar am Rhein ist ein 9 Monate altes Kind in Abwesenheit der Eltern in seinem Bettchen erfroren.

In Mayen wurde das 5 Monate alte Kind einer Arbeiterfamilie morgens im Bett erfroren aufgefunden.

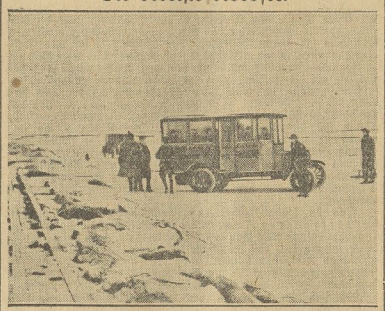
Im Duisburger Hafen

liegen z. Zt. rund 1300 Schiffe im Eise fest. Die Schiffe besitzen insgesamt 1 Million Tonnen Rauminhalt.

Der Tod in Frankfurt-Main.

In Frankfurt am Main werden seit Tagen durchschnittlich 70 Todesfälle gezählt. Die Beerdigungen dauern von morgens früh bis spät in die Nacht. Am Montag erfolgten allein auf dem Hauptfriedhof 72 Beerdigungen. Die Erde ist so tief gefroren, daß die Gräber durch Sprengungen hergestellt werden müssen. Die Särge können nur mit großen Erdblöcken bedeckt werden. Brände, Gasrohrbrüche und Unfälle aller Art sind an der Tagesordnung. Am Montag früh wurde wiederum eine dreiköpfige Familie vergiftet aufgefunden.

Die vereiste Nordsee.



Mit dem Autobus über das Wattenmeer.

Während der Frostzeit wurde von Husum über das Meer zur Insel Nordstrand eine Autobus-Verbindung eingerichtet, die den Fischern der Insel die Möglichkeit gibt, ihren Lebensbedarf auf dem Festlande einzukaufen.

Gewerkschaftliches.

Was verdienen die Arbeiter?

Durchschnittlich 102,2 Pfennig Stundenlohn.

Die Entwicklung der Tariflöhne im zweiten Halbjahr 1928 brachte, wie die soeben erschienene Gewerkschaftszeitung (Nr. 7) mitteilt, in der Lohnsteigerung gegenüber dem ersten Halbjahr eine Verlangsamung. Von Lohnkürzung konnte in den Berichten der Verbände kein einziger Fall festgestellt werden; in einigen Berufen und Industriezweigen sind allerdings die Löhne unverändert geblieben, so in der chemische Industrie, Schuhindustrie, Papierherstellung, bei den Buchdruckern, graphischen Hilfsarbeitern, Buchbindern, Kartonagenarbeitern, Maschinebauern, Gärtnern und Eisenbahnern. In einer Reihe von Berufen wurden die Löhne nur in wenigen Städten verbessert, während in den übrigen Ortschaften die früheren Lohnsätze bestehen bleiben. Das gilt für die Metallarbeiter, Baulempner, Textilarbeiter, Speditionsarbeiter und Handelsarbeiter. Im Reichsdurchschnitt ist bei diesen Berufsgruppen eine Lohnsteigerung festzustellen; auch sie bleibt hinter der Steigerung des ersten Halbjahres 1928 zurück. Eine fast allgemeine aber nicht immer gleichmäßige Steigerung ist im Baugewerbe, in der Möbelindustrie und in der Lederindustrie zu erkennen, wo die Lohnzulagen des zweiten Halbjahres bis auf ganz wenige Ausnahmen ebenfalls kleiner waren als im ersten Halbjahr.

Im Reichsdurchschnitt haben die Stundenlöhne der männlichen Vollarbeiter die Grenze von 1 Mark überschritten, von 99,9 Pfennig sind sie auf 102,2 Pfennig gestiegen. Nach denselben durchschnittlichen Zahlen gemessen entwickelten sich die Stundenlöhne in Deutschland wie folgt: Dezember 1926: 87,1 Pfennig, Juni 1927: 91,3 Pfennig, Dezember 1927: 94,6 Pfennig, Juni 1928: 99,9 Pfennig, Dezember 1928: 102,2 Pfennig. Setzt man den Stand von Ende 1926 = 100, so betrugen die durchschnittlichen Stundenlöhne: Juni 1927: 104,8, Dezember 1927: 108,3, Juni 1928: 114,7, Dezember 1928: 117,3. Zu derselben Zeit sind aber auch die Lebenshaltungskosten gewaltig gestiegen: der Lebenshaltungskostenindex lautete nämlich Dezember 1926: 144,3, Juni 1927: 147,7, Dezember 1927: 151,3, Juni 1928: 151,4, Dezember 1928: 152,7. Berücksichtigt man diese Senkung der Kaufkraft des Geldes, so kann die reale Steigerung der tarifmäßigen Stundenlöhne wie folgt geschätzt werden: Dezember 1926 gleich 100,0, Juni 1927 gleich 102,3, Dezember 1927 gleich 103,6, Juni 1928 gleich 109,3, Dezember 1928 gleich 110,8. Einer realen Steigerung der Löhne im ersten Halbjahr um 5,6 v. H. steht also im zweiten Halbjahr eine solche von 1,4 v. H. gegenüber. Die Tariflöhne im Bergbau, in der Binnenschiffahrt und in der Landwirtschaft sind hierbei nicht mit berücksichtigt.

Lohntarif der Buchdrucker gekündigt. Im Dezember 1928 beschloß eine Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes in Berlin einstimmig, den bis zum 31. März 1929 gültigen Lohntarif zu kündigen. Dementsprechend hat der Verbandsvorstand jetzt den Lohntarif gekündigt. Bei der Lohnbewegung im März 1928 haben die Buchdrucker den völlig unzulänglichen Schiedsspruch nur deshalb respektiert, weil durch die Verbindlichkeitserklärung eine gesetzliche Zwangslage geschaffen war. Die Buchdrucker im ganzen Reiche erwarten darum, daß ihre durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Forderungen bei den kommenden Lohnverhandlungen gehörig berücksichtigt werden.

Genossenschaftliches.

Das Wachstum der Konsumvereine.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine gibt über die finanzielle Entwicklung der ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften folgenden Ueberblick:

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder stiegen von 39,435 Millionen Mark auf 48,967 Millionen Mark. Die Steigerung beträgt weit über 8,6 Millionen Mark. Allerdings ist der Zuwachs nicht so stark wie in den beiden Vorjahren, wo er 10 Millionen Mark bzw. 9,43 Millionen Mark ausmacht. Er ist aber bei verringerter Mitgliederzahl erreicht worden, da die Genossenschaften im verflossenen Jahr die bekannten Papierseldaten ausschieden. Auf ein Mitglied entfällt danach ein Geschäftsguthaben von 17,15 ℳ gegenüber 13,55 bzw. 9,21 Mark in den beiden Vorjahren.

Die Reserven stiegen von 39,735 Millionen Mark auf 48,586 Millionen Mark, also um rund 8,85 Millionen Mark gegenüber 5,86 Millionen Mark bzw. 4,55 Millionen Mark in den beiden Vorjahren. Daraus geht hervor, daß die Vereine allmählich die Verluste der Inflationszeit überwunden haben und ihr Geschäftskapital jetzt rascher zu vermehren in der Lage sind als vorher. Die Reserven machen pro Mitglied 17,53 Mark aus gegenüber 13,65 Mark bzw. 10,60 Mark in den beiden Vorjahren.

Bei den Spareinlagen ist eine sprunghafte Entwicklung festzustellen. Es ist hier nämlich eine Steigerung von 175,808 Millionen Mark um 76,64 Millionen Mark auf 252,449 Millionen Mark erfolgt. Die Zunahme in den beiden Vorjahren betrug nur 66,68 Millionen bzw. 41,24 Millionen Mark. Damit entfallen auf ein Mitglied 90,05 Mark Spareinlagen gegen (0,42 bzw. 31,14 Mark in den beiden Vorjahren.

Soziales.

Sind die Vorkriegsreallöhne wieder erreicht?

Aus der Tatsache, daß die Statistiker eine Indexzahl von 163 pro Arbeitsstunde gegenüber 1913 (1913 = 100) berechnen, für die Lebenshaltungskosten jedoch nur 152, will man darauf schließen, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter heute erheblich günstiger sei, als vor dem Krieg. Im Organ der englischen Arbeiterpartei „Daily Herald" zeigt der deutsche Reichstagsabgeordnete Kurt Heinig, wie unzulänglich der deutsche Lebenshaltungsindex für die Beurteilung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters ist und wie wenig er sich zu einem Vergleich mit der Vorkriegszeit eignet. Der Lebenshaltungsindex enthält z. B. die Preise für Bekleidungsartikel. Für den Arbeitslosen bedeutet dies nichts, für ihn ist das wichtigste der Preis für Kartoffeln. Der Lebenshaltungsindex läßt eine ganze Anzahl von Faktoren, die einen Vergleich mit 1913 unmöglich machen, unberücksichtigt. Er will nicht Kenntnis nehmen von der Steigerung der Lohnsteuer seit 1913 und den stark erhöhten Lohnabzügen für Sozialversicherung. Infolge des Wohnungsmangels können große Massen von Arbeitern nicht mehr in der Nähe ihrer Arbeitsstätten wohnen, sondern in großer Entfernung von ihren Betrieben und müssen die Reisespesen tragen. Während des Krieges und der Inflationszeit konnten die Arbeiter ihren Bedarf an Bekleidungsstücken und Hausrat nicht befriedigen und konnten die versäumten Anschaffungen später schwer nachholen. Die früheren Ersparnisse der Arbeiter sind während der Inflationszeit zusammengeschmolzen, sie besitzen heute keine Reserven mehr. Die Aenderung der Mode und der Lebensgewohnheiten haben die Lage des Arbeiters ebenfalls stark beeinflußt. Kleider, die früher das halbe Leben überdauerten, sind jetzt während nur einer Saison brauchbar. Die Frauenkleider sind kürzer, (doch nicht billiger), und die Mutter kann für ihre Kinder aus einem alten Kleid nicht mehr zwei Schulkleider machen, alles muß neu gekauft werden. Radio und andere Bedürfnisse sind entstanden, die gegenwärtig auch dem Aermsten unentbehrlich geworden sind. Endlich kann man aber auch sagen, daß die Lage der Arbeiter im Jahre 1913 keineswegs so günstig war, daß die damaligen Zustände heute noch richtungsgebend sein könnten.

Wirtschaft und Handel.

Die Zigarettenfirma Haus Neuerburg soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, die über ein Kapital von 15 Millionen Reichsmark verfügen wird. Hinter dem Unternehmen steht die Deutsche Bank.

Die Halischen Kaliwerke werden voraussichtlich ihre Dividende von 10 auf 15 Prozent erhöhen.

Der Großhandelsindex steigt wieder. Die auf den Stichtag des 13. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 139,5 gegen 138,9 in der Vorwoche. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe — besonders für Getreide, Mehl, Zucker, Butter und Eier — um 1,4 Prozent gestiegen. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren hat gegenüber der Vorwoche leicht angezogen, während diejenige für industrielle Fertigwaren weiter zurückgegangen ist.

Berliner Getreidebörse vom 18. Februar.

	16. Februar (ab märkische Station in Mark)	18. Februar (ab märkische Station in Mark)
Weizen	218.— bis 220.—	217.— bis 219.—
Roggen	206.— bis 209.—	205.— bis 208.—
Braugerste	218.— bis 230.—	218.— bis 230.—
Futter- u. Industrie-Gerste	192.— bis 202.—	192.— bis 202.—
Hafer	200.— bis 206.—	200.— bis 206.—
Loco-Mais Berlin	238.— bis 239.—	238.— bis 239.—
Weizenmehl	26.50 bis 30.—	26.50 bis 30.—
Roggenmehl	27.65 bis 29.85	27.50 bis 29.75
Weizenkleie	15.70	15.70
Roggenkleie	14.75	14.75

Die beste Wasserball-Mannschaft der Welt.

Die siegreiche deutsche Wasserballmannschaft.

Die deutsche Olympiamannschaft siegte im Berliner Zusammentreffen mit den Engländern 11:4. Unser Bild zeigt von links: Gunst, Benecke, E. Rademacher, Bähre, Cordes, Amann, J. Rademacher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0009

Auszug aus den Anträgen zum Magdeburger Parteitag

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlichte im „Vorwärts" gemäß den Bestimmungen des Parteistatuts die sämtlichen Anträge, die zum Parteitag in Magdeburg vorliegen. Es sind über 150 Anträge eingegangen, eine Zahl, die beweist, welch reges geistige Leben innerhalb der Partei vorhanden ist.

*

Wir bringen im folgenden einen Auszug aus allen Anträgen. Leider sind wir aus Raumgründen nicht in der Lage, die Anträge im Wortlaut zu veröffentlichen.

Zum Bericht des Parteivorstandes

fordert Hamburg, die Agitation für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in die Hand zu nehmen. München und Hannover wünschen, die Werbewochen im Frühjahr abzuhalten, Hannover verlangt, daß die Werbewoche für die Presse in den Herbst verlegt wird. Regensburg wünscht, daß die Werbewoche für die Partei alljährlich in der ersten Maiwoche stattfindet, die für die Presse jeweils im September. Hannover beantragt an Stelle des bisherigen Mitteilungsblattes für Funktionäre eine unentgeltliche allgemeinverständliche Zeitschrift herauszugeben. Essen wünscht ebenfalls die kostenlose Lieferung der Parteikorrespondenz. Hamburg empfiehlt der Parteipresse, die Zeitschrift „Der Kinderfreund" beizulegen.

Leipheim a. d. D. fordert die Einsetzung einer Kommission, die die Frage einer neuen deutschen Kolonialbetätigung prüfen soll. Ahlen beantragt die Streichung der Ausführungen im Heidelberger Programm über Kultur- und Schulpolitik und wünscht an dessen Stelle wieder den Punkt 6 des Erfurter Programms. Trier beantragt klare Richtlinien für die beamteten Parteigenossen, insbesondere über ihr Verhältnis zu den Gewerkschaftsorganisationen. Berlin fordert, daß Mitglieder der SPD., für deren Beruf freie Gewerkschaften bestehen, einer freien Gewerkschaft angehören müssen.

Dresden verlangt, die Kolporteure und Zeitungsträgerinnen in die Unterstützungskasse der Zeitungsbetriebe aufzunehmen; Neudamm, die Besetzung der ersten Stellen der Kandidatenlisten zu den Reichs- und Landtagswahlen in der Weise vorzunehmen, daß mindestens die drei ersten Kandidaten in dem betreffenden Wahlkreis ansässig sein müssen. Düsseldorf und München-Gladbach wünschen, allen Mitgliedern der Partei die Mitarbeit an gegnerischen Zeitungen zu untersagen. Stolpmünde fordert den Protest des Parteitages gegen die Beförderung des republikfeindlichen Landrats v. Gilsa zum Oberregierungsrat. Wolmirstedt will, daß besoldete Funktionäre nicht als stimmberechtigte Mitglieder zu den Reichs- und Bezirksparteitagen gewählt werden. München stellt einen Antrag, der verlangt, daß 1. die Literatur des Dietz-Verlages zu volkstümlicheren Preisen als bisher erscheint und 2. längst vergriffene Werke der Parteigeschichte neu aufgelegt werden.

Diesen 17 Anträgen zum Bericht des Parteivorstandes folgen acht weitere

zum Organisationsstatut

Leipzig fordert, daß der Parteivorstand beauftragt werde, das Rechtsverfahren unserer Partei einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen und dem nächsten Parteitag eine entsprechende Vorlage zur Abänderung des Parteistatuts vorzulegen. Dieser Antrag wird von der Leipziger Parteiorganisation zugleich ausführlich begründet. Duisburg, Bielefeld und Ahlen beschäftigen sich mit den Parteibeiträgen. Freital (Bezirk Ostsachsen) fordert Richtlinien, nach denen finanziell leistungsfähige Genossen zu den finanziellen Lasten der Parteibewegung in größerem Maße als bisher herangezogen sind. Düsseldorf fordert, daß im Parteibeitrag „in Zukunft zugleich ein Anteil für Arbeiterwohlfahrt, SAJ. und Kinderfreunde eingegriffen sein soll. Ein Sonderbeitrag für diese Organisationen fällt fort". Beuthen (Oberschlesien) schlägt vor, im Interesse der Bildungs-, Agitations- und Wahlarbeit den Anteil der Ortsvereine am Parteibeitrag von 20 auf 25 Proz. zu erhöhen. Die gleiche Organisation will geprüft haben, ob sich die Zugehörigkeit zum Verein für das Auslandsdeutschtum mit der Parteimitgliedschaft vereinbaren läßt.

Zum Bericht der Wehrprogrammkommission

liegen 33 Anträge vor. Sie füllen in der Originalveröffentlichung des Parteivorstandes im „Vorwärts" fast sechs Spalten. Zuerst wird der Bericht der Wehrprogrammkommission veröffentlicht, der in der Parteipresse bereits erschienen ist. Es handelt sich um den Entwurf der vom Parteivorstand eingesetzten Kommission. Bekanntlich heißt es im ersten Absatz dieses Entwurfes: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Sie fordert friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte, Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument des Friedens. Sie ist entschlossen, gemäß den Bestimmungen des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1928 den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet." Es folgen drei weitere Absätze, in denen die Kommission ihre Haltung begründet und die Wege zur Durchführung ihrer vorgeschlagenen Wehrpolitik vorschlägt. Im 5. und 6. Absatz wird das „sozialistische Endziel" umrissen

Plauen beantragt ein anderes Wehrprogramm. Es umfaßt fünf Abschnitte mit einer grundsätzlichen Einleitung und mit einem Aktionsprogramm als Schluß. In der grundsätzlichen Einleitung heißt es: „In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Deshalb bekämpft die Sozialdemokratie vor wie nach Erklärung eines Krieges die Bourgeoisie als die für seinen Ausbruch verantwortliche Klasse, mag auch der Krieg jeweils als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität oder der Demokratie bezeichnet werden. Sie verweigert daher auch alle Mittel zur Führung eines solchen Krieges und bekämpft alle Vorbereitungen dazu." In den zwölf Punkten des Aktionsprogramms wendet man sich gegen den Mißbrauch des Begriffs der Abrüstung, weiter fordert man eine parlamentarische und gewerkschaftliche Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, die für Kriegszwecke eingesetzt werden können, ferner fordert man den Kampf um die parlamentarische Kontrolle der Reichswehr und der Marine, um die Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat bis zur völligen Beseitigung aller Rüstungsausgaben, um die Abschaffung der Kriegsflotte, um ein Verbot der Wehrverbände, um die Aenderung des bestehenden Rekrutierungssystems, um die Entnahme der Offiziere aus den Mannschaften, um das Recht der Soldaten auf eine Vertretung und zum Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, um ein Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit, gegen alle Subventionen aus öffentlichen Mitteln an die Privatindustrie und um die Ablehnung der Zuwendungen für die Luftschiffahrt, um die Beseitigung derjenigen strafgesetzlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen.

Hanau a. M., Kaiserslautern und Suhl haben einen Entwurf eingereicht, in dem es einleitend heißt: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will dem bürgerlichen Staat die Mittel zur Führung von Kriegen nehmen."

Leipzig und Chemnitz haben einen Entwurf zum Wehrprogramm eingereicht, der sich besonders dadurch von dem Plauener Entwurf abhebt, als es im dritten Absatz des Abschnittes IV heißt: „Durch die technische Entwicklung ist der Schwerpunkt der Landesverteidigung in die Produktion und in das Verkehrswesen gelegt, die mit der Kriegserklärung im vollen Umfang in den Dienst der Kriegsführenden gestellt werden. Damit wird das Proletariat als der nichtuniformierte und nicht in militärischen Verbänden zusammengeschlossene Teil der Bevölkerung zum eigentlichen Träger der Kriegsführung. Der Sturz der Bourgeoisie und die Uebernahme der Staatsmacht, die Beherrschung der Produktion und der Verkehrsmittel durch das Proletariat und ihre Verwendung im proletarischen Interesse sind die einzige Voraussetzung dafür, daß das Proletariat für die Landesverteidigung eintritt. Die Vorbereitung und Schulung zu dieser Aufgabe, d. h. die Wehrhaftmachung des Proletariats gehört zu den wichtigsten sozial-pädagogischen Aufgaben der proletarischen Klasse." Im Aktionsprogramm zu diesem Entwurf heißt es einleitend: „Ohne von dieser prinzipiellen Stellung gegenüber der Wehrmacht im kapitalistischen Staate (der Reichswehr) abzugehen, fordert die Sozialdemokratie für die Gegenwart". Es folgen 11 Einzelforderungen, die sich im großen Ganzen mit den Forderungen des Plauener Antrages decken.

Berlin schlägt eine Entschließung zur Vertagung des Wehrprogramms vor: „Der Entwurf der Richtlinien zur Wehrpolitik wird an die Programmkommission zurückverwiesen. Die Programmkommission wird beauftragt, dem Entwurf eine Fassung zu geben, die auch für die Gegenwart den entschiedenen Willen der Partei zur Abrüstung und zur Beschränkung des Wehretats klar zum Ausdruck bringt. Der entsprechend geänderte Entwurf ist erst auf dem nächsten Parteitag zu verabschieden." Zugleich reicht Berlin einen Eventualantrag zu den Kommissionsrichtlinien der Wehrkommission ein: „Abschnitt I und die drei ersten Absätze von Abschnitt II der Richtlinien über die Abrüstungspolitik bleiben erhalten. Satz 2 und Absatz 2 des bisherigen Abschnitts II werden gestrichen. Der Abschnitt II ist die Fortsetzung erhalten, in der erklärt wird, daß der wirksamste Schutz der deutschen Republik auf einer deutschen Außenpolitik beruht, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr außerlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuhöhlen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an, sondern sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstung Deutschlands aus eigenem Willen unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und finanziellen Verhältnisse. Abschnitt III soll geändert werden. Es folgen dann die zehn Forderungen der bekannten Richtlinien der Wehrprogrammkommission des Parteivorstandes.

Berlin schlägt weiter eine Entschließung zum Bau des Panzerkreuzers A vor, in der der Parteitag die Haltung der Reichstagsfraktion zum Bau des Panzerkreuzers A billigen und weiter fordern soll, daß die zweite Rate von Fraktion und parteigenössischen Kabinettsmitgliedern abzulehnen sei. Eine weitere Entschließung beschäftigt sich mit dem Problem der Uebernahme von Reichswehrangehörigen in den Reichs-, Staats- und Gemeindedienst.

Während Bochum an den Absätzen 1 und 2 des Entwurfs nichts geändert wissen will, beantragt es die Abänderung des Absatzes 3, eine Ergänzung der Forderungen, dagegen soll wiederum Absatz 4 und 5 bestehen bleiben. Hamburg fordert folgende Ergänzungen: 1. Kontrolle des Reichstages über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung. 2. Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. 3. Gesetzlicher Schutz der Untergebenen gegen Mißbrauch der Dienstgewalt durch Vorgesetzte. Bremen schlägt vor, die Absätze 1, 2, 4 und 5 bestehen zu lassen. Im Absatz 3 sei die Art der Begründung für eine Wehrmacht nicht glücklich, weil sie der Auffassung breiter Arbeitermassen nicht gerecht werde und in einem gewissen Widerspruch zu dem Absatz 2 liebe: „Die Wehrmacht, die mit allen Mitteln zu einer wahrhaft republikanischen ausgestaltet werden muß, hat ihre Existenzberechtigung auch in der Notwendigkeit einer inneren Schutztruppe der Republik."

Genthin schlägt vor, jede weitere Bewilligung von Mitteln zu Rüstungszwecken abzulehnen. Die Partei soll aus jeder Koalition ausscheiden, in der sie gezwungen wäre, Mittel zu Rüstungszwecken zu bewilligen. Darmstadt fordert, daß vor Verabschiedung eines Wehrprogramms die Stellung der Partei zur Frage der Kriegsverhinderung zu klären sei.

Köslin, Düsseldorf und Meißen fordern ebenfalls Abänderungen des Entwurfs. Mannheim beantragt: „Der Parteitag wolle beschließen, den Wehrprogrammentwurf zurückzuziehen. Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist: Unmittelbarer Schutz der Sozialistischen Internationale festgelegt." Reindahlen erklärt: „Das in dem Entwurf verankerte Bekenntnis zur nationalen Wehrfähigkeit ist grundsätzlich abzulehnen."

Frankfurt (Oder) bejaht die Notwendigkeit einer republikanischen Wehrmacht zum Schutze der Neutralität und zur Erfüllung etwaiger völkerrechtlicher Verpflichtungen gegen internationales Recht- und Friedensbrecher. Die Form der Begründung im Entwurf zu 3, Absatz 1 und 2, wird abgelehnt. Rügenwalde fordert Kriegsdienstverweigerung, Hannover die Schaffung eines klaren überschüssigen Reichswehretats und die Verweigerung der Mittel für den Neubau von Panzerkreuzern und Kreuzern. Forst anerkennt die Notwendigkeit einer demokratischen Landesverteidigung; den zehn Punkten der Forderungen der Wehrkommission ist zuzufügen: Einschränkung der Heeresetatung. Kütrin fordert ebenfalls Kriegsdienstverweigerung, Darmstadt lehnt eine grundsätzliche Festlegung der Partei auf den Willen zur Wehrbereitschaft ab. Königsberg i. Pr. beantragt, die Beschlußfassung über die Richtlinien zur Wehrpolitik zu vertagen. Es fordert zugleich eine Aenderung des Kommissionsentwurfes. Frankfurt a. M.: „Ziffer III des Entwurfs ist zu streichen." In einem Eventualantrag heißt es: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist verpflichtet, den Etat der Reichswehr solange abzulehnen, bis der Reichstag diesen Forderungen für die Umgestaltung der Reichswehr zugestimmt hat und ihre Durchführung gewährleistet ist. Zugleich wird Verpflichtung zur Kriegsdienstverweigerung verlangt. In einem anderen Antrag aus Frankfurt a. M. heißt es: „Das Wehrprogramm ist von der Tagesordnung abzusetzen."

Kaiserslautern fordert die Streichung einiger Absätze und eine grundlegende Umgestaltung des Entwurfes, „daß der Inhalt des Wehrprogramms nicht mehr als Deckschild für kapitalistische Aufrüstungspolitik benutzt werden kann". Oppau: „Das vorliegende Wehrprogramm ist abzulehnen." Wollmirstedt lehnt die Wehrhaftmachung der deutschen Republik ab. Köln a. Rh. erklärt den Entwurf des Wehrprogramms für eine geeignete Grundlage zur Diskussion auf dem Parteitag. Es schlägt einige Ergänzungen zu dem Entwurf vor. Bochum wünscht, jedes Wehrprogramm abzulehnen, M.-Gladbach beantragt die Ablehnung der Mittel für die Wehrmacht und den systematischen Abbau der Reichswehr, bei der eventuellen Schaffung eines Aktionsprogramms sei die Forderung nach einem parlamentarischen Staatssekretariat beim Reichswehrministerium zu stellen.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion

liegen über 70 Anträge vor. Berlin, Bertsdorf, Darmstadt, Dresden, Erfurt, Essen, Hamburg, Hornhausen, Kassel, Kaiserslautern, Lüneburg, München, Nürnberg, Nienburg, Norheim, Ilrbera, Wellen, Worms und Zittau haben sachlich gleiche, nur in der Form etwas unterschiedliche Anträge gestellt, die im Berliner, Hamburger und Zittauer Antrag zusammengefaßt sind: Berlin fordert die Vereinheitlichung der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung. Bei der großen Notlage der älteren Arbeiter und Angestellten ist mit Nachdruck von der Reichstagsfraktion zu fordern, daß sie sich einsetzt für erhöhten Schutz gegen Entlassungen, Maßnahmen zur Eingliederung in den Produktionsprozeß, Herabsetzung der Altersgrenze der Invaliden- und Angestelltenversicherung auf 60 Jahre, Erhöhung der Renten, Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ auf 50 Proz., Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität und für die im Erwerbsleben stehenden Jugendlichen werden ausreichende Schutzbestimmungen gefordert. Hamburg verlangt den Ausbau der Krankenversicherung, Zittau, alle über 60 Jahre alten Arbeiter und Angestellten aus dem Arbeitsprozeß herauszunehmen: „Die Rente ist zu erhöhen." Hamburg beantragt ferner, daß der Instanzenzug für die Genehmigung gemeindlicher Notstandsarbeiten wesentlich abgekürzt wird.

Limburgerhof fordert, zur Steigerung der Leistungen der Sozialversicherung, die Invaliden-, Angestellten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zusammenzulegen. Es werden auch allgemeinen Steuermitteln größere Zuschüsse zur Erhöhung der Leistungen verlangt. Urbach stellt ebenfalls Anträge zur Sozialpolitik. Desgleichen Meizendorf, Nürnberg, Berlin, Leipzig und Kaiserslautern. U. a. wird gefordert, daß die 48stündige Arbeitszeit in 6 Tagen gleistet wird.

Mainz: Den Kleinbauern, die bis zu 10 Hektar Land besitzen, soll freigestellt sein, sich in der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu versichern. Zur Invalidenversicherung sollen sie verpflichtet werden, damit den Kleinbauern im Alter eine Rente zusteht.

Kassel fordert von der Reichstagsfraktion, der großen Verelendung der breiten Massen durch Herabsetzung der Zölle, Abschlüsse von Handelsverträgen, weiteren Ausbau der Sozialpolitik entgegenzuwirken.

Hamburg will die Reichstagsfraktion ersucht wissen, sich für eine schleunige Erledigung des Berufsausbildungsgesetzes einzusetzen und dafür, daß entsprechende Forderungen erfüllt werden.

Kaiserslautern verlangt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zum endgültigen Reichshaushaltsetat 1929/30 von steuerlichen Voraussetzungen abhängig macht. Kaiserslautern fordert weiter einen Initiativgesetzentwurf im Reichstag, der grundsätzlich die Unvereinbarkeit von Parlamentsmandat und Geschäftstätigkeit zum Ausdruck bringt.

Berlin beantragt einen Gesetzentwurf, welcher die Höhe der Gehälter der im öffentlichen Dienst Tätigen in den oberen Gehaltsstufen wesentlich herabsetzt. Bis zur Erreichung dieses Zieles soll grundsätzlich von den parteigenössischen Beamten, Angestellten und Abgeordneten der Teil des Einkommens aus öffentlichen Mitteln, welcher nach Abzug von Aufwandsentschädigungen und Kinderzulagen monatlich 1000 RM. überschreitet, an die Parteikasse abgeführt werden.

Essen verlangt größere Mittel im Kultusetat für die Begabtenhilfe. Kaiserslautern fordert die Kürzung der Pension bis zum Höchstsatz von monatlich 1000 RM. Es werden weitere Vorschläge zur Kürzung der Pension gemacht. Dabei weist Kaiserslautern darauf hin, daß bei den Kriegsbeschädigten die Rente anfängt zu ruhen, sobald das sonstige monatliche Einkommen 350 RM. übersteigt. Auch Mülheim (Baden), Kaufbeuren (Bayern) und Lüneburg beschäftigen sich in Anträgen mit der Kürzung der Pensionen.

Dresden verlangt in Erinnerung an den blutigen Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und „in der klaren Erkenntnis, daß jede militärische Macht in der privatkapitalistischen Wirtschaft lediglich ein Instrument kapitalistischer Willkür ist, die sozialdemokratischen Abgeordneten zur schärfsten Stellungnahme gegen jede Mittelbewilligung für Heer und Marine aufzufordern".

Meißen fordert Ausbau des Mieterschutzes, Kaiserslautern ebenfalls. Zugleich wird ein Reichsmietsteuergesetz und ein Reichsstädtebaugesetz verlangt. Ein Leipziger Antrag beschäftigt sich mit der Mietzinssteuer, ebenfalls Dresden, das zugleich ein auf weite Sicht berechnetes Wohnungsprogramm und die Verhinderung jedweder Mietssteigerung vorschlägt. Nürnberg und Gersdorf beschäftigen sich mit der Verwendung des Ertrages der Mietzinssteuer.

Berlin wendet sich gegen das Beurteilungswesen in Deutschland. Es wird Abhilfe verlangt.

Essen weist auf den Beschluß des Kieler Parteitages zur Beteiligung der Partei an der Koalition hin und erklärt, daß die bisherige Tätigkeit der „Ministergenossen nicht befriedigt".

Berlin, Altenburg, Düsseldorf, Luckenwalde und Recklinghausen beschäftigen sich mit den Konkordatsverhandlungen und lehnen Verträge mit der Kirche ab.

Nienburg a. d. S. fordert den Ausbau des Südflügels zum Mittellandkanal mit Rücksicht auf die große Erwerbslosigkeit.

Bremerhaven beschäftigt sich mit der Sicherung des Wahlrechtes der Seeleute.

Hamburg verlangt aus dem heute geltenden befristeten Pachtschutzgesetz ein Dauerschutzgesetz zu machen Angesichts der drückenden Finanznot der Gemeinden sollen nach einem Antrag aus Erfurt u. a. die freien Berufe zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Berlin und Kaiserslautern verlangen energisch die Offenlegung der Steuerlisten.

Berlin wünscht, daß verhindert wird, daß Gerichtsurteile gegen Sozialdemokraten und andere freigeistige Frauen und Männer wegen Gotteslästerung gefällt werden. Berlin wendet sich zugleich gegen die erweiterten Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat in dem neuen Strafgesetzentwurf.

Meiningen erwartet, daß die Partei sich mit allen Mitteln dafür einsetzt, in das Impfgesetz die Gewissensklausel aufzunehmen.

Salzwedel und Gardelegen weisen mit Rücksicht auf das Defizit im Reichshaushalt von rund 600 Millionen auf Mißstände bei der Veranlagung und der Erhebung der Reichssteuern hin, die abzuändern seien.

Berlin verlangt im Interesse der Freizeitbewegung Ausbau des Naturschutzes. Berlin fordert weiter, die Genossen in den Reichs- und Länderregierungen zur verpflichten, vor wichtigen Entschlüssen die Fraktionen, den Parteivorstand und Parteiausschuß zu hören. Einen ähnlichen Antrag stellt Genthin. Luckenwalde fordert die Verminderung der Reichswehrausgaben. Worms erhebt die schwersten Bedenken gegen die geplante Bierſteuererhöhung.

Die Frau in Politik und Wirtschaft

wird in mehreren Anträgen behandelt. Düsseldorf verlangt, daß die „Genossin" nicht mehr in der letzten Hälfte, sondern in der ersten Hälfte des Monats herausgegeben wird. Ein Berliner Antrag weist die Frauen hin auf die Bedeutung der Konsumgenossenschaft. Ein weiterer Berliner Antrag wünscht, daß entsprechend der Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Marseille 1925 und gestützt auf das Heidelberger Programm das gleiche Recht der Frau auf Erwerbsarbeit anerkannt wird.

Den Schluß der Anträge bilden die, die zum Thema „Arbeitersport und Sozialdemokratie" Stellung nehmen. Ertner, Hamburg, Jena und Pforzheim wollen die sporttreibenden Parteimitglieder verpflichten, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund anzugehören. Mitgliedschaften bei bürgerlichen oder wilden Sportvereinen sollen nicht gestattet sein. Unter „Sonstige Anträge" wünscht Dresden, daß die Partei sich für Esperanto einsetzt. Einen ähnlichen Antrag stellt München.

Düsseldorf schlägt vor, den nächsten Parteitag in Düsseldorf stattfinden zu lassen, Mainz dagegen, den nächsten Parteitag in Mainz abzuhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Auftrag vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 43 — Mittwoch, den 20. Februar 1929 — 4. Jahrgang

Trotzki kommt nach Deutschland.

Er bittet den Reichstagspräsidenten um Befürwortung der Einreise-Erlaubnis.

Reichstagspräsident Löbe hat am Montag abend folgendes Telegramm aus der Türkei erhalten:

„Pera, den 18. Februar. Mich auf Ihre Erinnerungsansprache im Reichstag am 6. Februar berufend, ersuche ich das hiesige deutsche Konsulat um betreffende Bewilligung.

Leo Trotzki."

Reichstagspräsident Löbe hat diese Bitte befürwortend an das Reichskabinett weitergeleitet.

Die in dem Telegramm erwähnte Erinnerungsansprache des Reichstagspräsidenten bezog sich auf die Wiederkehr des zehnten Jahrestages der Eröffnung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Darin antwortete der Präsident auf Zwischenrufe von den Kommunisten:

„Wir haben Ihnen und den anderen erst die Staatsbürgerlichen Rechte gegeben. Vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotzki in Deutschland ein freiheitliches Asyl zu gewähren."

*

Von dem deutschen Konsulat in Pera ist bisher eine Bestätigung des von Trotzki eingereichten Einreisegesuches noch nicht in Berlin eingetroffen. Erst wenn eine derartige Bestätigung und der Wortlaut des Gesuches vorliegt, wird sich die Reichsregierung nochmals mit der Frage befassen. Bevor man nämlich nicht genau weiß, ob das Telegramm auch authentisch ist, kann sich die Reichsregierung mit der Angelegenheit nicht beschäftigen. Es kann sich, wie es bei Telegrammen möglich ist, um eine Mystifikation handeln.

Es hat aber den Anschein, daß die Sache stimmt und daß Trotzki sich tatsächlich um ein Freiheitsasyl in Deutschland bemüht. Dafür sprechen auch die gestrigen Verhandlungen im Rechtsausschusse des Reichstages. Es wurde gestern nämlich der Entwurf eines deutschen Auslieferungsgesetzes beraten, dessen § 3 die Frage des politischen Asyls betrifft. Genosse Dr. Marum-Baden wandte sich gegen die Beschränkung des Asylrechts und führte im Namen der sozialdemokratischen Partei aus, daß es selbst bei politischen Morden, wie denen an Rathenau und Erzberger, richtiger sei, den Grundsatz des politischen Asylrechts allgemein zu sichern. Der Antrag, den nämlich die Kommunisten gestellt hätten, genüge nicht, denn er erlaube z. B. daß Trotzki, wenn er nach Deutschland komme, nach Rußland ausgeliefert werde, weil nach jenem Antrage Trotzkis Kampf gegen die Sowjetregierung nicht als ein politisches Delikt anzusehen wäre. Allen politischen Flüchtlingen müsse das Asylrecht gewährt werden. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie auch den Antrag der Kommunisten ab.

Der Kommunist Alexander forderte ein Privileg für Sowjetrußland, nämlich die Ablehnung des Asylschutzes bei strafbaren Handlungen, die den Sturz der Sowjetherrschaft erstreben. Unter diese Ausnahme würde natürlich Trotzki fallen. Reichsjustizminister Dr. Koch erwiderte, einen solchen einseitigen Standpunkt könne der Gesetzgeber nicht einnehmen.

Aus dieser Taktik der deutschen Stalinisten kann man entnehmen, daß ihnen ein Asyl Trotzkis in Deutschland recht unangenehm wäre. In diesem Sinne soll sich auch der

russische Botschafter Krestinsky

schon beim deutschen Außenminister Stresemann bemüht haben. Wie uns heute morgen aus politisch gut orientierten Kreisen Berlins mitgeteilt wird, hat Herr Krestinsky dem deutschen Außenminister zu verstehen gegeben, daß es der russischen Regierung außerordentlich unangenehm wäre, wenn etwa die deutsche Regierung einem politischen Verbannten das Asylrecht gewährte, das ihm überall in der Welt in jedem Kulturstaat unter der Voraussetzung zusteht, daß er sich verpflichtet, sich nicht an den politischen Kämpfen dieses Staates zu beteiligen.

Die Zumutung ist umso seltsamer, als fast ausschließlich von Leuten ausgeht und von einem Manne übermittelt wird, die Jahre ihres Lebens von diesem Asylrecht Gebrauch machen mußten, als die zaristische Regierung sie zur Flucht zwang.

Kurz, der Vorgang ist ganz eindeutig. Herr Krestinsky hat Herrn Stresemann gebeten,

Trotzki keine Einreiserlaubnis nach Deutschland zu geben.

Wahrscheinlich hat er es so klar und unumwunden nicht gesagt, denn soviel haben selbst die Sowjetleute schon vom diplomatischen Verkehrston gelernt. Tatsache aber ist, so schreibt man uns, daß Herr Dr. Stresemann bereits bemüht ist, seine Ministerkollegen, darunter auch die sozialdemokratischen Minister, von der Notwendigkeit der Erfüllung dieses Wunsches der Sowjetunion zu überzeugen.

Die Ueberlegungen, die diese Bitte hervorruft, sind so klar, daß man über das Ergebnis der Verhandlungen und auch der Beratungen im Kabinett keinen Augenblick im Zweifel sein kann.

Zunächst gilt es zu bedenken, daß bis zu einem gewissen Grade das politische Ansehen der deutschen Republik auf dem Spiele steht. Die Gewährung des Asylrechts ist allereinfachste und elementarste Pflicht jeder Kulturnation, schon gegenüber einem politischen Verbrecher, geschweige denn gegenüber einem Manne, dessen ganzes politisches Verbrechen in seiner Gesinnungs-Charakterfestigkeit besteht und dessen überragende geistige Bedeutung der ganze Erdball kennt. In der ganzen politischen Weltwürde man mit Fingern auf uns weisen und uns mit Primo des Riveras Spanien und Mussolinis Italien in eine Reihe stellen, wenn wir einem Manne wie Trotzki das Asylrecht verweigerten. Umso mehr als es gar keinen plausiblen Grund gibt, den man der Oeffentlichkeit bekannt geben könnte, denn man kann ja schließlich der Welt nicht mitteilen, daß jeder Wunsch der Sowjetregierung, und sei er noch so absurd und unberechtigt, für die Regierung der deutschen Republik Befehl sei. Oder will etwa jemand öffentlich erklären, daß die Anwesenheit von Trotzki sofort die Existenz des deutschen Staates gefährde? Das hieße denn doch ein Bekenntnis der Schwäche ablegen, das durch nichts gerechtfertigt ist. Soweit vom Standpunkt des allgemeinen Reichsinteresses.

Wie aber sehen die Dinge vom sozialistischen Standpunkt aus? Wenn die Sowjetregierung den deutschen Außenminister um Verweigerung des Einreisevisums für Trotzki ersucht, so sicherlich nicht aus liebevoller Fürsorge für die deutsche Regierung und ihre sozialdemokratischen Minister, sondern aus allzu deutlicher und allzu großer Sorge um das Schicksal der deutschen kommunistischen Partei. Herr Krestinsky wird das zwar Herrn Stresemann mitgeteilt haben, aber auch des Außenministers innerpolitische Kenntnisse dürften so weit nach links reichen, daß er in der Lage ist, den wirklichen Grund dieser Bitte zu erkennen. Wer aber will einem sozialdemokratischen Minister zumuten, daß er seine einfachste Menschenpflicht gegenüber einem politischen Verbannten verletzt, nur um der deutschen kommunistischen Partei einen Gefallen zu tun, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung eben dieser sozialdemokratischen Minister sieht? Das hieße denn doch die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man plötzlich die sozialdemokratischen Minister zu Hütern der Einheit der kommunistischen Partei machen wollte. Nein, ihre Differenzen mit Herrn Trotzki müssen die Kommunisten schon unter sich ausmachen. Die Hilfe der sozialdemokratischen Minister dafür in Anspruch zu nehmen, ist ebenso absurd wie erfolglos. Wenn Trotzki die Absicht haben sollte, das deutsche Asylrecht in Anspruch zu nehmen, so wird ihm das niemand, am allerwenigsten ein sozialdemokratischer Minister verweigern können, vorausgesetzt, daß er sich verpflichtet, sich jeder Einmischung in die politischen Verhältnisse der deutschen Republik zu enthalten.

Der „Vorwärts"

schreibt im gleichen Sinne heute morgen zu dem Einreisegesuch Trotzkis:

„Deutschland kann nach unserer Ueberzeugung Trotzki das Asylrecht nicht verweigern. Es kann ihm auch nicht das Recht verweigern, sich auf deutschem Boden literarisch zu betätigen. Der Betätigung eines Ausländers sind ohnehin durch das bestehende Ausweisungsrecht für dessen Anwendung von äußersten Fällen abgesehen, wir keineswegs eintreten wollen, Schranken gesetzt. Gegen einen Trotzki, der innerhalb der deutschen Grenzen oder über sie hinaus Aufstände anzetteln wollte, stehen der deutschen Republik Machtmittel genug zur Verfügung. Trotzki kennt sie.

Von den Bedenken gegen die Aufnahme Trotzkis ist keines stichhaltig. Um so mehr sind es die Bedenken gegen die Abweisung. Die Aufnahme Trotzkis wäre ein populärer Akt, der die Achtung vor der deutschen Republik im Inland und im Ausland steigern würde, die Abweisung wäre das Gegenteil davon. England, Belgien, die Schweiz, zeitweilig auch Frankreich, haben politischen Flüchtlingen weitgehendes Asylrecht gewährt und die Sympathien, die sie sich dadurch erwarben, waren für sie außenpolitischer Gewinn. Die Abweisung Trotzkis würde dem Glauben an den demokratischen Geist in der deutschen Republik einen empfindlichen Stoß versetzen. Man soll nicht Empfindungen, die in den freiheitlich gesinnten Kreisen des deutschen Volkes, vor allem in den Massen der sozialdemokratischen Partei, lebendig sind, gering achten. Wir erhoffen eine Entscheidung des Falles Trotzkis nach dem klugen Rat Löbes. Gesetzlichkeit ohne Furcht, Aufrechterhaltung guter Beziehungen ohne Liebedienerei von Rußland."

Amtliche Bekanntgabe der Ausweisung Trotzkis.

Kowno, 19. Februar. (Telunion). Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Trotzki auf Grund eines auf einer besonderen Sitzung der BPU. gefaßten Beschlusses wegen seiner sowjetfeindlichen Tätigkeit aus der Sowjetunion ausgewiesen worden. Auf eigenen Wunsch ist gleichzeitig seine Familie mit ihm gereist.

Unwürdiges Spiel mit den Inflationsopfern.

Die Deutschnationalen versuchen im Reichstage mit den verratenen Kleinrentnern politische Geschäfte zu machen.

...n mit einer

...pkratischen Abgeordnetenantrag des Präsidenten ... Fraktion empfindet ... erlust. Auch die ... des hochbegabten ...

...r verflungen, als die ... über das Aufrechterhalten loszuwerden. Prä... ungsmäßigen Rechte, ...ungsucht zu schützen, ...iesen, daß die

...Tribüne

...Fraktion organisiert ... Kommunisten mit ... Görgiebels, kleiner ..., daß die Kommu... ert haben. Ist doch ...er Abgeordneter auf ...er der Radaukolonne ...mität vor der Fest... ...kündigt an, daß er ... Ordnung auf den ... habe sich laut der ... beschäftigen. Die ...ch aber geschlagen.

...Rentnerfürsorge,

die in den Parlamenten seit nahezu einem Jahrzehnt immer wieder aufgerollt wird, ohne daß bisher nennenswerte Ergebnisse herausgekommen wären. Die jetzige Regierung hat in ihrer Programmerklärung vom 3. Juli 1928 u. a. versprochen, die segensreichen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zu fördern und die Kleinrentnerhilfe auf eine, von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage zu stellen. Der sozialpolitische Ausschuß hat sich monatelang mit Anträgen der Deutschnationalen und der Demokraten zugunsten der Kleinrentner beschäftigt. Das Ergebnis ist aber wiederum sehr mager gewesen.

Abg. Keil (S.) hat im späteren Verlauf der Sitzung den sozialdemokratischen Standpunkt dahin dargelegt, daß auch die Sozialdemokraten den bedürftigen Kleinrentnern helfen wollen, jedoch nicht nur einer bevorzugten Schicht, sondern den bedürftigen Kleinrentnern ganz allgemein. Das Ziel der im Ausschuß von bürgerlichen Parteien gestellten oder unterstützten Anträge war, nur diejenigen Kleinrentner zu erfassen, die mindestens 10000 Mark Vermögen und daraus eine Jahresrente von mindestens 500 Mark durch die Inflation verloren haben.

Die Verhandlungen im Ausschuß

haben folgende Entschließung zutage gefördert: „Die Reichsregierung zu ersuchen, eine reichsgesetzliche Regelung zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich des Personenkreises, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen und der Mitwirkung der beteiligten Organisationen zu treffen."

Die Deutschnationalen

beeilten sich in der Montag-Sitzung eine weitere Entschließung einzubringen, in der die Reichsregierung ersucht wird, bis zum 15. März dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen, der denjenigen Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf Versorgung gegen das Reich zugesteht, die vor der Inflation eine zum Lebensunterhalt ausreichende Kapitals-, Leib- oder Stiftsrente bezogen, diese aber durch die Inflation ganz oder zum Teil verloren haben und heute, in Ermangelung entsprechender fester Einkünfte auf einen solchen Versorgungsanspruch zum Lebensunterhalt angewiesen sind.

Auch dieser Deutschnationale Antrag bezieht sich also nur auf eine Oberschicht der sogenannten Kleinrentner.

Die Kommunisten

stellten sich auf den Boden der Ausschußentscheidung, verlangten aber, daß in den nächsten Etat 100 Millionen Mark zugunsten der Kleinrentner eingesetzt werden.

Eine weitere Entschließung hat die

Deutsche Volkspartei

eingebracht. Sie verlangt von der Reichsregierung, das durch die Regierungserklärung vom 3. Juli 28 in Aussicht gestellte Rentnergesetz so zu gestalten, daß dem Rentner unter Herausnahme aus der Fürsorge ein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Rente gesichert wird.

Zu dieser Entschließung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Ergänzungsantrag gestellt: „... und gleichzeitig zur Durchführung dieses Gesetzes dem Reichstag die Erhebung einer

Sonderabgabe von den in der Inflation geretteten

und neu gebildeten Vermögen — mit angemessenen freien Grenzen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919290220-13/fragment/page=0011